

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement - Preis: Prämienantrag
 Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. (incl. Post).
 Einzelne Nummer 6 Pf. (incl. Post).
 Nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. (incl. Post).
 Abonnement 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zustellungs-
 Verzeichnisse. Lauer-Verlag für
 Deutschland und Österreich. Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit 1913.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die schlagpaltene Kolonelle
 oder deren Raum 60 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Berennungsbüchlein 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das selbige
 Wort 20 Pf. (täglich 2 selbige
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Stellenangebote und Stellenanzeigen
 das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 10 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraph-Adressen
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 23. September 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Nach den Massenstreikdebatten.

Vor eine schwierige Aufgabe sah sich der Parteitag bei der Erörterung des Massenstreikproblems gestellt. Die Schwierigkeit entsprang keineswegs aus der prinzipiellen Stellungnahme. Diese war bereits durch die Beschlüsse der Tagungen von Jena und Mannheim 1905 und 1906 gegeben und es hat sich auf dem Parteitag gezeigt, daß, was damals beschlossen worden ist, heute Ueberzeugung der Gesamtpartei ist. Unter bestimmten Umständen kann der Massenstreik ein notwendiges Moment im Kampf des Proletariats werden zur Abwehr von Angriffen oder zur Eroberung wichtiger Rechte, darin war sich der Parteitag ebenso einig wie in der Ueberzeugung, daß im Kampf um das Wahlrecht in Preußen eine solche Möglichkeit eintreten könne.

Es ist aber immer etwas möglich, wenn die oberste Vertretung der Partei sich auf bloße Wiederholung anerkannter theoretischer Feststellungen beschränken muß, ohne daraus unmittelbare politische Konsequenzen ziehen zu können. Denn da dies gerade die Aufgabe unserer Parteitage in erster Linie sein muß, entsteht daraus leicht der Schein der Unentschiedenheit oder Unentschlossenheit. Und in diese Lage war der Parteitag nicht durch die Diskussion als solche, wohl aber durch die Art gebracht worden, wie sie begonnen und teilweise fortgeführt wurde. Denn da mußte allerdings der Glaube entstehen, es handle sich nicht um eine theoretische Stellungnahme, sondern um das unmittelbare aktuelle Problem, in nächster Zeit den Massenstreik für das preussische Wahlrecht zu beginnen. Rahm doch die Diskussion den Ausgangspunkt von dem Ergebnis der preussischen Landtagswahlen einerseits, von der Durchführung des belgischen Wahlrechtsstreiks andererseits. Wurde doch die Einberufung eines außerordentlichen preussischen Parteitages verlangt, der doch offenbar keine akademische Diskussion über den Massenstreik führen sollte, und der Partei vorgeworfen, daß sie schon längst hätte zu Massenstreiks übergehen müssen. Dieser Eindruck mußte um so mehr entstehen, als ja auf dem Höhepunkt des preussischen Wahlrechtskampfes 1910 die Genossin Luxemburg gefordert hatte, den Wahlrechtskampf zu verschärfen, die Forderung der Republik zu erheben und von den Demonstrationen zur Propagierung des Massenstreiks überzugehen, eine Agitation, die freilich unzeitgemäß war, daß auf dem Magdeburger Parteitag eine Resolution mit dieser Forderung nicht einmal zur Abstimmung gebracht, sondern vorher zurückgezogen werden mußte. Um so mehr mußte diesmal die Auffassung entstehen, daß es sich um ein unmittelbares Vorgehen handeln sollte.

Der Verlauf der Diskussion in den Wochen, die dem Parteitag vorangingen, zeigte jedoch, daß die von uns sofort geltend gemachte Auffassung die richtige war; der Massenstreik kann nicht durch eine Diskussion ein aktuelles Problem unserer unmittelbaren Politik werden, sondern er muß aus der ganzen Gestaltung der politischen Situation zu einer Notwendigkeit unseres Handelns werden. Nicht durch theoretische Erörterung, sondern durch möglichst intensive Führung unseres Kampfes und insbesondere des preussischen Wahlrechtskampfes können wir eventuell auch zur Anwendung des Massenstreiks gelangen.

Diese Ueberzeugung mußte sich schließlich bei allen Parteigenossen durchsetzen. Der Parteitag aber kam dadurch in eine unangenehme Situation. Er konnte nicht, wie etwa die Parteitage in Oesterreich oder Belgien, die mitten in den stürmischsten Kampfjahren abgehalten wurden, den Massenstreik als unmittelbar bevorstehend proklamieren, wenn das Kampfsziel nicht anders durchzusetzen sei, sondern er mußte sich auf die Wiederholung der früheren Beschlüsse beschränken. War dies aber der Fall, so verlor die Opposition gegen die Vorstandsvollversammlung ihren wesentlichen Inhalt. Sie hätte nur Sinn gehabt, wenn sie den Standpunkt hätte festhalten können, den Massenstreik als unmittelbar einzuleitende Aktion von dem Parteitag beschließen zu lassen. Nach dem vorangegangenen Aufstand von heftigen Angriffen auf die Parteitaktik war aber das Bedürfnis noch zu drängend, die Oppositionsstellung beizubehalten und so wurde der Vorstandsvollversammlung eine andere entgegengesetzt, die sachlich nichts anderes enthielt, und nur stärkere Worte gebrauchte. So litt die Diskussion unter der Zweideutigkeit, daß die objektive Gestaltung der Situation nur eine Lösung zuließ, während die Nachwirkung der ursprünglichen Stellungnahme das subjektive Bedürfnis zu einer Auseinandersetzung auslöste, die unter diesen Umständen einen persönlichen Charakter annehmen mußte.

Es ist also grundsätzlich, wenn liberale Blätter und leider auch ein Parteiblatt, die einen jauchzend, das andere zu Tode betrübt, von einer Befestigung des Massenstreikgedankens sprechen. Es ist ein Verdienst der Rede Franks und des Schlusswortes von Scheidemann, diese Auffassung als völlig irrig erwiesen zu haben. Ob und wann der Massenstreik in Deutschland geführt werden wird, kann niemand sagen, das hängt von dem Widerstand der Herrschenden gegen das eiserne Miß der politischen und sozialen Fortentwicklung einerseits, andererseits von der Angriffslust und dem Opfermut der Massen ab. Nichts fürchterer jedenfalls, das soll hier noch bemerkt werden, als die Phrase von der Unreise dieser

Massen. Die deutschen Arbeiter stehen an politischer Einsicht und Erfahrung hinter keinen anderen zurück, und wir sind überzeugt, daß sie in gegebener Stunde tun werden, was getan werden muß. Ebenso falsch ist es, von der Unreise der Verhältnisse zu sprechen. Gerade umgekehrt, weil in Deutschland die Klagen gegen einen viel höheren Grad erreicht haben als irgendwo anders, hat der Massenstreik hier auch ganz andere Bedingungen und ganz andere Bedeutung als in einem anderen Lande. Aber daß er besondere Bedingungen erfordert, die momentan, wie der Parteitag konstatierte, nicht gegeben sind, sagt keineswegs, daß diese Bedingungen nicht eintreten werden, wenn der Widerstand vor den Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterklasse nicht zurückweicht. Es wäre ein großer Schaden gewesen, wenn diese Ansicht nicht das deutsche Arbeiterparlament beherrscht hätte.

Vor diesem Schaden hat der Parteitag uns bewahrt. Aber viel mehr konnte er unter diesen Umständen, die ihm, wie Liebknecht sehr einsichtig sagte, in ungünstiger Zeit eine solche Diskussion aufrängen, nicht leisten. Und die Frage ist wohl berechtigt, ob dies so kommen mußte.

Es ist spezifisch literarisch, wenn auch diese Meinung durchaus nicht auf Literaten beschränkt bleibt, zu meinen, daß man durch die theoretische Erörterung einer so konkreten, unter den verschiedenen Umständen stets wechselnden Erscheinung, wie es der Massenstreik ist, seiner Verwirklichung näher kommt. Was stellt man sich denn unter der Propaganda des Massenstreiks eigentlich vor? Glaubt man denn den Arbeitern über die Natur des Streiks, den sie doch aus eigener Erfahrung kennen, erst noch besondere Aufklärung geben zu müssen? Oder fürchtet man, sie seien zum Streik zu wenig vorbereitet, so daß, wenn die Situation eintritt, sie wegen der mangelnden Aufklärung ungenügend vorübergehen könnten? Ein Blick auf die Geschichte des Massenstreiks würde solche Ansicht unmöglich machen. Ueberall ist die Ueberzeugung, daß der Massenstreik als stärkstes politisches Mittel wirken kann, im Proletariat lebendig, muß es der Natur der Klasse nach sein. In Oesterreich war eine Anfang der Vierziger Jahre geführte Diskussion über den Massenstreik längst vergessen, als im Jahre 1905 ganz spontan der Massenstreikgedanke die gesamte österreichische Arbeiterbewegung, Führer wie Massen, Gewerkschaften wie Partei weit über den Kreis der Organisierten hinaus einfach im Verlauf der Wahlrechtsbewegung mit unwiderstehlicher Wucht ergriff! Ebenso in Belgien. Und in Rußland? Es gab keine Presse, keine Propaganda, keine nennenswerten Organisationen, aber es gab die revolutionäre Situation und daher den Massenstreik.

Der Massenstreikgedanke braucht in keinem Proletariat erst theoretisch lebendig gemacht zu werden, weil er infolge der Klassenlage unmittelbar vorhanden ist und nur durch eine bestimmte Situation, die selbst wieder infolge des allgemeinen Kampfes eintritt, zur Verwirklichung gelangt. Deshalb ist es eine durchaus unklare Redensart, eine spezifische Massenstreikpropaganda zu verlangen, eine Unklarheit, die allerdings, gewönne sie Boden, zu syndikalistischen Schädigungen führen würde. Und so schädlich eine Ueberhöhung des Parlamentarismus wäre, so gefährlich wäre es, durch eine spezifische Massenstreikpropaganda eine Stimmung zu schaffen, in der ein erheblicher Teil der deutschen Arbeiterschaft Lehren zugänglich würde, die in Frankreich und Italien, zum Teil auch in England und den Vereinigten Staaten, die Arbeiterbewegung weit mehr hemmen, ihr Fortschreiten und damit die wirklich revolutionäre Entwicklung tausendmal mehr schädigen, als der gelegentliche Augenblickserfolg irgendeines „Massenstreiks“, auf den sich zu berufen daher auch ganz ungerichtet ist. Das bedeutet auf der anderen Seite durchaus keinen Fatalismus und kein Schneeegeböl. Daß in unseren Organisationen und in unserer Presse auch über den Massenstreik gesprochen wird, ist selbstverständlich. Aber die Erörterungen über seinen Verlauf in anderen Ländern, über seine Bedingungen und Grenzen sind nichts, was eine besondere Propaganda bedeutete, und erst recht nichts, was ein Parteitag zu beschließen hätte. Sie sind allgemeiner Natur und müssen es bleiben, weil über die besondere Art eines Massenstreiks, wie er zu organisieren sei, welche Arbeiterschichten sich zu beteiligen haben, welche Ausdehnung ihm zu geben ist, durch welche anderen Aktionen seine Wirkung gesteigert werden könne, nur in dem bestimmten Zeitpunkte gesprochen werden kann, in dem er unmittelbar vorbereitet wird. Bis dahin aber gilt es, unseren Kampf fortzuführen, alle Machtpositionen, die uns zugänglich sind, zu besetzen, zu agitieren und zu organisieren, kurz unsere Macht zu stärken in der Ueberzeugung, daß gerade dadurch, und nur dadurch der Boden bereitet werden kann für die voraussichtlich noch größeren und entscheidenderen Kämpfe.

Deshalb ist die Anwendung des Massenstreiks kein Diskussionsproblem, sondern wie jede Aktion der Arbeiterklasse ein Organisationsproblem, das zu bestimmter Zeit in einer gegebenen Situation mit gegebenen Mitteln praktisch gelöst werden muß. Ein Organisationsproblem und nichts ist zweideutiger als der Satz, daß der Massenstreik nicht vom Parteivorstand oder der Generalkommission beschlossen werden könne. Soll er allerdings nur befehlen, daß der Massenstreik wie die Revolution nicht willkürlich gemacht werden kann, so ist er freilich richtig, aber auch selbstverständlich. Soll er aber sagen, daß der Massenstreik gleichsam nur als wider Streik kommen muß, so verkennt

diese Auffassung völlig die geschichtliche Rolle, die heute die Organisation inne hat, verkennt auch die Erfahrungen, die in Oesterreich und Belgien gemacht worden sind, und zieht seine Schlüsse aus dem exeptionellen Beispiel Rußlands, das schon deshalb nicht beweiskräftig ist, weil die Aktion ja leider mit einer vorläufigen Niederlage geendet hat.

Im deutschen Proletariat muß das Bewußtsein lebendig bleiben, daß es in entscheidenden Situationen, die der Klassenkampf selbst und seine geschichtlich bedingte Steigerung herbeiführen wird, die Waffe des Massenstreiks zur Verfügung hat. Es darf sich nicht der Illusion hingeben, daß sein Aufstieg ungestört verlaufen müsse, daß die Entscheidungen nur auf parlamentarischem Boden fallen werden. Es hat aber nicht nötig, deshalb seine bisherige Aufklärungs- und Organisationsarbeit geringer einzuschätzen und es darf nicht in dem Massenstreik ein Alheilmittel erblicken, das immer mehr zu dem normalen Kampfmittel werden müßte und an Stelle unserer bisherigen Tätigkeit zu treten hätte.

Es ist zu hoffen, daß gerade die Diskussion auf dem Parteitag diese Ueberzeugung allgemein gemacht hat und so die Partei davor bewahrt, daß statt Aktionen, die uns vorwärts bringen, Diskussionen gepflogen werden, die sich in Wiederholungen bewegen müssen.

Erneute Straßenkämpfe in Dublin.

London, 22. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In Dublin kam es gestern abend wieder zu blutigen Straßenkämpfen zwischen der Polizei und der Bevölkerung, die zwei Stunden dauerten. Im ganzen wurden 41 Personen verwundet, darunter mehrere Polizisten, die jetzt im hiesigen Hospital liegen.

Nach den hier eingegangenen Nachrichten kam es zu den Zusammenstößen aus folgendem Anlaß: Gegen 6 Uhr nachmittags bewegte sich ein großer Demonstrationzug der streikenden und ausgesperrten Arbeiter von der Liberty Hall nach der O'Connell Street, wo ihnen durch eine starke Polizeikette der Zugang verweigert wurde. Der Zug schlug darauf einen anderen Weg ein und kam auch durch die Tophensend Street, eine enge Straße. Hier glaubten die an der Spitze reitenden und marschierenden Polizisten, man führe sie in eine Falle, sie wandten sich daher um und trieben den Zug zurück. Dadurch kam es nach dem Bericht des „Daily Telegraph“ zur Verwirrung und zum Kampfe, bei dem auf der einen Seite Knüppel und Säbel, auf der anderen Steine, Flaschen und Schraubenmuttern benutzt wurden. Die Polizeibefestigung Dublins ist verstärkt worden. Zurzeit patrouillieren mit Säbeln, automatischen Pistolen und ellenlangen Knüppeln bewaffnete Polizeiposten durch die Straßen der Stadt. Die verbündeten Unternehmer haben an alle Unternehmher der Stadt und des Landes einen Appell um finanzielle Unterstützung in ihrem Kampfe gegen das, was sie Syndikalismus nennen, erlassen.

Die bürgerliche Presse über den Parteitag.

In ausführlichen Leitartikeln nimmt die bürgerliche Presse zu unserem Parteitage Stellung. Aber im Grunde genommen sind es nur zwei Gedankengänge, von denen der eine namentlich in der fortschrittlichen Presse, der andere in der konservativen-Merkmalen variiert wird. Die liberale Presse verkündet den Sieg der Revisionisten und Gewerkschaften über den Radikalismus und sieht ihre Heiligungshoffnungen der Erfüllung näher kommen. So schreibt die „Vossische Zeitung“:

„Boreest ist das Ergebnis der roten Woche, daß die Radikalen besiegt sind, dervahren, daß sie noch nicht die Kraft gefunden haben, sich zu einem neuen Kampfe zu sammeln. Die Tatsache wird ihre weitere Wirkung auf die Haltung der Reichheit jenseitlich verschlehen. Waren auch bei den Verhandlungen und Abstimmungen Revolutionäre und Revisionisten nicht immer streng gefordert, im ganzen hat doch die Sache der Revisionisten eine erhebliche Förderung erfahren, und ihr Selbstvertrauen und Siegesbewußtsein ist durch die Lage von Jena nicht wenig gestärkt worden. Sie werden zweifelsohne zusehends stärker auftreten bei Fragen, die früher gegen sie entschieden wurden, den Fragen der Budgetbewilligung, der Forderung der Erfüllung hergebrachter Repräsentationspflichten, der Unterlassung unmögiger Demonstrationen gegen die Monarchie, und was sonst noch den Reaktionen nach dem Herzen war. Ob sich bei alledem die Einigkeit und Geschlossenheit bewahren wird, die der Genosse Ebert in Jena wahrgenommen haben will?“

Unter der Ueberschrift: „Der Parteitag der Taktik“ schreibt die „AdN. Zeitung“:

„Der Jenaer Parteitag der Sozialdemokratie ist verlaufen, wie man erwartet hatte. Er bringt für die bürgerlichen Parteien keine Ueberraschung und keine Enttäuschung. Seine Ergebnisse liegen auf der geraden Linie der Entwicklung, wie sie nach dem großen Wahlsieg von 1912 die Sozialdemokratie nehmen mußte, und sie ihren ersten Niederschlag in den Kompromißbestrebungen zwischen Radikalen und Revisionisten auf dem Parteitage zu Gemahne sand. Der Fall der 111 Reichstagsfraktion hat die Partei aus ihrer alten Taktik der allein auf die Agitation berechneten, unbedingt negierenden Opposition herausgerissen, und sie zu einer Art von bedingter

Politische Uebersicht.

Die Regierung und das Verteuerungskartell.

Das schöne Bündnis zwischen dem Zentralverband deutscher Industrieller und dem Bund der Landwirte zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung und Verteuerung der Lebensmittel wird nicht nur von der preussischen Regierung begünstigt, sondern direkt agitatorisch gefördert. Auf der Eröffnungsfeier der Ausstellung des Landwirtschastlichen Vereins für Rheinpreußen hat am letzten Sonntag in Essen der preussische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer-Lieser eine Eröffnungstede gehalten, die als immer wiederkehrendes Leitmotiv der schönen Aufzüge durchzieht: „Großunternehmer aller Verteuerungen vereinigt Euch zur Mehrung Eures Profits!“

Nach der Wolffschen offiziellen Meldung sagte der Landwirtschaftsminister:

„Anlässlich der Tagung in der ehemaligen Acker- und jetzigen Industriestadt Essen ist in der Einladung des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen der Wunsch zum Ausdruck gebracht worden, daß diese Tagung dem gegenseitigen Verstehen der beiden hervorragenden Erwerbsstände Deutschlands förderlich sein und zu einer gegenseitigen Würdigung ihrer hohen wirtschaftlichen und nationalen Bedeutung beitragen möge. Namens der preussischen landwirtschaftlichen Verwaltung kann ich versichern, daß dieser Wunsch auch der unfrige ist. Ich würde es tief bedauern und als einen unverantwortlichen, nicht wieder gut zu machenden politischen Fehler ansehen, wenn in der gegenwärtigen Zeit, wo die Erhaltung von Eigentum und Besitz, die staatliche Autorität ebenso wie die des Hausherrn und Arbeitgebers im Handwerk, Industrie und Landwirtschaft in Frage gestellt wird, förmliche Reibungen und der gewiß berechtigte Widerstreit von Einzelinteressen Landwirtschaft, Industrie und Handwerk verleiten könnten, ihre großen gemeinschaftlichen Ziele im wirtschaftlichen Kampfe außer acht zu lassen und sich in dem Augenblick zu trennen, wo nur geschlossenes Zusammengehen gegen den gemeinschaftlichen Feind ihrer Existenz und auch die unseres Vaterlandes für die Zukunft sichern kann.“

Diese offene Sympathieerklärung der Regierung für das antisozialpolitische Unternehmerkartell ist recht wertvoll; öffnet es doch dem Einsichtigen die Augen über den Charakter unserer hohen Regierung; doch haben wir auch ohnehin geahnt, daß die preussischen Minister sich lediglich als Sachwalter der Großindustriellen und Großagrarien betrachten.

Zur Landtagswahl in Baden

wird uns geschrieben:

Der Aufmarsch der Parteien für die am 21. Oktober d. J. stattfindenden badischen Landtagswahlen hat begonnen. Die sozialdemokratische Partei hat bereits ihre Kandidaten in den sämtlichen 73 Wahlkreisen aufgestellt. Im Zentrumslager hält man mit der Kandidatenaufstellung in verschiedenen Kreisen noch zurück, um sich Spielraum zu lassen für die „Wittumereien“. Das Zentrum will bekanntlich die 1912 in Pforzheim bei der Reichstagswahl angewandte Taktik auch bei der diesmaligen Landtagswahl praktizieren und überall dort, wo es selbst keine Aussichten hat, im ersten Wahlgang jeden Gegner der Sozialdemokratie unterwerfen. Doch die Nationalliberalen erleidern dem Zentrum die Anwendung dieser Taktik durch einen Mangel an Schlägertüchtigkeit, der jetzt, vier Wochen vor der Wahl, schlechterdings nicht mehr zu verstehen ist. 54 Kandidaten sollen die Nationalliberalen nach einem zwischen ihnen und den Fortschrittlichen getroffenen Abkommen aufstellen — bis heute haben sie aber erst 36 Kandidaten aufgestellt. Auch die Fortschrittlichen sind noch nicht überall fertig mit der Kandidatenaufstellung.

Inzwischen haben alle Parteien den Wahlkampf mit der Veranstaltung von Versammlungen und Verbreitung von Flugblättern aufgenommen. Die Nationalliberalen haben ihren Wahlauftrag herausgegeben. Er wendet sich in der Hauptsache gegen den Rechtsblock, dessen Sieg ein Verhängnis für das Land wäre. Darauf wird die Einführung der Verhältniswahl

Rieter des Hauses Anstöß daran nehmen. Selbst wenn der Herrenbesuch zu unästhetischen Zwecken stattfand, ändert das nichts an der Auffassung des Gerichts. Es geht niemand etwas an, was hinter verschlossenen Türen zugeht.“

Das bedeutet vom Standpunkt der herrschenden Sexualethik nichts Veringertes als offene Rebellion einer hohen Staatsbehörde gegen die vom Staat protegierte Sozialethik. Sachlich ist es hierbei gleichgültig, ob diese Behörde in ihrem mutigen Bekenntnis zu einer freieren Moralauffassung die Forderung aller Gebildeten ausdrückt, denen die Verletzung der Menschheit von ungehörigen Moralbegriffen ein Postulat menschlicher Freiheit überhaupt dünkt.

Wir haben hier also vor der verblüffenden Tatsache, daß ein wichtiges Organ des Staates die Moral der Organisation, der es dient, desavouiert. Hunderte von Gerichtsverhandlungen und andere Reueigungen staatlicher Willensbetätigung haben bis auf den heutigen Tag in Dingen der Sexualethik eine absolut gegenteilige Auffassung dokumentiert. Auf einmal trägt das Reichsgericht gewissermaßen den Forderungen der Zukunft Rechnung, ohne scheinbar mit den Hemmnissen der Gegenwart zu rechnen. Da fragt man sich: Sollte sich eine Körperschaft von solcher Bedeutung bei Abfassung des Erkenntnisses dieses Widerspruchs nicht bewußt geworden sein? Und wenn es sich dessen bewußt war: wie gebent es seine fortgeschrittene Auffassung in der Wirklichkeit gegenüber den entgegengekehrten Forderungen der herrschenden Moral zu behaupten?

Aber lassen wir solche Erwägungen ruhig auf sich beruhen. Die Entscheidung hat so viel Bedeutung für die Wirklichkeit, daß ein Hinweis auf ihre praktische Geltungsmöglichkeit mehr als jede philosophische Auseinandersetzung geeignet ist, den Vorwurf der Inkonsistenz zu begründen.

Man braucht nur die „Sittenpolizei“ zu erwähnen. Wir haben mit dieser Einrichtung Erfahrungen gemacht, die den Schluß zulassen, daß diese Behörde in der Auffassung über die persönliche Freiheit allein stehender Frauen unbedingt mit dem Reichsgericht kollidieren muß.

Die Sittenpolizei ist mit sehr weitgehenden Befugnissen ausgestattet. Sie darf — wie bestimmte Fälle gezeigt haben — unter Umständen ohne weiteres bei allein stehenden Frauen eindringen, um sich zu vergewissern, ob etwa ein — nicht konjunktionsloser — unmoralischer Lebenswandel vorliegt. Sie darf sich sogar sogenannte „Wigilantinnen“ bedienen, deren Aufgabe es ist, „verdächtige“ Frauen gelegentlich auf die Probe zu stellen, „inwiefern sie sich“ — um mit dem Reichsgericht zu reden — „den Gesetzen der Sitten unterwerfen wollen“.

Wir haben also auf der einen Seite amtliche Instanz Nr. 1. Deren Aufgabe ist es, allein stehende Frauen zu überwachen und nötigenfalls „einzuschreiten“ — das heißt: wenn sie Herrenbesuche

für die Wahlen zum Landtag gefordert, und dann folgen allerlei schöne an die Landwirtschaft, die Industrie, den Handel, die Gewerbetreibenden und Handwerker, an Beamte, Lehrer und Arbeiter gerichtete Versprechungen, alle sollen nach nationalliberaler Façon fertig werden.

Unsere Partei hat die Rede des Genossen Dr. Frank auf dem diesjährigen badischen Parteitag in Proschürenform an die Landtagswähler im ganzen Lande zur Verbreitung gebracht. Diese Rede Franks enthält das Wahlprogramm der Sozialdemokratie. Sie weist auf die Leistungen der sozialdemokratischen Fraktion im verflochtenen Landtag hin und zeigt, was im kommenden Landtag geleistet werden soll.

Im Jahre 1900 erzielte unsere Partei bei den badischen Landtagswahlen einen überaus guten Erfolg. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen wuchs von 50 431 im Jahre 1905 auf 86 895, während die des Zentrums und der Konservativen von 137 000 auf 118 000 zurückgingen. Die Sozialdemokratie vermehrte 1900 ihren Mandatsbesitz von 12 auf 20, während die Nationalliberalen 6, die Konservativen ein Mandat und das Zentrum 2 Mandate verloren. Der sogenannte Großblock, der 1905 41 Sitze im Landtag innehatte, besaß 1900 deren 44, während der Schwarz-Blau Block von 32 auf 29 Sitze zurückging.

Der Erfolg unserer Partei im diesmaligen Wahlkampf wird wesentlich davon abhängen, inwiefern es uns und inszwischen gelungen ist, die im Jahre 1900 gewonnenen 36 000 Landtagswähler zu Parteigenossen zu machen und in den Kreisen der Wähler neue Anhänger zu werben. Von dem Erfolg unserer Partei wird auch wesentlich der Sieg über den Rechtsblock, die Verhinderung einer Merkmal-konservativen Mehrheit abhängen. Aber für sich allein können unsere Genossen das Ziel, die Verhinderung einer Merkmal-konservativen Mehrheit im badischen Landtag, nicht erreichen. In dieser Erkenntnis hat bekanntlich der letzte badische Parteitag fast einstimmig einem Abkommen zugestimmt, das zwischen der Nationalliberalen Partei, der Fortschrittlichen Volkspartei und Sozialdemokratischen Partei vereinbart wurde. Nach diesem Abkommen sind Fortschrittliche und Nationalliberale verpflichtet, in fünf bisher zu dem Bestände der Sozialdemokratie gehörigen Wahlkreisen selbständige Kandidaturen für den ersten Wahlgang aufzustellen. Damit soll die Absicht des Zentrums, durch Unterstützung jedes Gegners der Sozialdemokratie den Mandatsbesitz der Sozialdemokratie schon im ersten Wahlgang derart zu dezimieren, daß unsere Genossen die Liberalen im zweiten Wahlgang aus Verdrängung durchfallen lassen, durchkreuzt werden.

Dieses Großblockabkommen für den zweiten Wahlgang wurde von den Nationalliberalen und den Fortschrittlichen, gleichwie von unseren Genossen gutgeheißen. Auf der Landesversammlung der Nationalliberalen hat denn auch deren Führer, Hofrat Rebmann, die Erwartung ausgesprochen, daß dasselbe strikte eingehalten werde. Er hat die Wackerste Taktik als eine Spekulation auf die Charakterlosigkeit bezeichnet und es als eine Frage des Tates und der persönlichen Ehre bezeichnet, daß man sich „aller und jeder geheimen und offenen, direkten und indirekten Verhandlungen mit dem Zentrum und den Konservativen enthalte“.

Der damals ausgesprochene gute Wille des nationalliberalen Führers hat es freilich nicht hindern können, daß nationalliberale Bezirks- und Ortskomitees das Abkommen schamlich durchbrochen. So haben die Nationalliberalen in Rastatt-Stadt einen eigenen, beim Zentrum in Gnaden stehenden Kandidaten aufgestellt; auch in verschiedenen anderen Bezirken haben die Nationalliberalen sich bei der Aufstellung ihrer Kandidaten offenbar von der Hilfeleistung auf geizigliche oder konservervative Hilfe leiten lassen. Das ist eine zweifelhafte Haltung, die den Nationalliberalen sehr verhängnisvoll werden kann. Die nationalliberale Partei zeigt sich im gegenwärtigen Wahlkampf als die Partei der unbegrenzten Möglichkeiten. War es doch sogar möglich, daß ein Mitglied und Vertrauensmann der nationalliberalen Partei eine ihm vom Zentrum und den Konservativen angebotene Kandidatur annahm!

Unsere Genossen in Baden sind durch diese jämmerlichen Erscheinungen nicht enttäuscht; sie lassen dessentwegen das Ziel nicht aus dem Auge. Es gilt einen harten Kampf anzufechten gegen die Reaktion, es gilt, deren Sieg zu verhindern. Ihnen steht ein von der Regierung und den bürgerlichen Parteien reich ausgestattetes Waffenarsenal zur Verfügung. Die Nichtbe-

empfangen, an denen „andere Hausbewohner Anstoß nehmen“. Auf der anderen Seite haben wir amtliche Instanz Nr. 2, die der allein stehenden Frau versichert, sie brauche sich nicht Beschränkungen aufzuerlegen, wenn andere Hausbewohner an Herrenbesuchen Anstoß nehmen... selbst nicht, wenn der Besuch zu unästhetischen Zwecken stattfand.

Wie will da gegebenenfalls die Sittenpolizei vor dem Reichsgericht und wie will das Reichsgericht vor der Moral seines Auftraggebers bestehen? Vor allem aber: Wie wollen beide vor der Frau bestehen, die sich im Vertrauen auf die Grundsätze des Gerichts hinter verschlossener Tür ihren privaten Reigungen überläßt, um sich plötzlich einer Sittenpolizei ausgeliefert zu sehen, der vom Staat das Recht gegeben wurde die reichsgerichtliche geschlossene Tür mit Gewalt aufzubrechen?

Ist das Gericht in diesem Falle willens und in der Lage, für die Konsequenzen seiner Entscheidung einzustehen und der Frau Genugtuung zu geben, indem es die Sittenpolizei zur Ordnung ruft?

Aus alledem ergibt sich, daß die Auffassung des Reichsgerichts — so menschlich frei und großzügig sie auf den ersten Blick erscheinen mag — im Grunde eine Unmöglichkeit ist, solange es eine Sittenpolizei gibt. Hier heißt es: Entweder alles oder nichts — sonst bedeutet der neue Standpunkt eine Halbheit, die lediglich geeignet ist, neue Verwirrungen anzurichten. Die praktische Anwendung der freieren Moralauffassung würde im übrigen unter den bestehenden sittenpolizeilichen Vorschriften und Praktiken das weitere Uebel zur Folge haben, daß bald kein Mensch, der an eine noch so anständige Dame mit den anständigsten Herrenbeziehungen vermißt, vor dem Verdacht der Kuppelerei bewahrt bliebe.

Die fortgeschrittene Bevölkerung hat also keinen Grund, die Entscheidung des Reichsgerichts — die aus noch so ehrlichen Motiven geflossen sein mag — als einen wirklichen Fortschritt zu betrachten — ebensowenig, wie die schwarzblaue Reaktion Anlaß hat, über eine gefühnmäßige Umwertung der Sexualethik aus dem Häuschen zu geraten. Es war ein blinder Schuß, und man möchte darauf schwören, daß seit jenem einen Erkenntnis inszwischen in allen Teilen des Reiches hundert andere die an sich lobenswerte „oberinsanuliche“ Auffassung ad absurdum geführt haben. Denn eine gefühnmäßige Umwertung der herrschenden Geschlechtmoral kann nicht neben einer Sittenpolizei wirksam werden, deren Wirksamkeit ja eben durch den Fortbestand der herrschenden Moral bedingt ist.

Man wird also die Hoffnung auf eine wirkliche Umwertung veralteter Moralbegriffe nach wie vor auf jene Kräfte setzen müssen, die vielfach noch von der Autorität des Staates gerade deshalb als feindliche Mächte betrachtet werden, weil sie nicht für Kompromisse zu haben sind, sondern unter allen Umständen ganze Arbeit leisten wollen.

Helmut Scher.

höflicher Arbeit gezwungen. Die Parole der Partei ist gegenwärtig: einstweilen zu sehen so gut es geht, die Wählermassen an der Stange zu halten und abzuwarten, wie eine neue Entwicklung oder ein neuer Führer der Sozialdemokratie neue Wege weist. Bis dahin haben tüchtige Beamte die Erbschaft der Singer, Bebel und des alten Liebknecht zu verwalten. Ueber diese Taktik zeigte der Parteitag eine immerhin beachtenswerte Einigkeit. Ob es einmal dahin kommen wird, daß sich die Sozialdemokratie zu einer positiven Mitarbeit am Staate unter Hebernahme der Verantwortung entschließt, das steht dahin. Jedenfalls hat der Parteitag von Jena diesen Entschluß noch nicht gebracht, sondern lediglich opportunistische Hebergangsmahregeln vorbereitet.“

Nicht uninteressant sind auch die Beängstigungen des national-liberalen „Hannoverschen Kuriers“, der schreibt:

„Andererseits gewinnt eine gemäßigtere Sozialdemokratie an Werbekraft im Kleinbürgerlichen Stände, bei den nationalen und christlichen Sozialen. Zentrum und Freisinn werden die Kosten zu tragen haben. Da aber ein Revisionist immer noch erheblich weiter geht als etwa ein Volkspartei, muß eine bemerkenswerte Radikalisierung unseres Volkes die Folge sein. Wünschenswert ist dies sicherlich nicht, und so heißt es gegenüber der neuen Entwicklung der Dinge die Augen offen halten. Man könnte sogar sagen, daß die Sozialdemokratie um so gefährlicher wird, je mehr sie aufhört, revolutionär zu sein.“

Die konservativen Zeitungen finden dagegen, daß die Sozialdemokratie jetzt womöglich noch gefährlicher sei als früher. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung“ über den „Staat im Staate“:

„Der Jenaer Parteitag hat sich tatsächlich für den Massenstreik erklärt; es hat völlige Einmütigkeit darüber herrscht, daß man dieses Gewaltmittel anzuwenden müsse, wenn auf andere Weise die Aenderung des Wahlrechts in Preußen nicht zu erreichen sei. Und man hat das ausgesprochen, obwohl man sich darüber klar war und klar sein mußte, daß hinter dem Massenstreik gegebenenfalls, ja wahrscheinlich die blutige Revolution lauert. Soll das etwa ein Beweis dafür sein, daß die Sozialdemokratie sich mauern will, sich zu einer Reformpartei zu entwickeln gedenkt? Wer die Beratungen der früheren Parteitage über die Massenstreikfrage mit den jetzigen vergleicht, der wird den Eindruck gewinnen müssen, daß sich die Entwicklung der Partei zum Radikalismus hin vollzieht. Die Erklärung, daß der Massenstreik zu gegebener Zeit eine Notwendigkeit sein werde, war in diesem Jahre viel schroffer, viel unbedingter, als je vorher... Und angesichts dieser Stimmen und dieser Ankündigungen gibt es immer noch politische Kinder und Narren, die sich vom Kauerungsliede einlassen lassen. Nicht die Sozialdemokratie an sich ist gefährlich, am gefährlichsten ist die grenzenlose Kurzsichtigkeit, mit der man ihr eigentliches Wesen und ihr letztes Ziel übersehen oder zu übersehen sich den Anschein gibt.“

Und ähnlich meint die „Kreuzzeitung“:

„Der Jenaer Parteitag hat jedenfalls kein Zeichen der Mauerung gebracht, und deshalb haben die „Scharfmacher“ auch keinen Anlaß, wie die „Vossische Zeitung“, die diesmal als Wortführerin der Schlammwäcker auftritt, meint, ihre Taktik zu revidieren und den Revisionismus für gefährlicher zu erklären wie den Radikalismus. Unsere Auffassung von der Bedeutung des Revisionismus haben wir schon kürzlich hier ausgedrückt, daß sie in den Verflechtungsdienssten liegt, die er der Partei leitet. Er erhält die Mauerungslegende am Leben, macht die Sozialdemokratie launfähiger und mindert so das Odium, mit dem die Liebesdienste an die Sozialdemokratie die liberalen Parteien sonst belegen würden. Im übrigen ist es nur sehr bedingt richtig, in den Revisionisten gewissermaßen den gemäßigten Flügel der Partei zu sehen. Sind beispielweise doch gerade sie es gewesen, die den Gedanken des Massenstreiks in die Partei hineingetragen haben. Sobald sie aber einmal wirklich verstanden sollten, einer gemäßigten, tatsächlich revisionistischen Politik das Wort zu reden, würde sich bald erweisen, daß sie Offiziere ohne Soldaten sind.“

Die Zentrumspreise sucht beide Auffassungen, die Liberalen wie die Konservativen, zu vereinen. Sie spricht zwar auch von dem Sieg des Revisionismus, erklärt diesen aber für einen noch gefährlicheren Gegner und ausgerechnet die „Germania“ schreibt von dem grundlossten Opportunismus in der — Sozialdemokratie.

So widerlegen die Urteile der bürgerlichen Presse einander und uns bleibt die Gewißheit, daß das Verständnis unserer Bewegung bei den Gegnern auch nach dem Parteitag von Jena nicht größer ist als vorher.

Anarchie im Reichsgericht?

Das Reichsgericht hat eine Entscheidung gefällt, deren praktische Auswirkungen mit „Amstutz“ gleichbedeutend wäre.

Anarchie im Reichsgericht. Es scheint notwendig, daß man das toläuhne Unternehmen bei Licht betrachtet. Die großen Tageszeitungen, die verstanden die alarmierende Meldung unter einer nachsichtigen Ueberschrift irgendwo in der Gerichtsalkalubrik; es scheint also, daß man entweber von der revolutionären Tat wenig erwartet oder daß man sie fürchtet (und sei es auch nur, weil man ein „heißes Thema“ mit unangebrachter Zimperlichkeit nicht ernsthaft vor das Publikum zu bringen mag). Denn es handelt sich um einen Verstoß gegen die von Staat und Kirche sanktionierte Geschlechtmoral. Und der verwegene Ritter, der sich unterfangen hat, gegen diese ehrsüchtgebietende Erscheinung die Lanze einzulegen, heißt: Deutsches Reichsgericht.

Aber Vorsicht! Es ist nötig, daß die Angelegenheit mit achtungsvoller Gelassenheit betrachtet wird. Sehen wir zu.

Es handelt sich um die Frage: Darf eine allein stehende Dame Herrenbesuche empfangen — ohne sich unter allen Umständen nachteiligen Wirkung auf ihre weibliche Ehre aussetzen zu müssen?

Das Reichsgericht hat diese Frage in einem konkreten Falle ebenso mutig wie unabweislich bejaht. Ein Berliner Hausbesitzer war an einen Mieter, der seinerseits an eine Dame weitervermietet hatte, mit dem Ersuchen herangetreten, der Untermieterin Herrenbesuche zu verbieten. Als Begründung dieses Verlangens hatte der Hauswirt angegeben, daß die Herrenbesuche bei der Dame anderen Mietern unangenehm aufgefallen seien.

Das Reichsgericht hat sich diese Auffassung — die mit den staatlichen Moralbegriffen durchaus im Einklang steht — nicht zu eigen gemacht. Es hat vielmehr den Rat gefunden, ohne Einschränkung oder Vorbehalt die individuell-amoralistische (und also „umhürgerliche“) These auszusprechen: Das strikte Verbot von Herrenbesuchen ist eine Beschränkung der Persönlichkeit.

Ohne jedoch bei diesem allgemeinen — wenn auch an sich schon bemerkenswerten — Satze stehen zu bleiben, ist das Gericht, frei von jeder kompromissfähigen Selbst, in der folgenden Begründung bis zur äußersten Konsequenz seiner Auffassung gegangen:

„Es muß der einzelnen Person überlassen bleiben, inwiefern sie sich den Gesetzen der Sitten unterwerfen will. Will eine junge Dame Herrenbesuche empfangen und bringt sie nicht gerade durch die Art der Besuche den Charakter des Hauses in Verfall, so kann ihr das Recht dazu nicht abgesprochen werden. Sie braucht sich auch nicht deshalb Beschränkungen aufzuerlegen, weil andere

...sichtigung einer Reihe selbstverständlicher Forderungen der Arbeiterklasse, die Stellungnahme der Regierung und der Verbände zu den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit, die mehr und mehr sich breit machende Klassenjustiz, dazu die ungeheure Belastung der Lebenshaltung und die Vermehrung der Heereslasten, alles das fördert die Agitation der badiischen Genossen. Überall im Reich wird man diesen Kampf mit Interesse verfolgen, überall wird man auch wünschen, daß der Kampf einen Sieg bringe für unsere Genossen und daß es gelingen möge, die Hoffnungen der Reaktion gründlich zunichte zu machen.

Der in der obigen Darstellung erwähnte Aufruf des National-Liberalen lautet in seinem wesentlichen Teil:

In unserer engeren Heimat dürfen wir auf ein halbes Jahrhundert einer ruhigen, glücklichen Entwicklung zurückblicken, an der die Nationalliberale Partei in vorderster Linie gearbeitet hat. Der Fortgang dieser Entwicklung ist aber schwer bedroht, wenn eine Herikal-konservative Mehrheit in den Landtag einzieht. Eine solche Mehrheit abzuwehren, ist das wichtigste Ziel des bevorstehenden Wahlkampfes.

Um dieses Ziel zu sichern, hat die Nationalliberale Partei ein Wahlabkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei für die Hauptwahl getroffen. Außerdem haben die beiden liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie vereinbart, daß bei diesen Wahlen zur Abwehr einer Herikal-konservativen Mehrheit ein Abkommen für die Stichwahlen getroffen wird.

Diese Wahlabkommen lassen aber allen Parteien, die daran beteiligt sind, so auch der Nationalliberalen Partei, die volle innere Freiheit; in keiner einzigen politischen oder wirtschaftlichen Frage ist sie gebunden, in keiner wird sie im Landtag anders stimmen, als das eigene, gewissenhafte Ermessen ihr vorschreibt. Sie ist und bleibt trotz des Wahlabkommens insbesondere eine scharfe Gegnerin der Sozialdemokratie, von der sie grundsätzliche Anschauungen in wichtigen Lebensfragen unseres Volkes, vor allem in nationalen Fragen und in Fragen unserer Staatsform und Gesellschaftsordnung trennen.

Unsere Hauptkampflinie haben wir in den bevorstehenden Wahlen mit dem Reichstagswahlgesetz verbunden. Das Zentrum, in Verbindung mit Konservativen und den Anhängern des Bundes der Landwirte, unternimmt erneut mit äußerster Kraftanstrengung einen Anlauf, um die Mehrheit im badiischen Landtag zu erringen. Der Sieg des Herikal-konservativen Blocks wäre ein Verhängnis für unser Land; wir werden unsere ganze Kraft einsetzen, ihn zu verhindern.

Das in Baden gültige geheime, gleiche und direkte Wahlrecht soll uns erhalten bleiben. Die dem Wahlverfahren aber anhaftenden Mängel wollen wir beseitigen durch Einführung der Verhältniswahl. Von ihr erwarten wir die volle Gerechtigkeit, die allen Parteien gleichmäßig zugute kommt und die bisher üblichen Wahlabkommen entbehrlieh macht, den Schutz der Minderheiten und die Gewähr für eine ruhige Entwicklung unseres Landes und die stetige Weiterbildung seiner freirechtlichen Einrichtungen. Die Erläuterung der Verhältniswahl wird die wichtigste Aufgabe des nächsten Landtages sein.

Fortschrittliche Öffentlichkeitssucht.

Am Sonnabend und Sonntag hielt die Fortschrittliche Volkspartei in Magdeburg einen Parteitag für die Provinz Sachsen ab. Die Veranstaltungen des Sonnabends beschränkten sich auf eine öffentliche politische Festversammlung, in welcher unter anderem Reichstagsabgeordneter Weinhausen die Stellung der fortschrittlichen Reichstagsfraktion zu verschiedenen Fragen, wie der Wehr- und Redungsfrage usw. vorlegte und Rektor Koppich allerlei Betrachtungen über innerpolitische Verhältnisse anstellte und in phrasenreichem Ueberschwang die Fortschrittliche Volkspartei glorifizierte. Der Inhalt der Reden interessiert hier im übrigen nicht weiter.

Der Sonntag war den Verhandlungen der Delegiertenversammlung vorbehalten. Auf besondere Einladung hin waren drei Vertreter der bürgerlichen Presse Magdeburgs erschienen, und einem sozialdemokratischen Berichterstatter war auf Anfrage vom Vorsitzenden des Provinzialverbandes, Stadtrat Wolff (Magdeburg), im Einverständnis mit seinem Vorstandsvorsitzenden Rechtsanwalt Herzfeld (Galle) ebenfalls die Anwesenheit gestattet worden.

Als eben die Begrüßungsansprache verklingen war, nahm jedoch der Chefredakteur der fortschrittlichen „Nordhäuser Zeitung“, Reubeling (Nordhausen), das Wort, um gegen die unbeschränkte Zulassung der Presse zu polemisieren; er beantragte, drei Punkte der Tagesordnung, nämlich gerade die Punkte, die ein öffentliches Interesse beanspruchen, in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln. Es handelte sich dabei um die Verichterstattung der Bezirksverbände über die Vorgänge im Bezirk mit besonderer Berücksichtigung des Provinzialabkommens mit der Nationalliberalen Partei gelegentlich der letzten Landtagswahl, um die Organisation und Agitation in der Provinz und schließlich um die Frage: „Ist ein Zusammenschluß der fortschrittlichen Mitglieder kommunaler Körperschaften für die Provinz notwendig?“

Nach kurzer Debatte, in der aber nicht etwa gegen den Antrag Reubeling polemisiert wurde, ließ der Vorsitzende über die Frage abstimmen, ob überhaupt geheim verhandelt werden solle. Die Frage wurde mit erdrückender Mehrheit, wenn nicht einstimmig bejaht. Darauf verließen die vier Pressevertreter den Saal. Die bürgerlichen Berichterstatter waren besonders erobert darüber, daß sie hinausgewiesen wurden, obwohl sie ausdrücklich eingeladen worden waren.

Der Antragsteller hat sich umsonst mit Ruhm bedeckt, da er selbst Angehöriger der Presse ist. Der blamable Beschluß dürfte in der Hauptsache auf die Furcht zurückzuführen sein, allerlei erbauliche Dinge, die sich bei dem Landtagswahl-Auflauf mit den Nationalliberalen abspielten, könnten bekannt werden. Von besonderem Vertrauen in die Stärke der eigenen Position zeugt das nicht gerade.

Verüngerien in einer agrarischen Genossenschaft.

Vor einiger Zeit beschäftigten sich die Zeitungen mit Unregelmäßigkeiten im Betrieb der „Masurischen Landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaft“ in Johannisburg. Dort waren stark mit Sand durchsetzte Leinwandstücke verkauft und auf dem Speicher der Genossenschaft waren Haferspelzen in Wertenscharten eingelagert und als vollwertig verkauft worden. Die Aufsichtsansprüche der Genossenschaft erklärten diese Beschuldigungen einfach als unwahr; es ist aber gerichtlich festgestellt worden, daß sie zutreffend sind. Der Winterkubdirektor Kerschowitsch hatte den Direktor der Genossenschaft Widley der unredlichen Handlungsweise beschuldigt, worauf dieser Beleidigungslage anstrebte. Vor Gericht sagten drei frühere Speicherkarbeiter der Genossenschaft unter ihrem Eide aus, Direktor Widley hätte sie beauftragt, Reislein, Hirsellein, Gerstenlein und andere minderwertige Sachen in Roggen- und Weizenlein bzw. Gerstlein einzumischen. Zwei weitere Zeugen erklärten, sie hätten von dem Genossenschaftsdirektor den Auftrag erhalten, Haferspelzen in Wertenscharten einzumischen. Dieses Gemenge wäre dann als Wertenschart an die Kunden abgegangen. Ein anderer Zeuge bekundete, Widley hätte ihm befohlen, ein unbekanntes sehr schweres weiches Mehl in Mehl zu mengen. Das Schöffengericht erklärte, daß der Beweis der Wahrheit für dieses unredliche Geschäftsgebahren erbracht sei. Nur wegen formaler Beleidigung verurteilte es den Angeklagten zu 30 M. Geldstrafe.

Konfessionelle Stenographie.

Die deutsche „Stenographen-Zeitung“ berichtet unter der Ueberschrift „Stenographie und Politik“: „Nach der ‚Neuwacht‘ (Nr. 9) hat eine Notiz in der ‚Dienburger Zeitung‘ vom 2. Mai für das Gabelsbergerische System

dadurch zu werden gesucht, daß auf die Zugehörigkeit Gabelsbergers zum katholischen Kirche und seine Gegnerschaft gegen den seinerzeit auftauchenden Deutsch-Katholizismus hingewiesen wird. Das Kollerische System wird in der Notiz damit bekämpft, daß der Kollerischen Schule Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie vorgeworfen wird. Es ist eigentlich überflüssig, festzustellen, daß die ganze Gabelsbergerische Schule eine derartige Kampfesweise beurteilt. Die Stenographie ist weder Religions- noch Parteifache; aber man braucht eine solche Entgegnung eines jungen unerfahrenen, begeisterten Anhängers seines Systems auch nicht gleich zu brandmarken. Wie oft ist uns selbst gerade in Preußen, und zwar von Vertretern von Regierungsbehörden entgegengehalten worden, Gabelsberger sei das katholische und Stolze-Schrey das evangelische System, deshalb habe man in Preußen nicht nötig, das Gabelsbergerische System zu erlernen.“

Die in der Notiz behandelte Tatsache ist nur zu begreiflich in einer Zeit, wo im Interesse der Geisteslichen die Konfessionen gegeneinander gehetzt werden und gewisse Diener des Herrn es am liebsten sehen würden, wenn selbst die Bedürfnisanstalten nach Konfessionen gesondert würden. Nach vernünftiger Auffassung kommt es nur auf die Tauglichkeit eines Stenographiesystems an, nicht, ob der Erfinder Katholik oder Protestant, ob er Sozialdemokrat oder Zentrumsmann ist.

Zur Reichstagsersatzwahl in Hamburg.

Nun sind im ersten Hamburger Reichstagswahlkreis auch die Konterkandidaten mit ihrem Kandidaten zur Ersatzwahl auf den Plan getreten. Es ist der Landrichter Koch. Unserem Genossen Stolten stehen also drei bürgerliche Kandidaten gegenüber, außer Koch der nationalliberale Hauptpastor Rode und der Fortschrittler Rechtsanwalt Dr. Peterßen.

Die Balkanfragen.

Die Anarchie in Albanien.

Wien, 22. September. Die „Albanische Korrespondenz“ meldet: Die Grausamkeiten, die die Serben in den ihnen von der Londoner Potcheftervereinigung zugewiesenen Gebieten, namentlich in den Vilajets Kossowo und Djakova, seit Monaten gegen die albanesische Bevölkerung verüben, haben zu einem Aufstande der Albanesen gegen die Serben geführt. Seit längerer Zeit finden zwischen albanesischen Banden und serbischen Truppen blutige Kämpfe statt. Da serbische Abteilungen einige an den Kämpfen bisher völlig unbeteiligte Dörfer niederbrannten, gewinnt der Aufstand immer größere Ausdehnung. Auch im autonomen Albanien, im Gebiete des Drin, ist die Erregung gegen die Serben aufs höchste gestiegen. Infolge der Sperrung der Straßen nach den Märkten Djakova und Prizrend seitens der Serben herrscht im ganzen nordöstlichen Teile der Malissia Hungersnot.

Belgrad, 22. September. Die Anarchie in Albanien nimmt einen immer größeren Umfang an. Vorgefesselt griffen die Albanesen auf serbischem Gebiete in der Umgebung von Dibra an. Es sind alle Maßnahmen getroffen worden, um diese Angriffe zurückzuweisen.

Holland.

Eine Nachwahl in Amsterdam.

Amsterdam, 20. September. (Sig. Ver.) Die Wahl unseres Genossen Henri Polak, Vorsitzenden des Diamantarbeiterverbandes, in die Erste Kammer, in der die Sozialdemokratie außerdem noch durch Genossen Van Kol vertreten ist, wird Polaks Mandat als Mitglied der Zweiten Kammer im 3. Amsterdamer Kreise erledigt. Dadurch ist die Möglichkeit geschaffen, dort einen der Führer unserer Gewerkschaftszentrale ins Parlament zu bringen und so eine allgemein bedauerte Lücke in unserer Parlamentsfraktion auszufüllen.

Mexiko.

Die Ermordung Maderos.

Washington, 22. September. Mexikanische Konstitutionalisten melden: Oberst Francisco Cardenas, der angebliche Mörder Maderos, sei in der Nähe von Medoacan, wohin er sich begeben wollte, um ein Kommando über Bundesstruppen zu übernehmen, ermordet worden. Cardenas soll deswegen ermordet worden sein, weil man fürchtete, er könne die Befehle verraten, die er in der Nacht erhielt, in der Madero getötet wurde und in der Cardenas die Truppen befehligte, welche Madero aus dem Palast ins Gefängnis überführten.

Aus der Partei.

Erklärung.

Unser Leipziger Korrespondent schreibt uns: „Genosse Fritz Geher hat auf dem Parteitage in Jena in einer persönlichen Bemerkung gesagt: ‚Der Bericht des ‚Vorwärts‘ über meine Leipziger Rede ist nicht richtig.‘ Er hat sodann den Bericht der ‚Leipziger Volkszeitung‘ zitiert, diesen also dem ‚Vorwärtsbericht‘ als richtig gegenübergestellt. Die besagte Stelle in der ‚Leipziger Volkszeitung‘ (Nr. 169 vom 24. Juli) lautet:

„Auf die Frage: Sollen wir der bürgerlichen Gesellschaft direkte Steuern bewilligen, sagen wir Nein! Denn sonst bewilligen wir dem von uns bekämpften System und stellen uns in Widerspruch mit uns selbst. Bei manchen unserer Genossen ist der Satz: Diesem System keinen Namen und keinen Großen, zu einem Schlagwort geworden. Den Grundtag mag man verlassen, ich unterstütze ihn. Wir bekämpfen das System und sollen es unterstützen? Da wären wir entweder verrückt, oder wir wären Verleumdeter. Wenn es einmal dahin käme, unter dem jetzigen Programm so zu handeln, dann würde es zu schweren Kämpfen innerhalb der Partei kommen. Das bürgerliche System zu schämen, darf die Partei niemals tun, sonst bleibt sie keine proletarische Partei mehr. In dem Augenblick, wo sie ihre Grundfänge aufgibt, werden die Kämpfe so heftig, daß die Gefahr besteht, daß aus der jetzigen proletarischen Partei eine neue proletarische Partei entsteht. (Handclatschen.) Aufgabe des kommenden Parteitages muß es sein, mit allen Kräften für die Reinhaltung des Prinzips zu sorgen. (Stürmischer Beifall.)“

Den hier durch Sperrung hervorgehobenen (in der „L.“ fettgedruckten) Satz hat Genosse Geher auf dem Parteitag zum Beweis zitiert, wie falsch der ‚Vorwärts‘ von seinem Leipziger Korrespondenten berichtet worden ist. Wie lautet nun die betreffende Stelle im ‚Vorwärts‘, Nr. 192 vom 20. Juli:

„Auf die Frage: Sollen wir der bürgerlichen Gesellschaft direkte Steuern bewilligen? sagen wir: Nein! Denn sonst bewilligen wir sie dem von uns bekämpften System und stellen uns in Widerspruch mit uns selbst. Den Grundtag: Diesem System keinen Namen und keinen Großen, mag man verlassen; ich unterstütze ihn. Wir bekämpfen das System und sollen es unterstützen? Da wären wir entweder verrückt oder wir wären Verleumdeter. Wenn es einmal dahin käme, unter dem jetzigen Programm so zu handeln, dann würde es zu schweren Kämpfen innerhalb der Partei kommen. Das bürgerliche System zu schämen, darf die Partei niemals tun, sonst bleibt sie keine proletarische Partei mehr. In dem Augenblick, wo sie ihre Grundfänge aufgibt, werden die Kämpfe so heftig, daß die

Gefahr besteht, daß aus der jetzigen proletarischen Partei eine neue proletarische Partei entsteht. (Stürmische Zustimmung.)“

Der hier gesperrt gedruckte Satz ist auch ‚Vorwärts‘ vom 20. Juli gesperrt gedruckt.

Wichtiger als die Feststellung des Wortlautes erscheint uns, daß Genosse Geher auf dem Parteitag seine Ausführungen erläutert und ihnen dadurch den bedenklichen Sinn genommen hat.

Die Sozialisten Japans zu Rebels Tod.

Aus Japan ging uns folgendes Schreiben zu:

Tokio, 6. September 1913.

Liebste Genossen Deutschlands!

Wir haben in den japanischen Zeitungen die telegraphische Nachricht gelesen, daß der von uns hochgeehrte Hauptführer der deutschen Sozialdemokratie, Herr Rebel, so unvermutet rasch verschieden ist.

Wir sind über seinen frühen Tod sehr traurig, und auch uns im fernen Osten trifft der große Verlust schmerzhaft. Es ist uns, als ob ein helles Licht erloschen sei! Aber wir setzen seine lähne Arbeit ewig bestehen, und sein 50jähriges unermüdbliches Wirken für den Sozialismus gleich fruchtbar und segensvoll, wie es das uneres Vaters Waz gewesen ist.

Unsere noch unentwickelte japanische Organisation, die noch immer mit der Feindschaft der Regierung zu kämpfen hat und sich noch keine öffentliche Position schaffen konnte, hat als Ersatz einer öffentlichen Trauerfeier in geschlossener Sitzung dem Andenken des großen Mannes gehuldigt und beschlossen, den Genossen im Deutschen Reich den Ausdruck aufrichtiger Teilnahme und herzlichster Sympathie für die großen Ziele der Partei zu übermitteln.

Mit brüderlichem Gruß
die trauernden Genossen Japans.
J. A.: Dr. med. L.

Ueber den Parteitag in Jena

nahm eine Kreisversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Waldenburg in Schleisien den Bericht entgegen. Genosse Abgeordneter Sasse sprach im Sinne der Parteitagmehrheit über die Steuerfrage, den Waffenstreit usw. In der Diskussion nahm der Redakteur des Waldenburger Parteiorgans, Genosse Schiller, sowie ein anderer Redner eine etwas abweichende Stellung ein. Es wurde aber schließlich eine Resolution einstimmig angenommen, die ihr Einverständnis mit den Beschlüssen des Parteitages ausdrückt.

Totenliste der Partei.

In Röhhausen (Thür.) verstarb am Donnerstag der Krankenoffenbeamt Genosse Otto Schäfer im Alter von 40 Jahren. Er ist mit der Bewegung des Wahlkreises Röhhausen-Langensalzsa-Weißensee, die er aus kleinen Anfängen auf die jetzige Höhe bringen half, durch jahrelange Tätigkeit auf das engste verwachsen. Elf Jahre hindurch bekleidete er den Posten eines Kreisvorsitzenden, und von 1907 an war er als Reichstagskandidat für den Kreis aufgestellt, bis er in diesem Frühjahr die Kandidatur wegen seiner Erkrankung niederzulegen genötigt war. Auch als Stadtverordneter wirkte er mehrere Jahre lang. Selbst der Magistrat und der Stadtverordnetenvorsteher erkannten diese Tätigkeit in einem Nachruf an, in dem es heißt: „Herr Schäfer war ein eifriger, fleißiger Mitarbeiter in der Stadtverordnetenversammlung; wir bedauern aufrichtig sein frühes Dahinscheiden. Sein Andenken wird in Ehren gehalten werden.“

Am Sonntag früh starb in Altenburg der Genosse Edmund Buchwald im Alter von 65 Jahren. Genosse Buchwald hat 21 Jahre hindurch dem Altenburger Landtage als Mitglied angehört und vertrat den Altenburger Reichstagswahlkreis von 1903 bis zur Auflösung 1906 auch im Reichstage. Die Altenburger Parteiorganisation verdankt ihm außerordentlich viel. Die Genossen werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Letzte Nachrichten.

Der Stettiner Magistrat in Rötten.

Stettin, 22. September. (B. L. W.) Der Magistrat wird in den Morgenblättern dem Dienstag folgende Bekanntmachung veröffentlicht: Durch den Ausbruch der städtischen Hafenarbeiter sind wir genötigt, den Zwischenumschlagbetrieb im Freibezirk und am Dünzigtal heute, Dienstagabend, bis auf weiteres einzustellen. Der Umschlagbetrieb wird aber morgen, Mittwoch früh, durch einen Privatunternehmer, dem die nötigen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, aufgenommen. Während der Dauer des Ausbruches werden die städtischen Stalls, Kräne, Lagerräume und Büreaus im Freibezirk und Dünzigtal dem Unternehmer zur Verfügung gestellt. Der Betrieb erfolgt für seine Rechnung gegen eine Vergütung, die nach den Sätzen der städtischen Hafentaxen mit einem Zuschlag von 100 Prozent berechnet wird.

Die bestellte Reihöhe eigeninniger Unternehmer. Mag der Streik ihnen auch Aufsummen an Geld kosten, die berechtigten Forderungen der Arbeiter dürfen nicht anerkannt werden, darunter leidet ihr Herr-im-Hause-Standpunkt. (Red. d. „B.“)

Rangelhafter Jugendschutz der Arbeiterklubkonferenz

Wien, 22. September. Die Kommission für das Verbot der Ranzarbeit Jugendlerner hat das Inkrafttreten dieses Verbotes für die Glasindustrie und einige Zweige der Metallindustrie auf längere Jahre hinausgeschoben, als der Entwurf der internationalen Vereinigung es vorgesehen hatte. Die Arbeiten der Kommissionen werden morgen beendet sein, so daß die Schlußsitzung im Plenum der Konferenz voraussichtlich Mittwoch stattfindet.

Der Doderstreik in Manchester.

London, 22. September. (B. L. W.) In der heutigen Konferenz der Vertreter der Manchester Ship Canal Company mit den Vertretern der ausländischen Dodarbeiter ist keine Verständigung erzielt worden. Der Streik dauert daher fort. Auf den Docks in Manchester ruht alle Arbeit.

Eine Flugleistung mit sieben Passagieren.

London, 22. September. (B. L. W.) Der Flieger Louis Roel blieb heute mit seinem Flugzeug auf dem Flugplatz von Hendon mit sieben Passagieren 17 Minuten 86 Sekunden in der Luft und stellte damit einen neuen Weltrekord auf.

Eisenbahnkatastrophe in New York.

New York, 22. September. (B. L. W.) Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich heute mittag am College Point in der Nähe von Long Island. Zwei vollbesetzte elektrische Züge stießen in voller Fahrt aufeinander. Drei Personen sind tot, 40 verwundet, darunter viele schwer.

Ein später Nacher seiner Ehre.

Frag, 22. September. (B. L. W.) Hier schied heute der 58jährige Bauwächter Posledni seiner Gattin, mit der er 32 Jahre verheiratet war, den Hals durch, weil er von einem Ehebruch erfahren hatte, den die Frau vor 30 Jahren begangen hatte. Vorher wußte er seine Gattin zu einem schriftlichen Geständnis ihres Fehlrittes. Die Frau ist tot, der Mörder wurde verhaftet.

Fortsetzung
des großen Verkaufs
**Kristall
Porzellan
Steingut**

Leipziger Straße
Ausstellung feiner Porzellane
und gedeckter Tafeln

Schürzen

Hausschürzen

in verschiedenen Ausführungen 95 Pf.
gestreift Gingang mit Besatz, extra weit 1.10
marine-weiß, doppelseitig 1.40

Blusenschürzen

in verschiedenen Ausführungen 95 Pf. 1.10
marine-weiß, doppelseitig 1.50
türkisch Satin, einseitig garniert 2.10

A. Wertheim

Leipzigerstr. Königstr. Oranienstr. Rosenthalerstr.

Extra-Preise

Dienstag bis Donnerstag:

Versand-Abteilung:
Berlin W 66, Leipziger Str.

Tischzeuge

Jacquard-Tischtücher

Stern- und Blumenmuster, gesäumt
Gr. ca. 115x125 130x130 130x160 130x200
Stück 1.55 1.90 2.30 2.90
Servietten dazu passend, gesäumt Dtzd. 4.70

Jacquard-Tischtücher

Reinleinen, halbgeklärt, gesäumt
Gr. ca. 130x130 130x160 130x220
Stück 2.30 2.85 3.90
Servietten dazu passend, gesäumt Dtzd. 5.40

Kleiderstoffe

Reinwollene Satin-Flanelle Meter 95
Reinseidene Messaline Meter 95
Blusenstoffe moderne Streifen Meter 95
Crèponette reine Wolle, 105 cm Meter 1.80
Körper-Velvet flordest Meter 1.80
Reinseid. Paillette mod. Farben Meter 1.80
Ramage f. eleg. Kleider, 110 cm breit Meter 3.50
Noppen-Kostümstoffe 130 cm breit Meter 3.50
Crèpe Oriental schöne Farben, ca. 100 cm breit Meter 3.50

Handtücher

Stubenhandtücher

Jacquard, gesäumt und gebändert, 40x100 cm Dtzd. 5.40
reinleinen Drell, gesäumt und gebändert, 48x110 cm Dtzd. 8.—
Gerstenkorn, gesäumt und gebändert, 50x120 cm Dtzd. 8.20

Küchenhandtücher

Gerstenkorn, ges. u. geb., 40x100, Dtzd. 3.80

Nur Dienstag
soweit vorhanden

Heute billige Lebensmittel

Diese Artikel werden
nicht zugesandt

Hammelkeule im ganzen . . . Pfund 80 Pf.
Hammerrücken im ganzen . . . Pfund 70 Pf.
Hammelkotelettes 2 Stück 25 Pf.
Dicke Rippe Pfund 65 Pf.
Hammeldünnung Pfund 55 Pf.
Schweinekamm u. Schuft Pfund 90 Pf.
Schweinekotelettes Pfund 1 M.
Rückenfett Pfund 65 Pf.
Lieserl Pfund 75 Pf.
Eisbein (Dickbein) Pfund 60 Pf.

Thüringer Pflaumen 2 Pfund 10 Pf.
Kochäpfel Pfund 10 Pf.
Graue Reinetten 2 Pfund 25 Pf.
Tiroler Tafeläpfel Pfund 18 Pf.
Große Kochbirnen 2 Pfund 25 Pf.
Große Kaiserbirnen Pfund 20 Pf.
Ananas Pfund 68, 75 Pf.
Pflirsche Pfund 33 Pf.
Goldtrauben Pfd. 20 Pf., Kiste ca. 3% Pfd. 75 Pf.
Kiste ca. 8% Pfd. 1.50
Bananen Pfund 25 Pf.
Kürbis in ganzen Köpfen Pfund 3 Pf.
Weiß-, Rot-, Wirsingkohl (große Köpfe) Pfd. 4 Pf.
Spinat Pfund 5 Pf.
Kohlrabi Mandel 8 Pf.

Radieschen 8 Bund 10 Pf.
Große Einmachegurken Pfund 20 Pf.
Gänseklein mit Magen Stück 78 Pf.
Gänseleber Pfund 1.40
Gänseleber Pfund 1.10
Gänsehautfett Pfund 85 Pf.
Gänsestückenfleisch Pfund 65 Pf.
Gänsekeulen Stück 68 Pf. Gänsebrust 1.10
Lebende Aale Pfd. 65, 85 Pf., 1.00 1.15
Lebende Karpfen Pfund 85 Pf.
Seemuscheln 100 Stück 30 Pf.
Sprossen Pfund 48 Pf. Lachsstör Pfund 68 Pf.

Kasseler Rippespeer Pfd. 85 Pf. bis 1 M.
Frische Bratwurst Pfund 80 Pf.
Rotwurst Pfund 55 85 Pf.
Landleberwurst Pfund 1 M.
Jagdwurst Pfd. 1.05 Teewurst Pfd. 1.30
Bauernmettwurst Pfund 1.25
Gänsebrust in halb. u. ganz. Brüst. Pfd. 1.60
Magerer Speck Pfund 1 M.
Fetter Speck Pfd. 90 Pf.

Eröffnung der neuen Fleischhalle in der Leipziger Straße

Berlin Norden Brunnenstr. 120
Brunnenstr. 120 Berlin Norden

Möbel **Otto Piehl** Möbel

Gediegene Qualität reell und billig!

Küchen von 48 M. an
Sofas von 52 M. an
Garnituren von 110 M. an
Schlafsofas von 75 M. an
Chaiselongues von 21 M. an
Bettstelle mit Matratze v. 32 M. an
Kleiderschränke v. 38 M. an
Trumeaux von 32 M. an
Vertiko von 38 M. an

Rein Kredithaus, trotzdem Teilzahlung hochkulant

Teilzahlung erhöhen nicht die Preise

Komplette Einrichtung von 230 M. an
Elegant. Schlafzimmer von 295 M. an
Elegant. Speisezimmer von 320 M. an

Ausstellung Brunnenstr. 120 ca. 600 qm
Besichtigung ohne Kautzwan!

Ausstellung ferner im Fabrikgebäude

Piehl Otto Das größte Magazin im Norden



JOSETTI Cigaretten

KON-LINON

JUNO
2 1/2 Cigarette

Ortskrankenkasse der Sattler
und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Da der Antrag auf Zulassung als besondere Ortskrankenkasse von dem Oberverwaltungsamt abgelehnt und die dagegen erhobene Beschwerde vom Minister für Handel und Gewerbe rechtskräftig zurückgewiesen ist, hat das Oberverwaltungsamt durch Beschluss vom 30. August d. J. entschieden, daß die Kasse am 31. Dezember 1913 geschlossen wird. Vom 1. Januar 1914 an gehören sämtliche Mitglieder zur Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.

Die Wahlen zum Ausschuss dieser Kasse finden am 28. September 1913 unter den von derselben veröffentlichten Bestimmungen statt. Sämtliche großjährigen Mitglieder unterer Kasse sind wahlberechtigt. Zur Ausgabe von Wahlkarten ist das Rollenlokal täglich von 8-2 und von 5-7 Uhr geöffnet.

Gemäß § 301 R.-V.-D. bringen wir dieses zur öffentlichen Kenntnis und fordern etwaige Gläubiger auf, ihre vermeintlichen Ansprüche innerhalb drei Monaten nach dem Tage dieser Bekanntmachung geltend zu machen. Die Bezahlung später zur Anmeldung gebrachter Forderungen kann verweigert werden.

27/13 Der Vorstand.
R. Nitschke, R. Teichmann, Vorsitzender, Schriftführer.

Ortskrankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung.

Durch Beschluss des Königl. Oberverwaltungsamtes Groß-Berlin vom 30. August 1913 wird die Kasse am 31. Dezember 1913 geschlossen und gehören die Betrieffen sowie die Versicherten vom 1. Januar 1914 der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin an.

Wir bringen dies gemäß § 301 der R.-V.-D. zur öffentlichen Kenntnis und fordern alle Gläubiger auf, binnen drei Monaten nach der Bekanntmachung ihre Forderungen anzumelden. Die Befriedigung später einlaufender Forderungen kann verweigert werden.

Die Wahlen zum Ausschuss finden am 28. September d. J. statt und betreffen wir auf die Bekanntmachung der Allgemeinen Ortskrankenkasse vom 23. August 1913.

Der Vorstand.
A. Wilke, H. Hertz, Vorsitzender, Schriftführer.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anteilung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. ort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (20 Pf.): Saloman-Apothek, Charlottenstraße 54. — Groß-Apothek, Bernauerstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.
Verantw. Redakt.: Alfred Dieckmann, Inhaber des Verlags, 10, Wilsch, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblätter.

Reiseführer, Wanderkarten und Bücher, Kursbücher
hält stets am Lager
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Irrigatore, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege
empfiehlt
Fabrikant Pollmann, jetzt Berlin N., Luthringer Str. 60. Eigene Werkstatt, Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Blumen- und Franzbinderei von Robert Meyer,
Ant. P. Golletz
Marianenstr. 2. Tel. Mpl. 346.

Die Parteipresse über den Parteitag.

Hamburger Echo.

... Nur in der Frage der Arbeitslosigkeit kam es zu einem einhelligen Votum der ganzen Versammlung und zeigte die Geschlossenheit der Partei der kapitalistischen Gesellschaft gegenüber. Aber in Fragen der Taktik kamen starke Abweichungen der Auffassungen und Meinungen vor. So zum Beispiel in der Massenstreikdebatte. Aber wenn es sich hier wesentlich um Grade in der Beurteilung der Möglichkeiten und der Bedingungen handelte, so kamen bei der Besprechung der Steuerfrage sich scharf entgegengesetzte Auffassungen zum Vorschein. Wir glauben aber nicht, fehl zu geben, wenn wir sagen, daß hier die Schärfe des Gegenstandes weniger aus der Sache selbst stammte, als daher, daß die Diskussion an einen mißlichen konkreten Fall anknüpfte. Auch die Debatte über den Massenstreik litt ja darunter, daß sie zu einer unglücklichen Zeit hervorgerufen wurde, und daß sie mehr auf vorhergegangene Erörterungen und polemischen Zuspitzungen, als auf die Kernfrage. In weit höherem Grade war das aber bei der Steuerfrage der Fall. ... Tatsächlich wird der Beschluß des Parteitages, die Annahme der Wurmischen Thesen, nur als vorläufige Erledigung der Frage aufgefaßt werden können. ...

Ueberhaupt verdienen die Diskussionen des Parteitages aufmerksam gelesen zu werden. Ueberragende Reden wurden allerdings nicht gehalten und als ein Merkmal der Bewegung kann der Parteitag von 1913 beim besten Willen nicht bezeichnet werden. Denn die Referate zur Steuerfrage, die eine außergewöhnliche rhetorische Dauerleistung bedeuten und insofern höchst bemerkenswert sind, als Referent und Korreferent nicht gegen, sondern nur nacheinander für denselben Antrag sprachen, sind sicherlich noch nicht der Weisheit letzter Schluss in dieser Angelegenheit. Aber wenn Jena 1913 künftig nicht wegen einer bedeutsamen Entscheidung genannt werden wird, so wird man es öfter ermahnen, weil es viele Anregungen im einzelnen gegeben hat und weil unverbunden dies und das kritisiert worden ist, worüber vorher kaum in der Öffentlichkeit gesprochen wurde. ...

In dieser Art hat der dritte Jenaer Parteitag gute Ergebnisse gebracht. Es wird sich nur darum handeln, sie für die Praxis der Partei nützlich zu machen. Das kann bereits beginnen bei der Berichterstattung, indem eingehende Erörterungen stattfinden. Auch weiterhin werden Presse und Versammlungen reichlichen Stoff finden, an den sich nützliche Besprechungen schließen können. Wenn sich Diskussion und Selbstkritik so fortlebt, wie sie in Jena gepflogen wurde, so wird sich für die Partei ein Segen ergeben: neues Leben!

Mecklenburgische Volkszeitung.

... Der Jenaer Parteitag hat unsere Erwartungen vollauf befriedigt. Er legte ein prächtiges Zeugnis ab für die Regsamkeit der Parteigenossenschaft und bekundete den starken Willen, dem Proletariat gegebenenfalls das zu erzwingen, was die Aktion ihm vorenthält. Denn der Beschluß über den Massenstreik ist ja nicht, wie unser Braunschweiger Parteiblat in seiner Aufgereiztheit glauben machen möchte, eine „Vertagung“ des Massenstreiks, zu welcher Annahme es eben nur kommen kann, weil es die Gegner der Resolution Luxemburg schlankweg als Gegner des Massenstreiks überhaupt ansieht. Was aber ganz falsch ist! ... Geradezu lächerlich ist es nun, wenn, wie ein durch die „unpolitische“ Presse laufender Artikel sich ausläßt, es so darzustellen versucht wird, als hätten auf dem Jenaer Parteitag die „Revisionisten“ über die „Radikalen“ gefiegt, oder wenn gar, wie es auch in einigen bürgerlichen Zeitungen Mecklenburgs abgedruckt war, von einer Spaltung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie“ geseufelt wird. ...

Gegenüber der Debatte über den politischen Massenstreik trat auf dem Jenaer Parteitag die andere Diskussion zurück. Bei der Frage der Arbeitslosenfürsorge wurde ja kaum debattiert. Aber nicht etwa, weil diese Angelegenheit als unwichtig angesehen wurde, sondern weil man sich darin von vornherein völlig einig war. ...

Anlangend den Beschluß des Parteitages betreffend die Haltung der Fraktion bei der Besteuerungsvorlage, welche Haltung durch Annahme der Resolution Wurm gebilligt wurde gegen eine Minderheit, so können wir hierüber nur unsere Genugtuung aussprechen. Wir haben eine andere Bekundung des Parteitages aber auch für ausgefallen gehalten. ...

Alles in allem betrachtet, sind die Verhandlungen des Parteitages in hohem Maße befriedigend gewesen und zweifellos geeignet, unsern Vorwärt zu begünstigen. Dieses „Jena“ darf der Partei recht gefallen!

Weimariische Volkszeitung.

... Wie seine Vorgänger, hat der Parteitag nicht nur fleißige, sondern auch gute und reiche Erträge versprechende Arbeit geleistet. Alle Entscheidungen sind klar und unzweifelhaft zum Ausdruck gekommen. Die Debatten aller Tagesordnungspunkte waren trotz mancher Schärfe von strenger Sachlichkeit und brüderlichem Geist getragen. Alle, die die Waffen des Geistes freuzten, können einmütig zusammen weiterarbeiten in dem großen Befreiungskampfe des Massenbewußten Proletariats, denn offen und ehelich wurden die Meinungen ausgetragten, nichts bemängelt und nichts vertuscht. Dabei standen die Referate wie die Debatten im allgemeinen inhaltlich recht hoch, was selbst von einem Teile unserer Gegner anerkannt wird. ...

Wenn auch die Debatte in der Steuerfrage trotz ihrer Kürze der Wichtigkeit des Problems entsprach und von beiden Seiten — der Meinungen sind freilich mehr wie nur zwei — die besten und kenntnisreichsten Leute ins Redebühnen geschickt wurden, so hätten wir doch gerne gesehen, daß auch die Anhänger der Resolution Geyer-Luxemburg einen Referenten gestellt hätten. Giebt die Debatte auch weiter, so hat die Annahme der Resolution Wurm uns doch zunächst vor dem Gegner unser Verhalten selbsteigelt. ...

Daß der Parteitag der Reichstagsfraktion sein Vertrauen mit großer Mehrheit ausgesprochen hat und damit die Zweifel und Befürchtungen beseitigt, daß die Fraktion falsch gehandelt haben könnte, betrachten wir als einen Gewinn. ... Eine Tat bedeutet der einstimmige Beschluß des Parteitages in der Frage der Arbeitslosenfürsorge. ... Einmütig geschlossen wurde hat der Parteitag in der Massenstreikdebatte das Wort Franks unterstrichen: kommt in Preußen keine Wahlreform, dann kommt der Massenstreik, und hürmischer Beifall wurde ausgelöst, als Ebert in seiner Parteitagsrede das erste politische Wollen des Proletariats in der preussischen Wahlrechtsfrage, diesem Angelpunkt der deutschen Politik, nochmals betonte. Damit hat die angenommene Resolution des Parteivorstandes eine größere, vollständig eindeutige Tendenz erhalten. ...

Die in den wichtigsten Fragen vom Parteitage gefaßten Entscheidungen sind aber auch in hervorragendem Maße geeignet, unserer Partei neuen Inhalt, neue Kraft, einen neuen lebendigen Geist zu geben. Wenn auf allen Wegen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens das Proletariat mächtig vorwärts dringt, dann kann und darf es nicht verzichten auf wichtige, auch die neuesten begeisterten Demonstrationen, für die der erste Mai immer noch der geeignetste Tag ist. ...

Alles in allem hat der dritte Jenaer Parteitag sich seinen beiden Vorgängern würdig gezeigt, wie er sich auch durch seine ruhige, fleißige Arbeit, die Wichtigkeit und Bedeutung der gefaßten Beschlüsse aus der langen Reihe seiner Vorgänger heraushebt. ...

Mannheimer Volksstimme.

... Raum einer der früheren Parteitage hat in so mühsamer, gütigen Formen beraten wie der diesjährige. Und dem Ergebnis hat das nicht zum Nachteil, sondern zum großen Vorteil gereicht. Nicht aus gereizten Stimmungen wie in Dresden, sondern aus ruhiger Überlegung wurden die Beschlüsse geboren. So gehört der dritte Parteitag von Jena in seinem äußeren Verlauf wie in seinem materiellen Ertrag zu den besten in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. ...

Der Parteitag hat mit großer Mehrheit die Resolutionen vom 1. September abgelehnt, die seit einiger Zeit von einer kleinen Gruppe innerhalb der Partei das Wort geredet worden war. Diese Tatsache drückt ihm sein Gepräge auf. Die Partei steht fest zu ihren alten Grundsätzen, sie ist sich aber auch der Verantwortung bewußt, die sie in um so höherem Grade zu tragen hat, je stärker sie wird und je mehr sie in die öffentlichen Körperlichkeiten ein- und das ganze öffentliche Leben durchdringt. ... Wir in Deutschland haben mit unseren gut entwickelten Partei- und Gewerkschaftsorganisationen viel zu viel zu verlieren, als daß wir sie leichtfertig auf Spiel setzen dürften. Der Verlauf des Jenaer Parteitages bürgt uns dafür, daß die Partei nicht in die Fehler der Sozialisten verfallen wird. ...

In dem Teil unserer Presse, der sich am lautesten äußert, war der Parteivorstand als revisionistisch verurteilt, als unfähig zu jeder Initiative und Offensive hingestellt worden. Auf dem Parteitag waren solche Stimmen kaum noch zu vernehmen. Dem Parteivorstand konnte nicht bestritten werden, daß er im Berichtsjahr ein gut Stück Arbeit geleistet hat. So allgemein der Wunsch verbreitet war, die Erfolge unserer Arbeit möchten größer sein, so mußte doch anerkannt werden, daß die Hemmung der rein ziffermäßigen Parteizunahme auf Ursachen beruht, die sich dem Einfluß der Parteitaktik und der ganzen Parteitätigkeit entziehen. ...

Die Beschlüsse von Jena 1906 und von Mannheim 1906 über die Bedeutung des Massenstreiks sind aufs neue bestätigt worden. Näher gerückt ist die Möglichkeit, daß dieses Kampfmittel Anwendung finden wird zur Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage, dieses Angelpunktes der deutschen Politik. Nicht im gegenwärtigen Moment denkt die Partei an Loslösungen; daß aber die Massenbewegung der Arbeiterklasse in Preußen und Deutschlands nicht dauernd auf ihr Recht verzichten, sondern schrittweise, falls zu der ultimo ratio — als die Bebel schon in Mannheim den Massenstreik bezeichnete — greifen wird, darüber hat der Parteitag keinen Zweifel gelassen. Das ist die positive Seite des gefaßten Beschlusses. ...

Nicht minder wichtig ist die negative. Sie besteht in der Zurückweisung der syndikalistischen Massenstreikprobleme. Gewiß soll die Masse auf die großen Aufgaben vorbereitet werden, für deren Lösung möglicherweise jeder einzelne mit seiner Existenz einstecken muß; verbietet werden müssen aber die wilden Kämpfe, die ohne klar umrissenes Ziel, ohne die solide Grundlage einer guten Organisation planlos in Szene gesetzt werden und zum Schaden der Gesamtbewegung ausschlagen müssen. ...

Dieselbe große Mehrheit der Parteimitglieder lehnte die Auffassung der Kritiker der Reichstagsfraktion ab. Die Gedankengänge, von denen diejenigen Genossen sich leiten lassen, die die Ablehnung der Besteuerung durch unsere Fraktion verlangten, widersprechen der Jahrzehnte alten Taktik der Partei. Das hat ihnen vor allem Bebel bestätigt in einem Brief an Rosenbühler, den er unmittelbar vor seinem Tode geschrieben hat. Die Kritik der Fraktionskritik führt in ihrer Konsequenz naturgemäß zum Antiparlamentarismus. Darüber helfen auch die unlöslichen Widersprüche nicht hinweg, in die sich die Resolution Geyer verwickelte. Sie zeigen vielmehr nur die Unhaltbarkeit der Stellung der Fraktionskritiker. ...

Leipziger Volkszeitung.

... Mit besonderer Freude können wir feststellen, daß auf dem Parteitag zu Jena nichts von Verunsicherungstendenz zu bemerken war, daß die Gegenstände klar und entschieden dargelegt worden sind, so daß eine weitere gesunde Entwicklung des geistigen Lebens der Partei gesichert ist. Und wir dürfen uns weiter freuen, daß dieser Auszug der Meinungsverschiedenheiten in einer Weise geschehen ist, die ihnen alle schädlichen Nebenwirkungen fernhält. In früheren Jahren haben sich die großen sachlichen Auseinandersetzungen häufig genug mit widrigen, persönlichen Geizal verknüpft, das ihre lähmende Wirkung zeitweise stark beeinträchtigt hat und unseren Feinden manches Gaudium bereitet. Diesmal sind sie absolut nicht auf ihre Kosten gekommen. Wengleich in der Massenstreikdebatte der Referent Genosse Scheidemann der Versuchung, die Debatte auf persönliche Gebiet hinüberzuspielen, nicht ganz widerstanden hat, so ist ihm der Parteitag dabei nicht gefolgt. Im ganzen sind die Verhandlungen getragen gewesen von dem Geist der Kameradschaftlichkeit und Brüderlichkeit; sie hinterlassen in allen ihren Teilen den Eindruck ernstlichen, sachlichen Ringens um wichtige Entscheidungen. Und bis in die Debatten und Abstimmungen um die kleinsten Einzelheiten des Arbeitspensums geht der Zug strengen Verantwortlichkeitsgefühls, vor dem das Kleine nicht mindere Sorgfalt zu beanspruchen hat, wie das Große. Die Art, wie am letzten Tage über Beschlüsse, über den Fall Nadel entschieden wurde, läßt das trotz gelegentlicher Ausrufungen der Ungeduld, die einzelne Redner über sich ergehen lassen mußten, sehr deutlich erkennen. ...

Und was ist der sachliche Ertrag des Parteitages? Er hat eine Massenstreikdebatte gebracht, die nicht völlig auf der Höhe stand, die man ihr hätte wünschen mögen, und die Annahme einer Resolution über den politischen Streik, die nicht die scharfe, entscheidende Antwort auf die neuesten Drohungen und Herausforderungen unserer Feinde darstellt, wie sie uns angebracht erschienen wäre, der der Geist der Offensive fehlt, die sie hätte haben müssen. Aber es bleibt immerhin als Gewinn ein erneuter kräftiger Vorstoß für den preussischen Wahlrechtskampf, der für die Arbeit unserer preussischen Genossen nicht ohne nützliche Folgen bleiben wird. Die Logik der Tatsachen hat sich wieder einmal stärker erwiesen als die der Menschen. Der Parteivorstand war ausgezogen, um die „Massenstreikaktionäre“ zu erlegen, und Genosse Scheidemann hat als sein Speerführer das Mögliche getan, um diese schwierige Aufgabe zu erfüllen. Nachdem er aber die Drachen Syndikalismus und Putschismus gelüdet, die er, wie Genossin Rosa Luxemburg in ihrer abendlichen Satire erklärte, selbst ausgebrütet hatte, da führte ihn die politische Notwendigkeit, und die unumgängliche Reaktion gegen die Rede des Genossen Bauer selbst dem Lager der „Massenstreikaktionäre“ näher, und so wurde sein Schlusswort, so wenig erfreuliche Parteien es sonst aufwies, zu einer Deklaration, die die an sich unzulängliche Massenstreikresolution des Vorstandes bei weitem genutzbarer machte. In seiner wichtigen Schlussrede hat Genosse Ebert dann diese Deklaration noch unterstrichen und verschärft. „Wahlreform in Preußen oder Massenstreik!“ Diesen Ertrag der Debatte können auch diejenigen Genossen, die sich um die Resolution Luxemburg scharten, aufheben. Alle ihre Forderungen sind freilich nicht erfüllt, aber die Erörterung hat der Klärung des Problems vorgearbeitet und die Widerheit, die sich auf die Resolution Luxemburg vereinigte, ist nicht gering. ...

Ähnlich, wie in der Abstimmung über die Massenstreikresolution, war das Zahlenverhältnis bei der Entscheidung über die Resolution zur Steuerfrage. Doch bedenken sich die beiden Lager in beiden Fällen nicht. Eine ganze Anzahl derer, die für die Massenstreikresolution Luxemburg stimmten, haben das Eintreten für die Steuerresolution Geyer-Luxemburg-Debour abgelehnt, haben für die Resolution Wurm gestimmt, während andere, die der Massenstreikresolution des Parteivorstandes zugestimmt hatten, jetzt sich

zu den Gegnern der Resolution Wurm gestellt. Diese Verschiebung weist schon darauf hin, daß es falsch wäre, ein Schema aufzustellen, wonach die Linke gegen die Rechte für die Resolution Wurm gestimmt hätte. Nein, die Linke ist stärker als die Minderheit von 142 Mann, die sich um die Resolution Geyer-Luxemburg-Debour gruppierte. Das zeigte sich besonders deutlich bei der Wahl des Parteivorstandes, wo eine so ausgesprochene Richtungslandidatur, wie die des Genossen Dittmann, 211 Stimmen auf sich vereinigte, obgleich der Gegenkandidat Genosse Parteis feinebwegs als ein ausgesprochener Kandidat der Rechten angesehen werden darf. Was insbesondere jene Genossen angeht, die für die Massenstreikresolution Luxemburg, aber gegen die Steuerresolution Geyer-Luxemburg-Debour, gegen die Massenstreikresolution des Parteivorstandes, aber für die Steuerresolution Wurm stimmten, so hat sie dabei der Gesichtspunkt geleitet, der auch für die Stellung der „Leipziger Volkszeitung“ entscheidend war, nämlich der, daß die Partei der Arbeiterklasse die Interessen dieser Klasse auch in schwieriger Lage vertreten muß, wenigstens eine neue Befassung der Arbeiterschaft verhindern muß, wenn sie ihre die Last und Gefahr einer großen Heeresverstärkung nicht vom Halbe zu schaffen vermag. Das ist der Gesichtspunkt, von dem aus wir die Resolution Wurm befürwortet haben. Daß wir nicht mit jedem Wort des Wurmischen Referats übereinstimmen, namentlich seine überscharfe Polemik gegen den ersten Absatz der Resolution Geyer-Luxemburg-Debour für verfehlt erachten, haben wir am Sonntag schon hier ausgeführt. Noch weniger stimmen wir mit dem Referat des Genossen Südekum und mit den Begründungen für die Fraktionshaltung überein, die von verschiedenen Vertretern der Rechten in der Debatte gegeben wurden. ...

Es war ein Parteitag der Sachlichkeit und der Mäßigung — die deutsche Sozialdemokratie darf mit ihrer dritten Tagung in Jena ehrlieh zurufen sein.

Mordprozeß Ritter.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann gestern die Verhandlung gegen den Diener Joseph Ritter, der am 10. Mai dieses Jahres, dem Pfingstsonnabend, den Schüler Otto Kläuhn im Hause Hohenzollernstraße 26 getötet und den Leichnam zerstückelt hat. ...

Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Dr. Schilling, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Vanning, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Grünspach. ...

Die Anklage lautet auf Mord.

In seiner kurzen Ansprache an die Geschworenen weist der Vorsitzende u. a. darauf hin, daß dies die erste Tagung des Schwurgerichtes sei, die unter dem neuen Gesetz betr. die Gewährung von Tagelohnen an Geschworene abgehalten wird. Nach der Zahl der Geschworenen wird, wie der Vorsitzende weiter erklärt, jeder von ihnen eigentlich nur an 5 Sitzungen teilzunehmen haben. Um eine unnötige Ueberlastung zu vermeiden, werde er im Laufe der Sitzungsperiode jedesmal dem Staatsanwalt und dem Verteidiger mitteilen, welcher Herr schon an 5 Sitzungstagen teilgenommen habe. Die heutige Schwurgerichtstagung werde sich fast ausschließlich mit Mord und Totschlag beschäftigen, was ja eigentlich nicht Wunder zu nehmen sei, da jetzt fast jedes Zeitungsbüro über eine Bluttat berichtet. Wenn es doch noch so wäre wie in Romane, wo solche Bluttaten nur bei ganz großen Konflikten verübt zu werden pflegen. In der Wirklichkeit wird aber oft aus ganz geringfügiger Veranlassung ein Menschenleben vernichtet. Das rührt zum Teil daher, daß leider die wie ein Spielzeug fast in jedem Warenhause zu laufende Pistole jedem Mann oder Frau zugänglich ist. „So werden wir“, so fährt der Vorsitzende fort, „an einem Tage einen Fall zu verhandeln haben, der an die Tat der Frau Dr. Mann in Rosen erinnert. Da soll ein hübsches junges Mädchen, das zwei Liebhaber hatte, den armen Freund, der ihr bei ihrer Liebchaft mit dem reichen Freund hinderlich war, um Mitternacht im Biergarten erschossen haben. — Die große Zahl der Geschworenen, die hier ihr Urteil nach ihrer besten Ueberzeugung zu fällen haben, soll ferner verhindern, daß Massen- und Klassenhate, religiöse oder politische Momente in dem Gerichtssaal eine Wirkung haben. Daraus kommt noch der Kampf gegen die eigenen Stimmungen und Gefühle. Bei einer großzügigen Tat ist jeder leichter geneigt, an die Schuld des Angeklagten zu glauben, bei einer Tat, von der man sagen kann, „der Menschheit ganzer Jammer saßt mich an“, kommt das Mitleid. Derartige Gefühle dürfen hier keine Rolle spielen, das Verzeihen ist einer höheren Macht vorbehalten, niemand darf aus Warmherzigkeit freigesprochen werden. Nach diesen allgemeinen Bemerkungen treten wir in die Verhandlung ein, ich ersuche, den Angeklagten vorzuführen.“

Die Einzelheiten der Bluttat und die begleitenden Umstände sind kurz folgende: Am 11. Mai 1913 morgens gegen 11 Uhr wurde in der Bedürfnisanstalt Ecke Kaiserallee und Meier-Otto-Straße ein fest verpacktes Paket gefunden, in dem sich die über den Knieen abgetrennten Beine eines jungen Menschen befanden. An demselben Tage abends gegen 7 Uhr land man in der Vorhalle des Potsdamer Bahnhofes ein gleichartiges Kartonpaket, in dem sich der zugehörige Oberkörper, der in den Kleibern steckte, befand. Es war die Leiche des Schülers und Botengängers Otto Kläuhn, der am 18. Oktober 1900 zu Burg bei Magdeburg geboren ist und bei seiner Mutter, Steinmehrer, 46, wohnte. Es konnte bald festgestellt werden, daß es der Angeklagte — ein homoeruell veranlagter Mensch — war, der in der Wohnung seiner Herrschaft den Knaben unter Umständen, die den Begriff des Wortes „Luftmord“ zu erfüllen scheinen, erwürgt und dann die Leichenteile abgetrennt, verpackt und an die Fundorte gebracht hat. ...

Der Angeklagte hat zugegeben, den Knaben getötet zu haben, er will aber die Tat nicht mit Ueberlegung ausgeführt haben. ...

Der Angeklagte ist am 26. September 1873 zu Sagor in Krain (Oberösterreich) geboren, katholischer Religion, ledig und in Wien im Jahre 1911 wegen Verlegung öffentlicher Vermögensgegenstände mit fünf Jahren strengem Arrest verurteilt. Aus seinem Lebensgange wird in den Akten u. a. hervorgehoben, daß, als er 1897 in Laibach seiner Militärpflicht genügt, er sich als Leichendiener verwenden ließ und als solcher den Militärärzten auch bei den Leichenöffnungen half. In einem Falle geriet er bei der Aufbahrung der Leiche eines Generals in große Aufregung und es entwickelte sich ein Todesfall mit religiösen Wahnvorstellungen. Er wurde infolgedessen längere Zeit ärztlich behandelt. Sein Zustand wurde damals als Epilepsie unter Weimengung einzelner hysterischer Momente bezeichnet. Nach der Militärzeit war der Angeklagte als Diener in Oesterreich bei verschiedenen Herrschaften angestellt und hat von allen guten Empfehlungen erhalten. Es wurde auch seine Frömmigkeit gerühmt; er war ein fleißiger Kirchensucher und machte auch Wallfahrten mit. Im September 1912 kam er nach Berlin als Diener zu dem österreichischen Sektionsrat v. Pfisterer-Auhof, der ihn auf Grund seiner glänzenden Zeugnisse engagiert hatte, ohne die anormale Veranlagung des Angeklagten zu kennen. Am 1. Februar 1913 wechselte er seine Dienststelle und trat eine besser bezahlte Dienststelle bei dem Regierungsbaumeister Max Gutmann, Hohenzollernstr. 26, an, der mit seinem Bruder, dem Bankier Paul Gutmann, eine Wohnung im ersten Stock des Hauses bewohnte. Auch hier erwies er sich als sehr brauchbar; sein Dienstherr sagte von ihm, er sei der beste Diener gewesen, den er je gehabt habe. Eine Köchin, die noch im Februar mit dem Angeklagten zusammen bei Gutmann diente, war Anfang März entlassen worden. Der Angeklagte hat anscheinend für diese Entlassung mit vorgearbeitet. Er verstand selbst gut zu kochen und hatte um Ende April, als die Brüder Gutmann eine längere Wabereise nach Karlsbad angetreten hatten, die Wohnung zur freien Verfügung und benutzte sie wiederholt zu

unfittlichen Zwecken. Der geidete Knabe Otto Klähn kam am 10. Mai auch in die Wohnung; er war als Kaufbursche bei dem Kaufmann Scholz in der Lützowstraße tätig und hatte bestelltes Bier abzuliefern. Er ist dann abends noch einmal zu Ritter in die Wohnung gegangen, wo er von Ritter — wie dieser behauptet, infolge einer von dem Knaben ausgestoßenen Drohung — am Hals gepackt und gemüht worden ist, so daß der Tod bald eintrat.

Das Gericht beschließt den Ausschluß der Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung wegen Gefährdung der Sittlichkeit; den anwesenden Berichterstatter, die sich als solche legitimieren, die Anwesenheit jedoch zu gestatten.

Vernehmung des Angeklagten.

Der Angeklagte, der seine Aussagen in österreichischem Dialekt und unter immer wiederholten Tränenausbrüchen macht, ist schwer zu verstehen. Auf Fragen des Vorsitzenden gibt er an, daß er seine Mutter, die früh gestorben, nicht gekannt habe; von seiner Stiefmutter sei er nicht freundlich und gütig behandelt worden. Wichtig sei es, daß er seiner Zeit in Laibach bei Ausbildung seines Berufes als Leihendener sich den Fingern verletzt und eine Blutvergiftung zugezogen habe; er ist dann wegen schwerer Krankheit monatelang im Lazarett behandelt worden, hat Tuberkuloseerkrankungen erlitten, so daß er geisteskrank wurde. Mit großer Energie bestritt er aber die Behauptung, daß er fortgesetzt geschrieben habe; da sitzt der Zeuge! Der Angeklagte gibt ohne weiteres zu, daß er leugnet krankhaft veranlagt sei und dieser seiner krankhaften Neigung in umfangreicher Weise nachgegeben habe. Neigung zum weiblichen Geschlecht habe er nie gehabt. Zur Sprache kommt bei der eingehenden Erörterung dieser delikaten Sachen, daß der Angeklagte infolge einer Unternehmung des Arztes Dr. Goldheim für sein Leben bejorgt wurde und am 23. April 1918 sein Testament gemacht hat, in dem er seinen „Stiefbruder“ August Weidl zum alleinigen Erben einsetzte. Weidl ist nicht sein Stiefbruder, sondern einer seiner Wiener Freunde. Bei einer anderen Stelle erklärte der Angeklagte unter Schlußworten: „er sterbe gern, aber er sei nicht solch schlechter Kerl, daß wie man ihm im Gefängnis gesagt habe, er geköpft werden müsse“.

Der zu diesem ersten Teil der Vernehmung als Zeuge gehörte Sektionsrat v. Pfisterer gibt dem Angeklagten das Zeugnis eines sehr fleißigen und in seinem Beruf ordentlichen Mannes, mit dem er sehr zufrieden gewesen ist. Von dessen krankhafter Veranlagung habe er keine Ahnung gehabt. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Grünspach bestätigt der Zeuge, daß der Angeklagte auch ein frommer Mensch ist, oft die Kirche besuchte und auch eine Wallfahrt mitgemacht hat.

Daselbe günstige Zeugnis gibt dem Angeklagten der Zeuge Regierungsbaumeister Mag. Gutmann. Er habe noch nie einen so guten Diener gehabt. Ritter war ehrlich, zuverlässig, freundlich. Die sonst noch im Gutmannschen Hause angestellt gewesene Köchin sei ohne Zutun des Angeklagten entlassen worden und der Angeklagte habe sich, da er perfekter Koch sei, dazu verstanden, das Kochen mit zu übernehmen. Wichtig sei es, daß er den Angeklagten einmal im Erkrankungsfall durch den Doktor Goldheim haben unterrichten lassen und der Angeklagte aus diesem Grunde ein Testament aufgesetzt habe. Dies ist einige Zeit vor der Tat geschehen und hat auf diese keine Bezug. Der Angeklagte hat, wie der der Vorsitzende feststellt, auch nach der Tat noch ein zweites Testament gemacht. — N. A. Grünspach läßt sich durch den Zeugen Gutmann bestätigen, daß dieser dem Angeklagten den Befehl gegeben hat, einerseits sein Frauenzimmer in die Wohnung zu nehmen und andererseits die Wohnungstür immer hinter sich zu verriegeln. Auf Anregung des Geheimrats Leppmann wird davon gesprochen, daß einmal ein Fall geistiger Störung bei dem Angeklagten vorgekommen sei und dieser mehrfach bei geringfügigem Anlaß in Wut geraten ist.

Zur Tat selbst

erklärt der Angeklagte auf die Fragen des Vorsitzenden u. a.: Er habe am Tage der Tat zunächst den Besuch des Otto Klähn erhalten, der ihm vier abliefern. Er habe ihm bei dieser Gelegenheit gesagt, daß er gegen Abend vielleicht noch im Geschäft nach Apfelsinen aushängen werde. Er habe sich nach der Entfernung des Jungen umgezogen und sei, ohne jeden Zweck und lediglich um Luft zu schnappen, durch die Straßen gegangen. Er habe gar nichts in Sinn gehabt und habe, als er über die Lützowstraße ging, den Otto Klähn ganz zufällig getroffen und damit habe sein Unglück begonnen. Der Knabe habe ihn zuerst gar nicht gleich erkannt, weil er einen anderen Anzug anhatte und habe ihn nach der Kaiser-Wilhelm-Straße gefragt. Dann habe ihn der Junge erkannt und sei sehr lieb zu ihm gewesen. Der Knabe habe sofort seinen Arm in den seinigen gebandt und sei so zutunlich zu ihm gewesen, „grab' so als ob ich sein Vater wär!“ Der Angeklagte behauptet weiter, daß der Knabe und nicht er, die Anregung zu dem abendlichen Besuch gegeben habe, indem er sagte, er wolle ihm die Apfelsinen in seine Wohnung bringen. Schließlich habe er seine Einwilligung dazu gegeben und habe ihm 30 Pf. übergeben, um die Apfelsinen zu bezahlen. „Ich will Ihnen offen sagen, Herr Präsident, ich hab' auch meine Freud' an ihm g'habt und so hab' ich ihm seinen Wunsch gern erfüllt. Da ist er gegangen und i bin nach Haus' gegangen, um ihn zu erwarten. I trank einen kleinen Rordbawier, rauchte mir eine Zigarette' an, begoh' meine Blumen und dann kam der Besuch. I glüdete Gas an, machte die Tür zu und legte nach meiner Gewohnheit die Kette vor, und da war der Besuch' gleich wieder lieb zu mir und schmeigte sich an mich, indem er sagte: Ach, wie schön ist's hier! Ich sagte ihm: D, viel schöner ist's noch da drinnen, und so gingen wir ins Bibliothekszimmer. Da schaute der Besuch' ganz erstaunt ein großes Bild an, schaute dann nach dem Bücherstapel und zeigte auf ein Buch, das er gern haben möchte. Ich sagte ihm aber: „Wein Herzl, das Buch kann ich Dir nicht geben“, und da ist den Jungen lieb hatte, habe ich ihn umgesehen. Der Angeklagte stellt die Vorgänge dann weiter so dar: Der Knabe habe sich dann zum Weggehen gewandt und von ihm 20 Pf. verlangt. Als er das Portemonnaie öffnete, um das Geld herauszunehmen, habe der Junge listern in das Portemonnaie geguckt und plötzlich 100 Pf. verlangt, denn seine Mutter sei arm und er wolle ihr das Geld geben. Nun sei er schon einmal von jemand um drei Mark erprecht worden und da habe ihn die Forderung des Jungen in die höchste Erregung versetzt. Es sei ihm durch den Kopf gegangen, daß der Junge auch erpressen und ihn Unheil bereiten wolle, denn der Junge habe gesagt: „Ich habe schon einmal einen Herrn gehabt, der mir auch kein Geld geben wollte, als ich jedoch sagte, ich werde es meiner Mutter sagen, da habe ich gleich das Geld bekommen!“ Und der Angeklagte fährt dann fort: „Ich sagte mir, wenn der Junge das macht, dann ist dein Unglück gekommen, dann bist du verloren, dann verlierst du deine schöne Stelle“. Da rief ich dem Jungen zu: „Du Kaiser willst mich erpressen?“, ich packte ihn am Hals, weil er schrie, und drückte ihn am Hals. Was dann geschah, kann ich — auf Ehrenwort — nicht mehr akkurat sagen.“ Der Angeklagte gerät bei weiteren Vorhaltungen des Vorsitzenden in höchste Erregung, er schluchzt und weint und gestikuliert lebhaft mit den Händen, indem er wiederholt beteuert: „Ich wollte ihm bestimmt nicht das Leben nehmen, so wahr Jesus Christus im Himmel thronet, das ist die Wahrheit!“ Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er in der Voruntersuchung alle schauerlichen Einzelheiten sehr genau geschildert und angegeben habe, wie er sich benommen, als der Junge, den er aus der Hand geworfen, im letzten Todesstadium lag. Da habe er zugegebenermaßen einen Strick geholt, diesen den Jungen um den Kopf gelegt und den Strick zugebunden, bis er sich überzeugt habe, daß der Junge tot war. Der Angeklagte versichert immer wieder, daß er nicht wisse, warum er diesen Strick geholt. — Vors.: Es holt doch nur jemand in solcher Situation einen Strick, wenn er einen bestimmten Zweck damit verfolgt. Einen solchen Strick zu holen, ihn abzuschneiden und ihn dem Opfer umzulegen, dazu gehört doch Zeit, so etwas macht man doch nicht in einem Traumzustand! Sie werden sich doch wohl gesagt haben: der Junge muß ganz tot werden! — Angekl.

Das ist ja möglich, daß ich damals solchen Gedanken gehabt habe, aber ich weiß es wirklich nicht (weinend): Ich weiß nur, ich wollte ihn nicht töten! — Vors.: Das widerspricht Ihrem Geständnis vor dem Untersuchungsrichter und auch Ihrer ersten Vernehmung auf der Kriminalpolizei. Dort haben Sie ohne weiteres zugegeben, daß Ihnen blyariig der Gedanke durch den Kopf geschossen sei: der Junge muß weg, sonst kommt das Unglück über dich. — Angekl.: Es tut mir leid, daß ich's nie sagen kann. Ich weiß nur, daß mir a Zigaretten angezündet hab', dann bin ich in das Bibliothekszimmer gegangen und hab' a Kerzen geholt, mit der hab' ich den Jungen ang'schaut und da ist mir zum Bewußtsein gekommen, was i furchtbares getan und mir kam der Gedanke, was nun aus mir werden soll.

Zur Klärung von Widersprüchen wird das Protokoll über die erste Vernehmung des Angeklagten vor dem Untersuchungsrichter verlesen. Die Kriminalkommissare Genat und Weber belunden, daß der Angeklagte bei der Vernehmung auf der Kriminalpolizei alle Einzelheiten der furchtbaren Tat geschildert und zugegeben hat, daß er den Knaben töten wollte.

Vors.: Da Sie gläubig und religiös waren, hätten Sie es doch als Ihre Pflicht betrachtet müssen zur Polizei zu gehen, um dann Ihr Verbrechen zu sühnen. Das haben Sie nicht getan, sondern haben sich daran gemacht, die Leiche zu verstümmeln, um die Spuren Ihrer Täterschaft zu verwischen. — Angekl.: Ich wollte erst meinen langen Regenmantel nehmen und die Leiche im ganzen verpacken, aber es ging nicht. Dann dachte ich an Selbstmord, hielt es aber für nötig, auf alle Fälle die Leiche fortzuschaffen. — Vors.: Sie sind dann ausgegangen, um sich Pappe zum Verpacken der Leichenteile zu besorgen. Auf der Straße trafen Sie den jungen Miesenthal, der ein Kollege des geideten Knaben im Scholischen Geschäft war, und fragten ihn nach Pappe. Das ist Ihnen zum Verhängnis geworden, denn als später bekannt wurde, daß die aufgefundenen Leichenteile in Pappe gewickelt waren, erinnerte sich Miesenthal, daß Sie ihn nach Pappe gefragt haben. Bei der Vernehmung mit Miesenthal haben Sie sich schleunigst wieder entfernt, denn Miesenthal war der erste Mensch, den Sie nach der Tat sprachen und Ihr böses Gewissen plagte Sie und Sie fürchteten, daß man Ihnen die Tat am Gesicht ansehen könnte. Sie sind dann also dazu übergegangen, die Leichenteile in Pappe zu packen und wegzubringen. — Angekl.: Ja, Herr Richter, ich hatte denn Drang, die Leiche so schnell wie möglich wegzuschaffen. — Vors.: Wie kamen Sie denn nur auf den Gedanken, die Leichenteile auf die Straße zu bringen? Sie konnten sich doch denken, daß sie dort bald gefunden werden müßten. — Angekl.: Ich weiß selbst nicht, ich konnte die Leiche nicht mehr sehen. — Vors.: Zu dem Akt der Versteigerung hatten Sie sich anders gekleidet. Sie hatten den Rock ausgezogen und eine Schürze umgebunden. — Angekl.: Das muß ich zugeben. — Vors.: Wo blieben denn nun die Teile über Nacht? — Angekl.: Den Kumpf hatte ich auf den kleinen Korridor gelegt, die Beine in das Mädchenzimmer. Geschlafen habe ich nicht viel, sondern machte mir Beschäftigung und machte mich daran, die Wulstfäden abzuwaschen. — Vors.: In der Nacht waren Sie wohl in großer Unruhe? — Angekl. (weinend): Ruhe und Schlaf fand ich nicht. Ich habe viel getrunken und geraucht. — Vors.: Sie mieden ängstlich die Hinterräume, wo der tote Knabe lag; da gingen Sie auf Ihrer schlieflosen Wanderung durch die Räume nicht hin, Sie fürchteten, der Geist des Toten würde über Sie kommen. — Angekl. (weinend): Jawohl, ich habe deshalb die Hinterräume auch abgeschlossen. Ich habe keine Ruhe gehabt. — Vors.: Bei dem Wegbringen der Leichenteile sind Sie sehr vorsichtig zu Werke gegangen, Sie sind mit den Paketen jedesmal kreuz und quer gefahren, ehe Sie sich ihrer entledigten, aus Angst, daß Sie von Polizeihunden aufgegespürt werden könnten. Am Morgen nach der Tat, als Sie die Leichenteile weggebracht hatten, sind Sie in fortwährender Unruhe gewesen. Sie sind zunächst in ein Lokal gegangen. — Angekl.: Ich habe dort nur etwas getrunken, gegessen habe ich zwei Tage und zwei Nächte nichts. — Vors.: Ihre Unruhe hat Sie auch in ein Kino getrieben. — Angekl. (schluchzend): Da wurde ein Stück gegeben, wo jemand ermordet wurde. Das erinnerte auch an meine Tat und eine innere Stimme sagte mir: du hast jetzt jemand umgebracht und kannst doch so etwas nicht ansehen. Da bin ich fortgeschliffen. — Vors.: Sie sind dann nach Hause gegangen, vertrieben aber immer die Verführung mit den Hinterräumen, liegen die Tür des Wohnzimmer offen stehen, denn Sie konnten die Stille nicht ertragen und wollten lieber das Straßengeräusch hören, um Ihre Gedanken zu verstreuen. — Angekl.: Ja, das ist wahr, mein Gewissen ließ mir keine Ruh'. — Vors.: Am nächsten Morgen, dem Freitagmorgen, hat Sie Ihre Unruhe dazu getrieben, bei dem Kaufmann Scholz anzurufen und etwas zu bestellen. — Angekl.: Ich brauchte nichts, aber ich wollte bloß mal hören, ob die Tat schon ruhbar geworden. — Vors.: Auf Ihr Anklingeln kam dann Miesenthal aus dem Scholischen Geschäft und brachte vier. Um sich recht unbeschäftigt zu stellen, hatten Sie rasch ein Kartenspiel zur Hand genommen und so getan, als ob Sie sich Patience legten. — Angekl.: Da fing Miesenthal an: Haben Sie schon gehört... Das war für mich furchtbar, Herr Richter; ich wurde sehr verlegen, und als dann Miesenthal sagte, daß Klähn verschunden sei und man seine Leiche aufgefunden habe, habe ich gesagt: Na, den Mörder wird man schon finden! — Vors.: Sie sollten noch hinzugesagt haben: „Einem solchen Ranne müßten immer 30 übergezogen werden.“ — Angekl. (in großer Erregung): Das ist nicht wahr! Das ist gewiß nicht wahr! Wenn Sie einen Glauben haben, das ist nicht wahr! — Der Angeklagte erzählt dann auf Befragen weiter, daß er am zweiten Feiertag abends aus Unruhe wieder in ein Gasthaus gegangen sei und etwas italienischen Salat gegessen habe. Dann sei er nach Hause gegangen und habe wieder Schlaf gesucht, habe aber solchen nicht gefunden. Er habe sich dann auf ein Chaiselongue in der Vorderstube gelegt und fast die ganze Nacht nicht geschlafen. Am dritten Feiertag früh sei der Beifahrer gekommen und habe geklingelt. Bei dem Tone der Glocke sei er zusammengefahren. Als dann die Bureaubeamten kamen und bei dem Gespräch über den Mord aus Scherz von der bevorstehenden Verhaftung des Mörders sprachen, habe er einen panischen Schrecken bekommen und sei fast zusammengefallen. Er habe schleunigst zur Arbeit gegriffen, um wieder auf andere Gedanken zu kommen, dann habe er sein Testament gemacht. — Vors.: Sie hatten doch nun schon einmal ein Testament gemacht. Warum machten Sie denn nun ein zweites Testament? — Angekl.: Das weiß ich nicht. In dem zur Verlesung gebrachten Testament heißt es u. a.: „Alles was ich besitze, gehört meinen guten Bekannten, den ich meinen Stiefbruder nenne. Ich bitte, mit mein graufames Verbrechen zu vergehen, ich weiß nicht, wie ich dazu gekommen bin. Es war ein Wahn von mir, schon lange, einen um das Leben zu bringen und wirklich habe ich es getan und Gott wird mir verzeihen. Ich habe in keinem klaren Verstande das getan, so wie ich beim Militär geisteskrank war in Laibach im Garnisonspital und dann nach Graz gekommen, so ebenförmlich Wahn hatte ich jetzt. Ich hätte gern mein Leben lang, nur Arbeit möchte bluten, ein Stück Brot und Wasser.“ — Rechtsanwalt Grünspach läßt feststellen, daß dieses Testament in einem Kuvett ist, auf welchem geschrieben stand: „Die Polizei soll alles regeln“. Die Worte in dem Testament hätten wohl nur die Bedeutung: der Angeklagte wollte sagen, daß ihm seinerzeit in Laibach gesagt worden war, er habe an seiner Wahnidee gelitten, jemand um das Leben zu bringen und daß er nun wieder im Wahn gehandelt haben müsse. — Vors.: Damals in Laibach hat der Angeklagte von den Dingen nichts gewußt, bei der jetzt in Frage stehenden Tat hat er doch über alle Vorgänge bei und nach der Tat minutiös Rechenschaft gegeben. — Der Angeklagte wird weiterhin wieder durch die Erinnerung an seine Tat überwältigt und erzählt mit verzweifelnem Händringen, daß er am letzten Abend noch in eine Kapelle gegangen und als zerknirschter Sünder zufällig seine Knie gebunden und gebeten habe, ihm zu verzeihen. Als er schließlich verhaftet wurde, hat er, wie der Vorsitzende feststellt, gleich alles gestanden und sich nicht aufs Weigern gesetzt.

In der weiteren Beweisaufnahme werden zahlreiche Zeugen vernommen, die über den Charakter des Klähn befragt werden. Die Ansichten darüber sind geteilt. Einerseits wird dem Knaben von seinen Spielgenossen ein gutes Zeugnis gegeben. Sie schildern ihn als einen gutmütigen Kameraden, der etwas schwächlich war und auch hier und da dumme Streiche machte, manchmal auch schwindelte und keine Unehrlichkeiten beging. Ein ehemaliger Lehrer schilderte ihn als aufmerksamen, fleißigen und bescheidenen, doch sei er kein rechter Junge gewesen und habe eine piepsige Stimme gehabt. Auch die als Zeugin vernommene Mutter, Frau Klähn, gab ihrem Sohne ein gutes Zeugnis. Andererseits traten mehrere Zeugen auf, darunter auch der Verwalter des Hauses, in dem die Familie Klähn wohnte, und der ehemalige Pfleger des Knaben, welche sich dahin ausließen: Der Knabe habe sich keines guten Rufes erfreut, er habe alle möglichen Dummheiten gemacht, habe viel gelogen, viel geschätzt, keine Diebstähle begangen usw. Nach dem Zeugnis des Kriminalkommissars Klinghammer hat bei den ersten Recherchen die Stiefschwester des Geideten dem Zeugen gegenüber sich dahin geäußert, daß ihr Bruder recht geldgierig sei. — Dann werden noch der ehemalige Arbeitgeber des Klähn, der Kaufmann Scholz und der Bedienstete Miesenthal vernommen, schließlich müssen noch mehrere Kaufburschen, die aus dem Scholischen Geschäft bei Ritter Bestellungen zu machen hatten, Auskunft über unfittliche Zumutungen seitens des Ritters geben.

Nachdem sämtliche Zeugen bis auf einen vernommen sind, verläßt der Vorsitzende die Sitzung auf heute, Dienstag, 9 Uhr.

Tagung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Leipzig, 20. September.

Dritter Verhandlungstag.

Die Sitzung beginnt mit Entgegennahme des Referats vom Magistratsrat v. Schulz, Berlin über:

Die zivilprozessuale Bedeutung der Schiedsgerichte der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte.

In seinen kurzen Ausführungen greift der Redner aus der Fülle des Stoffes einiges heraus. Das vom Gewerbegericht gebildete Einigungsamt ist eine Behörde, es übt behördliche Funktionen aus. Verhandlungsamt ist für die Schiedsgerichte, wenn die formalen Grundzüge verletzt sind, dann können die Sprüche aufgehoben werden; sie haben dann keine prozessuale Kraft. Dieselben Funktionen wie die Einigungsämter haben auch die durch Tarifverträge eingesehten Schiedsgerichtlichen Instanzen. Die Einigungsämter sollten vom Kleinraum entlastet, den Schlichtungsämtern als erste Instanz die Entscheidung überlassen werden.

Rechtsgerichtsrat Dr. Weber-Leipzig erkennt mit dem Referenten die behördliche Funktion des Einigungsamtes an. Den Tarifverträgen fehle jedoch jede Magbarkeit gegen seine Mitglieder, wenn diese tarifunfrei seien. So entbehre der Schiedspruch der Vollstreckbarkeit. Dies dränge zu der Frage, wie den Tarifverträgen Rechtskraft gewährt werden könne. Daß den gewerblichen Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit immer noch verweigert werde, stelle eine schwere Unterlassung dar. Es sei dringend notwendig, den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit zu geben. Eine Förderung des Tarifwesens wäre es, wenn die Regierung den Petitionen auf Einrichtung eines Reichseinigungsamtes nachkommen würde.

Ueber den Punkt:

Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten

hielt das Referat Rechtsanwalt Dr. Wagner-Kürnberg. Nach dem geltenden Recht werden Rechtsanwälte und Personen, die das Verhändeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, als Prozeßvollmächtigte oder Beistände vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht nicht zugelassen. Dies sei, sagt der Referent, auf die Dauer nicht mehr haltbar. Es sei dringend notwendig, auf dem Wege der Gesetzgebung Abhilfe zu schaffen. Bei dem bestehenden Zustand entstehe für auswärtige Parteien, welche trotz aller Bemühungen einen Vertreter für sich nicht verschaffen können, eine Schutzlosigkeit, die einer Rechtsverweigerung gleichgütig werden könne. Darum sei die Zulassung von Rechtsanwältinnen Schriftsätze anfertigen lassen. Dies sei besonders für die Kaufmannsgerichte notwendig, denn schon heute würden sich die Parteien vor dem Kaufmannsgericht vielfach von Rechtsanwältinnen Schriftsätze anfertigen lassen. Dagegen halte er (Referent) für die Gewerbegerichte die Zulassung von Rechtsanwältinnen nicht für geboten. Bei der Zulassung von Arbeitersekretären und Verbandsbeamten solle man nicht engberzig sein. Redner schlägt vor, im Gesetz anstatt geschäftsmäßig „gewerdmäßig“ zu sagen, da die Materie wäre.

Der Korreferent, Rechtsanwalt Busch-Glabbe i. W., geht weiter wie Dr. Wagner. Er will keinen Unterschied zwischen Kaufmanns- und Gewerbegerichten machen und verlangt die Zulassung der Rechtsanwältinnen für beide Gerichte. Zu den Personen, welche das Verhändeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, gehören auch Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre und die Angestellten der Gewerkschaftsorganisations sowie auf der anderen Seite die Handwerkersekretäre und die zum Zwecke der Rechtsberatung bzw. Verfolgung Angestellten der Arbeitgeberorganisationen und der Kaufleute. Geschäftsmäßig betrieben schließlich auch die Personen das Verhändeln vor Gericht, die aus der Zahl der Gemeindegewählten oder aus den Reihen der noch tätigen oder früherem Besitzer ständig hiermit betraut würden. Dieser Zustand entspreche, wie die Praxis es zeige, weder den Wünschen der Parteien, noch liege er im Interesse der Rechtspflege. Die Bestimmungen der §§ 31 des Kaufmannsgerichtsgesetzes und 16 des Gewerbegerichtsgesetzes müßten daher so umgeändert werden, daß sie den berechtigten Wünschen der Parteien und der Rechtspflege Rechnung tragen. Der Referent macht hierzu folgende Vorschläge:

Am den Grundsatze der Unmittelbarkeit bei dem Verhandeln vor Gericht zu wahren, ist im Gegensatz zu den Vorschriften der Zivilprozessordnung eine Prozeßvertretung prinzipiell nicht gestattet. Die Partei soll sich vor Gericht nur vertreten lassen können im Falle der erheblichen Entfernung ihres Aufenthaltsortes von dem Gericht und in den Fällen, in denen der dem Rechtsstreit zugrunde liegende Sachverhalt nicht eigene Wahrnehmung der Parteien gewesen ist. Der erste Fall lehnt sich an bestehende gesetzliche Bestimmungen an. Der zweite Fall ist vorzusehen, weil in diesem Falle die Unmittelbarkeit bei dem Verhandeln doch nicht durchgeföhrt werden kann (z. B. in großen Betrieben, in denen der Chef nicht unmittelbar mit den Angestellten verkehrt). In beiden Fällen sollen die §§ 16 des Kaufmannsgerichtsgesetzes und 31 des Gewerbegerichtsgesetzes keine Geltung haben. Als Beistände können sämtliche Personen auftreten, also auch Rechtsanwälte und solche Personen, die das Verhändeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben.

Die Disposition war sehr lebhaft, bei ihrem Beginn waren bereits 15 Redner eingezeichnet. Der erste, Joseph Berlin (Arbeitnehmer) betonte, die Schnelligkeit und Billigkeit, mit denen die Gewerbegerichte arbeiten, dürfe nicht unterbunden werden. Wenn aber Rechtsanwältinnen zugelassen würden, dann würde die Billigkeit der Prozeßführung nicht mehr bestehen. (Stürmischer Beifall.) Wer muß dann die Kosten der Vertretung zahlen? Die Partei oder die Kommune? Nein, die Parteien! Es ist nicht notwendig, daß die Parteien juristische Kenntnisse haben, es genügt, wenn sie die Sachlage klar schildern. Ich muß mich gegen die Zulassung von Rechtsanwältinnen wenden. Ich berücksichtigen ist aber eine Vertretung durch Beistätter oder die Organisationen. (Beifall.)

Scholz-Dresden (Arbeitnehmer): Nach einer Erhebung werden von 77 Proz. der Gewerbegerichte Arbeitersekretäre ohne weiteres zugelassen. Bei einigen nur Gewerkschaftsorganisationsstellen und andere Gerichte entscheiden von Fall zu Fall. Wir verlangen nicht unbedingte Zulassung der Arbeitersekretäre, kein besonderes Recht, sondern ausgleichende Gerechtigkeit gegenüber den Unternehmern. Die Vertretung durch Arbeitersekretäre ist nötig, wenn der Kläger vom Orte abwesend ist. Ueber die Zulassung der Arbeitersekretäre sollen aber nicht nur der Vorsitzende, sondern das

Richterkollegium entscheiden. Der Ruf auf Zulassung der Rechtsanwältinnen kommt nicht von den Arbeitgebern noch von den Arbeitern, sondern nur von den Rechtsanwälten selbst. Das muß beachtet werden. Wir sind gegen die Zulassung der Rechtsanwältinnen. (Beifall.)

Stadtverordneter Gronewaldt-Berlin (Kaufmannsbeiziger) weist darauf hin, daß sich der Kaufmannstag in Düsseldorf gegen die Zulassung der Rechtsanwältinnen ausgesprochen habe. Auch er ist gegen die Zulassung.

Rechtsanwalt Abel-Essen tritt für die Zulassung von Arbeitersekretären und Vertretern der Unternehmer ein. Man habe mit diesen Vertretungen nur gute Erfahrungen gemacht. Durch die Zulassung der Verbandssekretäre werde die Rechtsprechung erleichtert. Man solle aber auch gegen die Rechtsanwältinnen kein Mißtrauen hegen. Die Anwaltschaft würde bei Zulassung es als ihre Ehre betrachten, genau so die Sache zu behandeln, wie die Verbandssekretäre.

Magistratsrat Dr. Landtberger-Charlottenburg (Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsvorsteher) wendet sich entschieden gegen eine Forderung des Gesetzes und gegen die Zulassung der Rechtsanwältinnen. Wer garantiert dafür, daß die Rechtsanwältinnen nur in schwierigen Fällen auftreten? (Großer Beifall.)

Senator Grote-Hannover: Es müßte noch beachtet werden, ob die Zulassung der Rechtsanwältinnen nicht dann gewährt werden soll, wenn beide Parteien mit der Zulassung einverstanden seien und das Gericht es beschließt.

Schlich-Berlin (Wundtechnisch-industrieller Beamter): Die erdrückende Mehrheit der Versammlung steht zweifelslos auf dem Standpunkt, daß an dem gegenwärtigen Zustand nichts geändert werden darf. (Stürm. Beifall.) Der Vorschlag, anstatt „geschäftsmäßig“ „gewerbmäßig“ zu sagen, wäre sehr akzeptabel, dadurch würde eine bessere Klarheit geschaffen. (Beifall.)

Sommer-Berlin (Handlungsgehilfe): Durch die Zulassung von Rechtsanwältinnen würde das Wesen der Gerichte als Laiengerichte geschwächt. In Berlin werden die Vertreter der Organisationen nicht zugelassen, aber Vertreter großer Gesellschaften. Die Vertreter der Organisationen müssen zugelassen werden, denn es ist Pflicht jedes Menschen, daß er sich einer Organisation anschließt. (Beifall.)

Auch in der weiteren Debatte überwiegen die Gegner der Zulassung der Rechtsanwältinnen.

Nach den Schlussworten des Referenten war dieser Punkt erledigt. Beschlüsse werden ja befanntlich auf dem Gewerbegerichtstag nicht gefaßt, sonst hätte sich ergeben, daß die große Mehrheit der Tagung sich gegen die Zulassung der Rechtsanwältinnen erklärt haben würde.

Den letzten Verhandlungsgegenstand:

„Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten“

behandelten die Herren Rantel-Leipzig und Stadtverordneter Gronewaldt-Berlin. Die Redner wiesen an zahlreichen Beispielen nach, wie das gesetzliche Recht durch den Ortsgebrauch ergänzt wird. Eine Diskussion fand zu diesem Punkt wegen der vorgeschrittenen Zeit nicht statt.

Der Vorsitzende Magistratsrat a. Schulz-Berlin schloß die Tagung mit Dankworten an die Referenten und für die Gastfreundschaft der Stadt Leipzig.

Soziales.

Die Barbarei der Zuchthausstrafe.

Lieber den Tod als das Zuchthaus! Das ist das Ergebnis einer Betrachtung, die ein Kenner deutscher Zuchthauszustände über die Ursachen angestellt hat, warum so mancher zum Tode Verurteilte sich mit Händen und Füßen gegen eine Vergnadigung sträubt, die ihm bekanntermaßen lebenslängliches Zuchthaus einbringt. Strafanwaltsinspektor v. Baehr in Breslau — der bereits früher einmal eine zutreffende Charakteristik unserer sozialen Zustände veröffentlicht, als er nachwies, daß sich zu Zeiten steigender Not der arbeitenden Klassen auch die Gefängnisse füllen, weil es dort wenigstens einen warmen Raum und etwas zu essen gibt — er stellt in einer Zuchtschrift an das Leipziger Limonadenfest, daß die weitaus meisten der zum Tode verurteilten, aber zur Vergnadigung vorgeschlagenen Delinquenten die Vergnadigung ablehnen aus Furcht vor der Einlieferung auf Lebenszeit.

„Das Bewußtsein, auf unbestimmte Zeit hinter Zuchthausmauern bleiben zu müssen, bis zum Lebensende von der Welt abgeschnitten zu sein, läßt sie die in jedem Menschenherzen mehr oder minder pulsierende Todesfurcht überwinden und das Ende mit Schrecken einem Schreden ohne Ende vorgehen. Gewiß, der Aufenthalt im Straußhaus hat gegen früher ganz bedeutend an Qualen verloren, immerhin aber bleibt das Gefängnis ohne zeitliche Grenze für die meisten Rechtsbrecher doch eine moralische Folter ohne Gleichen.“

Jeder, der Gelegenheit hatte, mit den sogenannten „Lebenslänglichen“ in einer Strafanstalt in Verbindung zu treten, persönlich mit ihnen zu sprechen, wird den tröstlichen Eindruck bestätigen müssen, den viele dieser Gefangenen in ihrer völligen Hoffnungslosigkeit und Stumpfheit bieten. Es ist nichts Seltenes, daß ein Teil von ihnen es lebhaft bedauert, seinerzeit nicht hingeküßt zu sein, der das Gnadengesuch nicht als solches mehr anerkennt, vermag und immer wieder versucht, sofern die Energie überhaupt noch dazu ausreicht, seinem Leben ein vorzeitiges Ende zu machen. Als Folge dieser Hoffnungslosigkeit sind schließlich auch die zahlreichsten geistigen Erkrankungen anzusehen. Jeder, der Studien in dieser Richtung machen konnte, wird mehr und mehr einer Auffassung zustimmen, die einst Ernst Kästel auf eine Umfrage über die Todesstrafe niederlegte:

„... Uebrigens ist nach meinem Geschmack die Strafe des lebenslänglichen Zuchthauswesens widerständig und schlimmer als die Todesstrafe.“ Gewiß, es ist ein billiger Ruhm, bei der Verkündung des landesherrlichen Gnadenlasses den Held zu markieren, den Ritter ohne Furcht, der ob der vorhandenen Befehle höfentlich die Achseln zuckt. Es steht aber andererseits unumstößlich fest, daß nach Abwendung dieser äußersten Gefahr, nach Rückkehr der vollen Besinnung die nothwendige harte Tatsache, eingepreßt zu sein auf Lebenszeit, eine erneute, nicht zu unterschätzende Furcht auslöst. Nur die Hoffnung, durch einen verwegenen Fluchtversuch die Freiheit wiedergewinnen zu können, schimmert als blauer Stern in der Ferne, ist Ziel und hält den Geist reg. Auf eine zweite, völlige Vergnadigung wird im allgemeinen nicht gerechnet.

Der von dem zum Tode Verurteilten nun die Zukunft, die seiner nach eingetretener Vergnadigung harrt, klar und nüchtern ins Auge faßt — sollte er nicht dazu kommen, die Hinrichtung der Vergnadigung, den Moment einer langen, langen Reihe von Jahren als besseren Teil zu erwählen? Man gelangt daher immer zu dem Schluß, Gnade nur den Rechtsbrechern zu erteilen, die solche haben wollen und sie auch wirklich anerkennen. Eine Gnade schließlich, die als solche nicht geschätzt wird, die notwendigerweise als „aufgedrungen“ betrachtet werden könnte, ist am Ende keine Gnade mehr.“

Die Schlussfolgerung des Kritikerschreibers ist natürlich nicht die unferne, die wir den ganzen gegenwärtigen Strafvolzug für widerständig halten. Um so bemerkenswerter sind die tatsächlichen, nicht vereinzelt bestehenden Feststellungen des Strafanwaltsinspektors, der als Sachmann die furchtbaren Folgen des herrschenden Strafvolzugs ganz gewiß nicht zu schwarz gemalt hat. Sie zeigen die ganze Barbarei des Strafvolzugs unserer herrschenden Gesellschaft, die sich so viel auf ihre „Humanität“ zugute tut.

Aus Industrie und Handel.

Das Hochkonjunkturjahr 1912 hat allen großen Montanwerken reichlichen Profit gebracht. Den bisher verlustigsten Gesellschaften reißt sich in dieser Hinsicht auch der Rombacher

Hüttenwerke an. Trotz vermehrter Rücklagen erhöhte sich der Reingewinn von 8,67 auf 8,91 Millionen Mark. Daraus werden wie im Vorjahre 5 Millionen Mark oder 10 Prozent wiederum als Dividende verteilt. Ferner werden die Ergänzungsleistungen um das 1 1/2 fache vermehrt. Als Bezugsbeitrag werden erstmalig 200 000 M. eingestellt.

Einschränkung in der Zündholzindustrie? Der Verein deutscher Zündholzfabrikanten beruft auf Dienstag nach Berlin eine Versammlung der Zündholzindustriellen ein, um über die Kartellfrage eine Aussprache herbeizuführen, wobei die Möglichkeit erörtert werden soll, mit Rücksicht auf den zurückgehenden Verbrauch der Zündwaren beim Bundesrat die Herabsetzung der gegenwärtig auf 45 Prozent festgesetzten Zwangskontingentierung zu beantragen, weil anders der zunehmenden Lederfüllung des Marktes nicht gesteuert werden könne. Die Zündholzpreise sind durch die „Finanzreform“ von 1909 so hoch getrieben, daß eine Produktionsbeschränkung die Konsumenten nur noch mehr belasten würde. Auch wäre für sie die Zeit der zunehmenden Arbeitslosigkeit der ungeeignetste Termin, der sich denken läßt.

Eine Bankkrise in Indien wird aus Lahore gemeldet: Die Direktoren der Volksbank von Indien, die 72 Filialen unterhält, u. a. besonders in Karachi, Bombay, Lucknow, Kalkutta, Rangun, Kalkutta, und die mit einem Kapital von 1 200 000 Rupien arbeitet, beschloß, den Betrieb einzustellen. Diesem Beschluß folgte die Schließung der Bank von Amritsar, die 40 Filialen, meistens im Punjabgebiet, unterhält. Am Sonnabend fand ein festgesetzter Ansturm auf die Banken in Lahore statt, die unter indischer Leitung stehen. Woher sind die unter englischer Leitung stehenden Banken nicht in Unruhe versetzt worden. Wenn der Ansturm fort-dauert, so hält man es nicht für unwahrscheinlich, daß zahlreiche indische Banken gezwungen werden, ebenfalls zu schließen. Die Lage wird für sehr ernst angesehen, und die Geschäftslente erklären selbst, daß sie nicht voraussetzen könnten, welche schwerwiegenden Folgen sich noch ergeben könnten.

Verboten der Krise. Wie ein Telegramm der „Frankf. Zeitung“ meldet, trat in der Konsumanstalt der Firma Krupp Arbeitsmangel ein. Arbeiterentlassungen wurden vorgenommen, auch beabsichtigt man, kürzere Arbeitszeit einzuführen.

Gerichts-Zeitung.

„Die nationale Jugendpflege ist eine — Staatseinrichtung.“

Wer in einer Jugendversammlung die staatliche, unter dem irreführenden Namen „Jugendpflege“ geführte gewalt-same Patriotenziehung zum Gegenstand seiner Erörterungen macht, kritisiert eine Staatseinrichtung und macht die Versammlung zu einer „politischen“ im Sinne des lieblichen Vereinsgesetzes. So entschied das Schöffengericht zu Dsterode am Harg jetzt in einer Strafsache gegen die Genossen Bedmann, Riesberg und Kaspere. Als im Rat dieses Jahres Genosse Kaspere aus Halle in Osterode vor einer auch von Gegnern überaus stark besuchten, vom Arbeiterjugendausschuß einberufenen öffentlichen Jugend-versammlung über das Thema: „Die wahren und falschen Freunde der Arbeiterjugend“ sprechen wollte, erschienen zwei Polizisten zur Überwachung. Als der Referent einleitend in kurzen Zügen die „goldene Jugendzeit“ des Arbeiterkinds zu schildern begann, dabei die Verwüstungen, die die Profitgier der Unter-nnehmer unter der Jugend des Proletariats anrichtet, erwähnte und auch von der „Ausfaltung der Lebenskräfte“ sprach, wurde die Versammlung einfach aufgelöst. Der Redner habe von Aus-beutung und Ausfaltung gesprochen und damit die Versammlung zu einer poli-tischen gemacht, meinte der Hüter des Gesetzes. Alle Hinweise auf seine irrgen Auffassung und die im Vereins-gesetz klipp und klar festgelegten Auflösungsgründe waren vergeblich. Nach nochmaliger „Auflösung“ verschwanden die Polizisten, worauf die Versammlung in aller Ruhe zu Ende geführt werden konnte. Anstatt nun den das Vereinsgesetz so schlecht beherrschenden Beamten für sein völlig ungerech-tfertigt Vorgehen zur Rechenschaft zu ziehen, wurden die beiden Veranstalter und der Referent mit, wegen angeblicher Uebertretung des Vereinsgesetzes unter An-klage gestellt.

Es stehe „zweifellos“ fest, daß die drei Angeklagten von vornherein die Absicht gehabt hätten, eine Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten zu veranstalten, meinte der Amtsanwalt. Das beweise schon der Einladungs-zettel, der sich ausdrücklich „an die Arbeiterjugend“ und die „organisierte Arbeiterjugend“ richtete. Das beweise auch die Rede, in der die Schule, das Kinder-schutzgesetz und die „Entwicklungstheorie“ behandelt worden wäre. Er beantragte gegen jeden der drei Angeklagten eine Geldstrafe von 100 M.

Das Gericht lehnte eine Jugendvernehmung ab, weil der Angeklagte Kaspere durch „eigenes Geständnis überführt“ sei, eine politische Rede gehalten zu haben. Leiter und Ver-anstalter sollen zwar nicht 100, sondern nur 10 M. bezahlen, da sie beide noch völlig unbescholten sind. Der Referent mußte freigesprochen werden. Der die Verhandlung leitende Assessor meinte in der Urteilsbegründung: Politische Angelegenheiten seien wohl solche, die die Verwaltung, Ver-fassung und Gesetzgebung des Staates und die staatsbürger-lichen Rechte der Untertanen in sich begreifen. Eine solche Staatseinrichtung sei aber auch die Jugend-pflege. Denn — sie sei vom Staat durch Ministerialerlach geschaffen und werde von diesem materiell unterstützt. Da der Angeklagte selber zugegeben, daß er sich in seinem Vortrage energisch gegen diese staatliche Jugendpflege gewandt habe, war also sein Vortrag ein politischer. Es möge deshalb dahingestellt bleiben, ob auch andere Gebiete — z. B. das der Sozialpolitik und Volksschule — besprochen worden seien, ja, das Gericht nimmt sogar an, daß weniger ein Erörterer, vielmehr ein bloßes gelegentliches Streifen dieser Gebiete stattgefunden habe.

Es geht doch nichts über eine einfache, schöne, aber dennoch „durchschlagende“ Begründung. Das Gericht erklärt die natio-nale, von oben befohlene Jugendpflege einfach als eine Staats-einrichtung, die in Gegenwart politisch unmündiger Arbeiter-kinder nicht „erörtert“ werden darf — und damit basta. Und so hätte man die längst gesuchte bequeme Handhabe, jegliche Auffklärung über die wahren Absichten der in allerlei Ver-keidung sich an die Arbeiterjugend herandrängenden Jugend-pfleger unmöglich zu machen. Nur immer hübsch großzügig und sich nicht lange in nebensächlichen Einzelheiten verlieren. Vor dem Berufungsgericht dürfte diese Begründung schwerlich standhalten.

Wie ein Staatsanwalt über die Kartelle des Volkes denkt.

Bekanntlich haben wir eine Strafgesetznovelle bekommen, nach der es zulässig ist, Kartelle, die in Kartelle begangen sind, milde zu bestrafen. Wie diese durch das Reichsparlament geschaffene Kartierung

manchmal verlag, darüber gab eine Strafkammerverhandlung Aufschluß, die am Sonnabend in Halle a. S. stattfand.

Unter Anklage stand der 41jährige Grubenarbeiter Gottlieb Stephan aus Rumpfigh und seine 38jährige Ehefrau wegen vollendeten und versuchten schweren Diebstahls. Das Ehepaar hatte in einer Aprilnacht aus dem Keller des Rittergutbesizers Schirmer zwei Säcke Kartoffeln entwendet und versucht, in einer Mainacht nochmals eine Quantität Kartoffeln zu nehmen. Dabei wurde es von dem Nachwächter überfaßt. Also der erlangte Vorteil war nicht erheblich. Die Beschuldigten, beides bisher unbestrafte Personen, räumten die Tat ein, klagten aber, in bitterer Notlage gehandelt zu haben. Sie hätten acht Kinder im Alter von drei bis 16 Jahren; der Ehemann habe 13 Jahre auf dem Gute gearbeitet und bei einigen Nebenbezügen im Sommer 14 Mark, im Winter nur 12 Mark pro Woche verdient. Da sei er, um sich zu verbessern, als Grubenarbeiter gegangen, habe aber dann pro Woche ohne Nebenbezüge nur 18 bis 20 Mark verdient. Für das Geld habe er seine stark Familie nicht erhalten können.

Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß die Angeklagten mit ihren Einkünften sehr wohl hätten auskommen können. Er meinte, die Angeklagten hätten 18 bis 20 M. pro Woche. Berechnet man davon auf die Miete pro Woche 2,50 M., dann haben die Angeklagten noch reichlich Geld für Lebensmittel übrig gehabt. Von einer Kartelle könne keine Rede sein und es sei gegen beide Angeklagte eine Gefängnisstrafe von je drei Monaten und vierzehn Tagen zu beantragen. Das Gericht beurteilte tatsächlich beide Angeklagte zu je drei Monaten und einer Woche Gefängnis.

Daß eine zahlungsfähige Familie mit 18 bis 20 M. pro Woche ohne Kartelle sich befinde, kann nur starke Weltfremdheit annehmen.

Ein raffinierter Verbandsmörder.

Vor der Strafkammer in Halle a. S. war am Sonnabend der Kaufmann Arnold Guth, 26 Jahre alt, angeklagt, der fast in allen deutschen Städten Verbandsfilialen der Buchdrucker, Metallarbeiter usw. in recht empfindlicher Weise durch betrügerische Manipulationen geschädigt hat. Der Mann reiste in den letzten drei Jahren unter dem falschen Namen Max Friedländer aus Prag und verschaffte sich bald als Buchdrucker, bald als Metallarbeiter usw. mit falschen Legitimationen und gestohlenen Verbandsbüchern Reiseunterstützungen und andere Vorteile. Durch sein gemeines Treiben hat er Verbands-angestellten erhebliche Unannehmlichkeiten bereitet. Auf eine Anzahl Verbandsbücher, die in Magdeburg gestohlen wurden, sind allein 400 M. Unterstützung erschwindelt worden. Bis jetzt werden ihm 66 strafbare Handlungen zur Last gelegt; es besteht aber der Verdacht, daß Guth noch weitere Verbrechen begangen hat. Vielleicht können diese Zeilen zur weiteren Aufklärung beitragen. Guth, der von vielen Verbandsangestellten als Täter bezeichnet wird, will unschuldig sein und zur Zeit der Taten in Prag, Wien und Paris gewesen sein. Die Verhandlung wurde deshalb vertagt.

Die gefährliche Kellertür.

Das Reichsgericht hat in ständiger Rechtsprechung angenommen, daß der Gastwirt gegenüber den bei ihm verkehrenden Gästen die vertragliche Pflicht hat, für ordnungsmäßige sichere Verpflegung der Wirtschaftsräume und der Gänge nach den Abzügen zu sorgen. Trifft den Wirt in dieser Hinsicht eine Fahrlässigkeit, insbesondere wegen Nichtbeleuchtung oder Nichtverschließens einer mit der Abtritttür zu verwechselnden Kellertür, so ist er dem Verunglückten zum Schadenersatz verpflichtet. Diese Schadenersatzpflicht kann sich nur mindern, wenn der Verunglückte selbst sich unachtsam benommen und dadurch den Unfall mitverursacht hat. Ein Rechtsstreit dieser Art beschäftigte jetzt das Reichsgericht.

Der Zimmermann H. weilte am 24. Juni 1911 in der Wirtschaft des Gastwirts B. in Neufölln. Nach 6 Uhr nachmittags wollte er den Abort aufsuchen. Auf dem Gang dorthin öffnete er anstatt der Aborttür eine in der Nähe befindliche Tür, die zu der im Keller liegenden Regelhahn führt; er stürzte die Treppe hinab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er alsbald starb. Die Angeklagte war mit der Aufschrift versehen: „Vorwärts! Stufen! Zur Regelhahn!“ Es ist aber nicht festgestellt worden, daß H. diese Aufschrift gesehen hat. Die Witwe des Verunglückten verlangt von dem Gastwirt Schadenersatz; sie klagt auf Zahlung einer monatlichen Rente von 60 M.

Vom Landgericht II zu Berlin ist die Klage gänzlich abgewiesen worden, weil der Unfall ausschließlich auf das Verschulden des Geldboten zurückzuführen sei. Das Kammergericht dagegen hat den Beklagten dem Grunde nach verurteilt, die Hälfte des Schadens zu ersetzen, und wies die Klägerin mit der anderen Hälfte ab. Zur Begründung seiner Entscheidung führt das Kammergericht aus: Das Landgericht verlangt in seinen Ermahnungen ein sehr großes Maß von Aufmerksamkeit bei der Bewegung des Gastes in einer Gastwirtschaft. Dem ist nicht beizutreten. Entscheidend ist hier, daß eine gefährliche Anlage in den Gastwirtschaften der Beklagten vorhanden und daß diese gefährliche Einrichtung nicht zu vermuten war. Es fragt sich, ob der Kläger als normal denkender Mensch seines Standes und seiner Bildung nach erkennen mußte, daß sich hinter der hier fraglichen Tür Räume befinden würden, die gefährlich waren. Das ist zu verneinen. Der Inhaber einer Gastwirtschaft muß mit einer Türverwechslung seitens seiner Gäste rechnen und dementsprechende Maßregeln treffen. Daß die zur Regelhahn führende Kellertür nicht verschlossen war, ist deshalb eine Fahrlässigkeit, die der Beklagte zu vertreten hat. Andererseits liegt aber auch ein eigenes Verschulden des Geldboten vor. Er mußte, da es auf dem Korridor nicht ganz hell war, noch mehr Vorzicht aufwenden und durfte nicht ohne weiteres in den ihm unbekanntem dunklen Raum treten. Es erschießen deshalb angemessen, die Klägerin mit der Hälfte des Schadensanspruches abzuweisen.

Gegen diese Entscheidung hatte der Beklagte Revision eingelegt, indessen ohne Erfolg; das Reichsgericht hat das Urteil des Kammergerichts bestätigt und die Revision zurückgewiesen.

Eingegangene Druckschriften.

Am Verlag von J. S. B. Dieckhoff, Verlagbuchhandlung in Stuttgart, ist soeben erschienen: Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit. Von Otto Gutz. Zweiter Band. Preis 8 M., geb. 9 M., in Halbfranz 10 M. Nachblatt für Holzarbeiter. Heft 9. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband. Monatschrift. Vierteljährlich 1 M. Berlin, im Südwesten Carl 2.

Aus Natur und Geistwelt. Bd. 300. Die Aufsicht. Von H. Rumpf. — Bd. 428. Die wirtschaftlichen Organisationen. Von E. Lederer. — Bd. 432. Die preussische Volk- und Mittelschule. Von A. Sachs. — Bd. 435. Das Recht an Schrift- und Auswertungen. Von A. Rothemann. Einzeld. 1 M., geb. 1,25 M. B. G. Teubner, Leipzig.

Heimatbilder deutscher Kunst. 1. Meeresschwandung an der Nordsee. Von Prof. A. Dieckhoff. — 2. Winterstille im Schwarzwald. Von demselben. — 3. Sommermorgen in der Mark. Von Prof. H. Kallmorgen. — 4. Winteridyll in einem pommerschen Städtchen. Von G. Herrlich. Je 1,50 M. F. Schöner, Berlin-Schöneberg.

Quo vadis Austria? Von Dr. Adam Georgewitz. 80 Pf. S. Hirzel, Leipzig.

Preussische Außenpolitik und deutsche Weltpolitik. Von Konstantin Ritter von Glimsch. 80 Pf. — Titeldr. Oden? Ein Antwortsatz an das deutsche Volk von H. Kuge. Berlin SW 48, „Polst“, Verlagsanstalt und Buchdruckerei. 80 Pf.

Die Tigerfänge. Ganz im Bild. Roman von Hedda v. Schmid. (Hirschfelds Bücherklub Nr. 912.) S. Hügel, Berlin W. 9.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung in den Germania-Prachtsälen, Chausseestr. 110.

Tagesordnung:

Die Geburteneinschränkung.

Referent: Genossin Luise Zietz. Korreferent: Genosse Dr. Alfred Bernstein.

Unsere Genossinnen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.

230/9*

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Weichhorststraße 28, part. Fernsprecher Amt Npl. Nr. 4787.

Filiale Berlin.

Arbeitsnachweis: Rüdigerstraße 9. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Donnerstag, den 25. September 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung in Halle. (Fortsetzung der Diskussion.)
2. Bericht über den Bauarbeiterschutzbund.
3. Diskussion.
4. Verbandsangelegenheiten.

Nur Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Zahlreichen Besuch erwartet.

Die Ortsverwaltung.

135/11*

Die Zahlstelle für den Osten befindet sich jetzt Große Frankfurter Straße 16 bei Merkmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, C 54, Finienstr. 83—85.

Verwaltung: Kasserer: Arbeitsnachweis: Teleph.: Amt Norden 1997. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Achtung! Metallarbeiter Tempelhofs!

Heute Dienstag, den 23. Septbr. 1913, nachm. 5 1/2 Uhr, im Wilhelmsgarten, Tempelhof, Berliner Str. 9:

Versammlung aller Metallarbeiter

Tagesordnung: Vortrag: „Die Reichsversicherungsordnung und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft.“

Morgen Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45:

Mitglieder-Versammlung der Gold- u. Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wissell über: Die Volksfürsorge. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Morgen Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, in den Corona-Prachtsälen, Kommandantenstr. 72:

Versammlung der Graveure und Ziselierer.

Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag über: Die Volksfürsorge. Referent: E. Brückner. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Morgen Mittwoch, den 24. September, abends 6 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

Versammlung aller in den Stempelbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Erfolge der Resolution vom 31. Juli. 2. Wahl eines Obmannes für die Branche.

Morgen Mittwoch, den 24. September, abends 6 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:

Versammlung der chirurgischen Branche.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch obiger Versammlungen erwartet. Die Ortsverwaltung.

126/11

An die Arbeiter und Angestellten Berlins!

Werkstattvertrauenspersonen!

Am Sonntag, den 28. September 1913, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags findet die Wahl der 60 Ausschussmitglieder und 120 Stellvertreter zur Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin statt.

Die Liste der Freien Gewerkschaften und Angestellten Berlins trägt die Ordnungsnummer 1.

Es ist nun Pflicht aller Vertrauenspersonen, von Werkstätten, Bureau, Kanplagen und Arbeitsstuben, mittels der entnommenen Feststellungsscheine die Wahlkarten von ihren Krankenkassen abzuholen und den in den Betrieben Beschäftigten auszuhandigen.

Mitglieder der sich auflösenden Kassen bekommen diese Wahlkarten bis zum 27. September in den Krankenkassen, denen sie bisher angehörten.

Neuversicherungspflichtige, auf Grund der Erhöhung der Gehaltsgrenze von 2000 auf 2500 M. (Privatbeamte usw.) melden sich bei der Kasse, welche für den betreffenden Betrieb zuständig ist, in welchem sie beschäftigt sind.

Die übrigen Neuversicherungspflichtigen, die im Wandergewerbe Beschäftigten, Diensthofen und die Mitglieder der freien Hilfskassen erhalten die Wahlkarten von der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin, Köpenicker Str. 80—82.

Da vier Listen aufgestellt sind, ist eine rege Beteiligung an der Einzeichnung und Wahl erforderlich.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

J. A. A. Körsten.

300/5*

Zentral-Verband der Zimmerer.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Morgen Mittwoch, d. 24. September, finden im Berliner Tarifgebiet

254/13*

Statistische Erhebungen

über die Organisationsverhältnisse sowie Lohn- u. Arbeitsbedingungen der Zimmerer Berlins und der Vororte statt.

Im Interesse der guten Sache richten wir an alle Berufsgenossen den Appell, hierbei pflichtschuldigst mitzuhelfen und den mit der Aufnahme betrauten Verbandskameraden über die gestellten Fragen bereitwilligst Auskunft zu geben.

Der Vorstand.

Auto-Gesellschaft Duxette, Solos. Spinnmünderstr. 75. 19636

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen: Salonfearbeiter

Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Anton Becker, Weberstr. 17.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Langhammer: „Die bürgerliche und proletarische Jugendbewegung.“ 2. Berichte und Branchenangelegenheiten.

Sargtischler

Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Michaelseeck, Petersburger Str. 84.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kol. Kibner über Feuerbekämpfung. 2. Branchenangelegenheiten.

Maschinenarbeiter

Mittwoch, den 24. September, abends 8 Uhr, bei Becker, Weberstraße 17:

Versammlung aller in Schneidemühlen, Feisten- und Holzbearbeitungsfabriken beschäft. Maschinenarbeiter.

Tagesordnung: Die Ausschusswahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Bürsten- u. Pinselmacher

Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, in Hermels Vereinshaus, Holzmarktstraße 21.

Tagesordnung: 1. Was lehrt uns die Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Bürstenindustrie? 2. Branchenangelegenheiten.

Perlmutter-, Horn- und Steinnuß-Knopfarbeiter und -arbeiterinnen

Mittwoch, den 24. September, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 5).

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Kamm- u. Haar schmuckbranche

Mittwoch, den 24. September, abends 8 Uhr, bei Merkowski, Rudowstr. 26.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Wilt. Rücksicht: „Die Volksfürsorge.“ 2. Bericht von der Generalversammlung. Die Kollegen werden ersucht, ihre Frauen mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

Spezialarzt

f. Haut-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintränke jeder Art, Gehörlich Gata - Kuren in u. Co. fong. Laborat. Blutuntersuchung, Fäden i. Harn usw. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum. Epr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Kranzspenden

sowie sämtliche Blumenarrangements liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. Npl. 7203.

Dr. Cohnheim

Von der Reise zurück Spezialarzt f. Magen- u. Darmleiden Oranienburger Straße 89.

Schöneberg Sozialdemokratischer Wahlverein.

Heute Dienstag, den 23. Sept. 1913, abends 8 Uhr, in den Neuen Rathausälen, Weininger Str. 8:

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Bericht der Stadtverordnetenfraktion. Referent: Genosse G. Cbh. Diskussion. 2. Aufstellung der Kandidaten. 3. Verschiedenes.

Pflicht der Genossinnen und Genossen ist es, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Möbel-Cohn

1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58

2. Geschäft: Grüner Weg 109

Bitte genau auf Hausnummern zu achten.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stube und Küche:

Mark 15	30	50	75
bis 25	bis 45	bis 70	bis 100

Moderne Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer

Jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.

Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 8-10 geöffnet.



EIN GUTER TRUNK AM STAMMTISCH UND IM HAUSE sind unsere Biere, weil reich an Nährstoffen und arm an Alkohol, daher nahrhaft und bekömmlich. Überall zu haben in Flaschen, Kannen und Syphons.

BÖHMISCHES BRAUHAUS NO 18. Teleph.: Amt Köpenickstadt 9088, 4088/90

Zähne Zahnärztliche Klinik

Chaussee-Straße 66, l. mit edlen Stühlen. Blomberg n. 150 M. Fast voll. Schmerzl. Zahnsicher. Umarbeitung schlechtes. Gebisse. Reparaturen sofort. 3 Jahre Garantie. Kinderbehandlung zu ermäßigten Preisen. Sprechzeit 9-3 Uhr. 151/6 Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Gewerkchaftliches.

Saarfiskus und Sicherheitsmänner.

Bei der letzten Beratung des preussischen Vergesetz im Dreiklassenparlament sprach der bekannte Zentrumsgewerkschaftler...

Voriges Jahr schon wurde öffentlich bekannt, daß christliche Sicherheitsmänner, die wegen ihres Eintretens für Ordnung und Sicherheit im Betriebe von der Verwaltung der fiskalischen Saargruben in ihrem Lohn geschädigt worden waren...

Nach dem Vergesetz können Sicherheitsmänner während ihrer Amtsperiode nicht entlassen werden, sofern sie sich keine groben Verstöße gegen die Arbeitsordnung oder gegen das Vergesetz zuschulden kommen lassen.

Auf der Grube Victoria bei Püttlingen war in einer Steigerabteilung ein äußerst gewissenhafter und pflichttreuer Sicherheitsmann tätig, der es durch seine Tätigkeit mit der Verwaltung längst verbunden hatte.

Auf diese oder ähnliche Weise hat sich der Saarfiskus manchen unbedeuten Sicherheitsmann vom Hals geschafft.

kündigt, wenn den Sicherheitsmännern durch vorher „eingetretene Verhältnisse“ das Mandat geraubt war.

Berlin und Umgegend.

Gegen die Organisationszersplitterung in der Handlungsgehilfenbewegung.

Der aus dem vertriebenen Bund der kaufmännischen Angestellten hervorgegangene Allgemeine Verband der kaufmännischen Angestellten hatte zur Gründung einer Ortsgruppe in Berlin eine Versammlung...

Die Brauereiarbeiter beschäftigten sich am Sonntag in einer überfüllten Versammlung mit der Frage: „Kündigen wir die im Jahre 1903 mit den Unternehmern vereinbarten Bestimmungen über die Bezahlung des Zuschusses in Krankheitsfällen usw.“

Am 1. Januar 1914 tritt der Teil der Reichsversicherungsordnung in Kraft, der die Bestimmungen über die Krankenversicherung enthält. Die dadurch bedingte Abänderung der Krankentageslohnbestimmungen...

In der Diskussion wurde beklagt, daß die Lage der Flaschenfellerarbeiter eine äußerst schlechte sei, besonders die Anforderungen an die Arbeitsleistungen der betreffenden Arbeiter steigen ins Ungemessene.

Der Vertreter des Böttcherbundes Klappich sowie der Vorsitzende des Bierbrauergesellenvereins traten ebenfalls für den Antrag ein, der einstimmig angenommen wurde.

Hierauf wurde scharfer Kritik an der Brauerei Greterjan und an der Deutschen Bierbrauerei in Bicheldorf geübt. Die Brauereien haben nämlich das Recht auf sogenannte Progenzeinstellung.

„Was sind und was wollen die Syndikalisten?“

Ein Arbeitsloser schreibt uns zu diesem Thema: In der (wohl syndikalistischen?) „Morgenpost“ fand ich folgendes Inserat:

Gausdiener, Vater, Kutscher sogleich Stellung. Mitgliedschaft erforderlich. Arbeitsnachweis Alexandrinenstraße 81. In der Hoffnung, endlich schnell Arbeit zu bekommen, begab ich mich in das Bureau dieses Arbeitsnachweises.

Wegen diese Stellen dazu beitragen, andere Arbeitslose vor Schaden zu bewahren. Das Geschäftsgebahren dieser Vereinigung gleicht auf ein Haar der Art von gewerbmäßigen Stellen-

Kleines feuilleton

Herrn Jergangs Erklärungen. Was zu der neuesten Aktion des Herrn v. Jagow zu sagen war, hat der „Vorwärts“ gesagt. Die Berliner Polizei hat abermals gezeigt, daß ihre Bedeutung für das Kulturleben des Volkes im saulen Staate Preußen mit der richtigen Elle gemessen werden kann.

Einige Blätter haben ihn um den Sachverhalt befragt, und mit bemerkenswertem Eifer hat er sich befaßt, ihnen — das ist in kurzen Worten der Sinn seiner Erklärungen — mitzuteilen, daß er ganz dieselbe Ansicht habe wie die Polizei und daß er auf den Wink der Polizei durchaus nicht habe zuworten brauchen.

Von einer Warnung des königl. Polizeipräsidenten kann keine Rede sein. Der vom Polizeipräsidenten entlassene Beamte teilte mir mit, daß der betreffende Verein ein sozialdemokratischer sei.

Und dieser Erklärung schließen wir noch einen Satz an, den die „Morgenpost“ anzuführen und der keinesfalls fehlen darf. Danach sagte Herr Jergang im Anschluß an die Aeußerung, daß er aus eigenem Willen auf die Mitwirkung an dem Bach-Konzert verzichtet habe: „Erst kurz darauf erhielt ich den Besuch von dem Beamten der Polizei.“

Herr Jergang zeigt sich erfreut, daß der Verein, von dessen Arbeit er sich in zwölfter Stunde zurückzog, edelste Musik in die Volksmassen tragen will, aber seine politische Gesinnung und seine löbliche Dienststellung verbieten ihm die Mitwirkung.

Arbeit er sich in zwölfter Stunde zurückzog, edelste Musik in die Volksmassen tragen will, aber seine politische Gesinnung und seine löbliche Dienststellung verbieten ihm die Mitwirkung.

Musik.

Ein Bach-Konzert: im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Berlin. „Kirchenmusik“ und Arbeiterklasse — wie reimt sich das zusammen! Dünkt es nicht ein Wagnis ohne gleichen, die Arbeiterklasse unseres Zeitalters mit dem alten Leipziger Thomaskantors in seelischen Rapport zu setzen?

In einer Epoche traurigster Verkommenheit hat Bach dem deutschen Geist wieder zum Siege verholfen. Wie Luther das Volk aus den Anarchistenhänden der papistischen Klerisei befreite, so löste Bach zwei Jahrhunderte später die Musik aus den Fesseln orthodoxer evangelischer Kirchlichkeit.

Almosenempfängerin. Kein Stein bezeichnet die Stätte, wo einst die Gebrüder des größten deutschen Musikers ruhten! ... Aber sein Werk bleibt unsterblich.

Es ist daher nur recht und billig, wenn versucht wird, das arbeitende Volk zu ihm hinauszuführen, und wir dürfen, nach dem Erfolge des ersten Konzerts zu schließen, sagen, daß es über alle Erwartungen glücklich ist.

Der Volkslieder-Abend, den der Männer- und Frauenchor Reußlin unter Leitung seines Dirigenten Joseph Viech im großen Saale der Neuen Welt veranstaltete, ließ keine Qualitätsleistung, doch gute Erwartungen für die Zukunft aufkommen.

Der Männerchor verfügt — den ersten Tag ausgenommen — über recht langhaft-biegsame Stimmen. Auf den Vortrag jedoch muß der Dirigent weit strenger Bedacht nehmen als es der Fall ist.

Frau Käthe Han gab sogenannte Volkslieder mit Lautenbegleitung zum besten. Leider auch — Kabarettspäße. Das alles war doch mehr auf bloße Unterhaltung angelegt und mutet im Rhythmus und Melodiegefüge etwas monoton an.

bermitteln, die dem Vermögen der Armen die letzten paar Groschen abnehmen.

Der Streik der Militärausrüstungsbetriebe C. Pöfe, Schleichstr. 18, K. Damaskale, Jüterbogstr. 9, Deutsche Militärausrüstungs-Gesellschaft, Alexandrinenstr. 14/15, sowie bei Ludewig, Lindenstr. 98, dauert unverändert fort. Die Unternehmer infizieren in allen möglichen Provinzialblättern, besonders in Ostpreußen und Schlesien, und suchen so die Situation zu retten. Da der Erfolg bisher sehr mäßig geblieben ist, so haben sie alle Hoffnungen auf die jetzt stattfindenden Referendarentlassungen gesetzt. In diesem Zweck wandte sich die Deutsche Militärausrüstungs-Gesellschaft an die verschiedenen Regimenter mit der Bitte, die zur Entlassung kommenden Sattler auf die sich bietende Arbeitsgelegenheit aufmerksam zu machen. Natürlicherweise hat man schämig verschwiegen, daß es sich um reguläre Streikbrecherhandlungen handelt. Aber auch so dürfte die Sache nicht allzu viel Erfolg haben; über kurz oder lang werden auch diese vier Firmen sich dem bestehenden Tarifverhältnis anschließen müssen.

Deutsches Reich.

Zum Streik im Stettiner Hafen.

In nur zu durchsichtiger Absicht wird das Gerücht verbreitet, daß der Hafenbetrieb trotz des Streiks aufrechterhalten werden kann. In Wirklichkeit arbeiten am Sonnabend am Dünz 4, am Ostka 1 und am Westka 4 Kräne. In den Schuppen arbeiten zirka 40 Mann. Diese nützlichen Elemente lassen dem Magistrat ein ganz schönes Stück Arbeit liegen. Die Kosten haben die Steuerzahler Stettins aufzubringen.

In den letzten Tagen sind wieder eine Anzahl Sistierungen vorgenommen worden. Sowie sich bekannte Arbeiter sehen lassen, werden sie der Strafen und Pfände in der Nähe des Freihafens und des Dünzigs lais bedrückt oder sie werden gleich festgenommen. Auch Angestellte des Gemeindearbeiterverbandes wurden sistiert. Oben das Verbot des Streikpostens ist Beschwerde beim Polizeipräsidenten eingelegt.

Die Situation ist für die Arbeiter nach wie vor günstig. Ausrunder haben sich so gut wie gar nicht gefunden. Stettiner Arbeiter bedanken sich für solche Dienste und Auswärtige arbeiten für derartig niedrigen Lohn nicht, steht doch Stettin mit seinen Löhnen für die Hafenarbeiter nicht nur von den Großstädten, sondern auch von den kleinen Städten an letzter Stelle.

Am Sonnabend wurde bekannt, daß in Hamburg für Stettin Streikbrecher angeworben seien. Am Sonntag sollte ein Trupp von 400 Mann nach Stettin abgehen. Vermittler ist die Streikbrecherfirma Herzberg in Blankenese bei Hamburg. Mit den abiserten 400 wurde es aber nichts. Der Herr Lieferant bekam nicht einmal den zehnten Teil der abiserten Anzahl zusammen. Wie wir erfahren, soll nun am Dienstag ein großer Schuß abgehen.

Der Magistrat hat jetzt weitere Maßregeln gegen die Streikenden angekündigt. An den Aufschlagsflächen prangt seit dem 20. September ein Plakat folgenden Inhalts:

Die Stettiner Arbeiter

werden hiermit aufgefordert, sich bis Montagmittag, 12 Uhr, zur Arbeit im städtischen Hafen zu melden. Soweit dies nicht in dem erforderlichen Umfang geschieht, werden wir genötigt und in der Lage sein, vom nächsten Tage ab auswärtige Arbeitskräfte zur Aufrechterhaltung der Betriebe heranzuziehen.

Der Magistrat.

Weiter verhandelt die städtische Hafenverwaltung:

„Da die im Auslande befindlichen städtischen Hafenarbeiter ihre früheren Arbeitsstellen nicht mehr betreten dürfen, sind ihre Invalidentarifen auf dem städtischen Arbeitsnachweise, Frauenstraße 31, abzugeben. Dasselbe können dieselben gegen Rückgabe der allgemeinen Bedingungen, der Schenkungen für den Arbeiterausdruck, des Kronenfaßbuches und etwaiger weiterer besonderer Dienstvorschriften und unter Abgabe einer Empfangsbekundung in Empfang genommen werden, soweit die betreffenden Arbeiter in der Lage sind, sich glaubwürdig zu legitimieren.“

Die städtische Hafenverwaltung.

Humor und Satire.

Ein Bismardium zum ersten. I

In Polen, wo der Pole haust
Und sich trotz allen Durraschreien
Nicht öfter als der Deutsche laust,
Da wollte man den Bismarck feiern
Und haute im Begeisterungsturm
Als deutschen Wesens Hort und Stütz
Dem Kongler einen Ehrenturm —
In Meierig!

Jedoch das deutsche Stücken Land,
Das man dadurch dem Reichsgedanken
Gewonnen, dieses Stücken stand
Nicht fest, sieging plöblich an zu schwanken
Fast so wie der Ostmarkenkurs.
Die deutsche Fische traf der Blig!
Der Bismardium ging in Konkurs —
In Meierig!

Jetzt sitzt und klagt der Palastik,
Er muß den Turm ja wieder steigern
Und wie! Denn Ritzarbeiten ist
Den Polen ja nicht zu verweigern.
Da steht der Patriot ein Woll!
Was ist das Durraschrein denn nütz,
Wenn man den Beutel ziehen soll —
In Meierig!

Notizen.

— Theaterchronik. In Reinhardts Neueinstudierung von Goethes „Torquato Tasso“ für das Deutsche Theater werden die fünf Rollen von Ute Heims, Leopoldine Konstantin und von Alfred Abel, Alexander Wolff und Eward v. Winterstein gespielt. — Im Schiller-Theater, Charlottenburg wird am Freitag der vieraktige Schwant „Die Großstadtluft“ von Blumenthal und Adelburg zum erstenmal gespielt. Am Dienstag nächster Woche findet die erste Aufführung des Lustspiels „Wenn der junge Wein blüht“ von Björnson statt. — Im Trianon-Theater findet die Erstaufführung des Armonischen Lustspiels „Seine Geliebte“ (Mari-Garçon), Deutsch von Erich Novak, am kommenden Sonnabend statt.

— Deutscher Naturforschertag. Der Vorstand der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte, deren Tagung in Wien gestern begonnen hat, beschloß, daß der nächste Kongress in Hannover abgehalten werden soll. Er besaßte sich ferner mit der Anregung, eine Reform des deutschen naturwissenschaftlichen Kongresswesens durchzuführen und den großen Naturforschertag bis alle zwei Jahre abhalten zu lassen.

— Das Telephon der Milliarden. Eine amerikanische Gesellschaft hat die Schöpfung einer direkten Telephonverbindung von New York mit San Francisco und Los Angeles unternommen, doch werden sich das Vergnügen, sich auf eine Entfernung von 5600 Kilometern hin zu unterhalten, nur sehr reiche Leute gestatten können. Die Anlage ist nämlich außerordentlich teuer; die Drähte bestehen aus absolut reinem Kupfer und haben einen Durchmesser von 5 Millimeter; alle 14 Kilometer wird eine Verstärkungsstation eingerichtet. Da zudem zwischen New York und San Francisco ein Zeitunterschied von 8 Stunden besteht, so wird die praktische Benutzungsdauer der Linie sehr beschränkt. Man hat daher den Preis für ein Gespräch von 3 Minuten auf 20 Dollar festgesetzt.

Auch dieser Bluff wird seine Wirkung verfehlen. Dies kam in der am Sonntag stattgefundenen Versammlung der Streikenden zum Ausdruck.

Der Streik erfährt in den nächsten Tagen eine ziemlich Ausdehnung. Die bei der Kaufmannschaft und bei den Speiteuren beschäftigten Arbeiter haben am 20. September beschlossen, vom 22. September ab die Arbeit einzustellen, so daß an diesem Tage zirka 1000 Mann streiken. Durch die Halsstarrigkeit der städtischen Behörden ist diese Ausdehnung des Kampfes heraufbeschworen worden.

Andere Arbeiterkategorien beschließen Sympathiekundgebungen für die Streikenden. So die am Gaswerk Beschäftigten. Auch die Schiffarbeiter (Kontraktarbeiter) am Freihafen haben in einer Versammlung am Sonntagvormittag eine Entschlieung angenommen, die den streikenden städtischen Hafenarbeitern in ihren durchaus gerechten Forderungen volle Sympathie ausdrückt. Sie ermahnen den Magistrat, den Arbeitern Entgegenkommen zu zeigen, da sonst ein allgemeiner Streik des Stettiner Hafengebietes schwere wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen kann. Die Versammlung nahm weiter zu der polizeilichen Bewachung im Freihafen Stellung. Wegen die polizeiliche Aufsicht und die polizeilichen Schikanen wurde protestiert.

Alle Verantwortung für eine weitere Ausdehnung des Streiks hat jetzt der Magistrat. Er hat es in der Hand, ob zu dem am Montag, den 22. September d. J., streikenden 1000 Mann noch weitere 1000 hinzukommen sollen.

Die Lohnbewegung der Buchbinder in Osterwieck a. S. ist beendet. Die durch den Bezirksleiter und den Gauobmannsmitgliedern des Buchbinderverbandes mit den beteiligten Firmen, unter Mitwirkung eines Vertreters des Industrie- und Gewerkschaftsverbandes Verhandlungen führten zu folgendem Ergebnis: Die wöchentliche Arbeitszeit von bisher 54 und 53 1/2 Stunden wird auf 53 Stunden verkürzt. Die Minimallohne der Arbeiter erfahren eine Erhöhung von 7 1/2 Proz. Solche Arbeiter, die die angelegten Minimallohne bereits erhalten, bekommen ebenfalls eine Zulage von 7 1/2 Proz. zu ihrem bisherigen Lohne. Der Tarif läuft vom 1. Oktober 1913 bis 31. Dezember 1916.

Konsumvereinsarbeiter und Gewerbegerichtswahl.

Der Stadtrat in Jittau hat die Arbeiter des dortigen Konsumvereins, der neuerdings zu einer Wirtschaftsgenossenschaft für einen größeren Bezirk umgewandelt wurde, von der Vertätigung an der Wahl der Gewerbegerichtsmitglieder mit der Begründung zurückgewiesen, der Betrieb sei nicht mehr als gewerblich anzusehen. Der Stadtrat berief sich dabei auf das neue Statut, in dem gesagt wird, daß die Wirtschaftsgenossenschaft die Förderung der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezweckt unter grundsätzlicher Ausschließung gewerbmäßiger Gewinnerzielung. Seit über zehn Jahren beteiligten sich die Genossenschaftsmitglieder an der Wahl. Das Gewerkschaftsamt Jittau wußte die Entscheidung des Stadtrats anfechten.

Ausland.

Buchbinderstreik in England. Ein in voriger Woche bei der Firma J. Burn u. Co. in London ausgebrochener Streik der Buchbinder und Buchbinderarbeiten, an dem schon von Anfang an etwa 500 Personen beteiligt waren, ist inzwischen auch auf Essex, Surrey, Edinburgh und andere Orte in England und Schottland übergesprungen und dürfte noch weiteren Umfang annehmen. Während zunächst durch den Streik verhindert werden sollte, daß die Firma J. Burn u. Co. ihre bisher in London angefertigte Arbeit in Filialbetrieben von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen herstellen ließ, wächst die Bewegung sich nach und nach zu einem allgemeinen Kampf gegen die Heranziehung ungelernter und billiger Arbeitskräfte in den Beruf aus. Zugang von Arbeitskräften ist strengstens ferngehalten!

Aus aller Welt.

Kulturbilder.

Im „Prager Tageblatt“ vom 17. d. M. veröffentlichte ein Menschenfreund, der seine lieben Nächsten richtig einzuschätzen weiß, das folgende Inserat:

Titel und Orden

gegen eine im Nachhinein zu entrichtende Stiftungslage.
Antr. 17/9. 1913 unt. „Ohne Vorwissen“. Prag. —

Zur gleichen Zeit war in der Wiener „Neuen Freien Presse“ dieser Aufruf zu lesen: „Ein akademisch gebildeter Oesterreicher, der 20 Jahre seines Lebens ausschließlich der Flugforschung und Flugtechnik gewidmet und anerkannte Werke auf diesem Gebiet geliefert hat, befindet sich in drückender Notlage. Es fehlen ihm nicht nur die Mittel zur Fortsetzung seiner konstruktiven Arbeiten, sondern auch das zum Leben unbedingte Nötige. Die ununterbrochenen finanziellen Opfer für seine Forschungen haben den Mann schließlich an den Bettelstab gebracht und er steht sich heute mit Frau und zwei Kindern dem Nichts gegenüber. Er mußte seinen Hausstand auflösen und seine bescheidene Habe veräußern, da er die Kosten für die Wohnungsmiete nicht aufzubringen vermochte. Das fortwährende Hungerleben hat diesen eifrigen und tüchtigen Forscher so zermürbt, daß seine Freunde das Schlimmste befürchten. Die Redaktion ist gern bereit, Spenden entgegenzunehmen und auszuweisen, die wenigstens augenblicklich die verzweifelte Notlage eines akademisch graduierten Mannes, der seine ganze Tätigkeit der Luftschiffahrt und Flugforschung gewidmet hat, zu lindern vermögen.“

Daß der wohlgemeinte Aufruf einen größeren Erfolg haben wird, als den, daß der ins Unglück geratene Erfinder soviel Betteilgroßen erhält, um seinen Hunger acht oder vierzehn Tage zu stillen, darf man wohl bezweifeln. Dafür wird aber der Weizen des Titel- und Orden-Schänderers um so mehr blähen.

Die Cholera in Rumänien.

Zimmer weitere Gebiete Rumaniens werden von der Cholera ergriffen. Nach den letzten amtlichen statistischen Nachweisen hat die furchtbare Seuche in 206 Gemeinden des Landes Eingang gefunden. Die Gesamtzahl der alten Erkrankungen an Cholera beziffert sich auf 1131, die der neuen auf 99. Die Zahl der Gestorbenen beträgt 45, die der Genesenen 51, es bleiben also noch 118 Kranke. Am Sonntag wurde eine sozialistische Versammlung durch die Polizei verhindert, weil zur Vorbeugung gegen die Cholera Menschenansammlungen verboten sind.

Reiseflexplosion auf einem Djeandampfer.

Auf dem Dampfer „Berlin“, der am Sonnabend den Hafen von New York verließ, um nach Kapael zu fahren, platzte ein Dampfessel, wobei die Maschinenisten Hermann Wolff und August Kleinschmidt durch das siedende Wasser verbrüht wurden. Der Dampf lehrte zurück und brachte die Verletzten in das Spital, wo Wolff in der Nacht gestorben ist. Einige Stunden später starb auch Kleinschmidt.

Kleine Notizen.

Ein Opfer des Radsports. Der bei den Radrennen in Halle a. S. verunglückte Radsfahrer Lange aus Erfurt ist im Krankenhaus am Sonntag abend seinen schweren Verletzungen erlegen.

Revolvententat eines Geisteskranken. In der französischen Ortschaft Melun feuerte ein Mann mehrere Revolverkugeln auf eine Prozession ab. Der Domherr Caudron wurde durch zwei Kugeln schwer und ein neunzehnjähriges Mädchen leicht verletzt. Der Täter, ein Mann namens Sige, der vor mehreren Jahren aus einem Irrenhause entlassen worden war, wurde verhaftet.

Automobilkatastrophe in Frankreich. Bei St. Paul im Departement Bas-de-Calais fuhr ein mit drei Personen besetztes Automobil, dessen Lenker dem Schlagbaum eines Bahnüberganges ausweichen wollte, durch die Hede des Bahndammes auf das Gleis, wurde von einem Zuge erfasst und an hundert Meter weit geschleift. Zwei Insassen des Automobils wurden getötet, der dritte wurde in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

60 000 Kronen unterschlagen. Der 36-jährige Ingenieur Ernst Blahner in Budapest ist nach Unterschlagungen von 60 000 Kronen flüchtig geworden.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Grenadierstraße 37, Hof geradezu, 1 Treppe.

Lehrplan für das 4. Quartal 1913.

Montag, den 6. Oktober: Geschichte (Griechische Geschichte)

1. Die griechische Vorzeit. Griechenland und der Orient. — 2. Sagenzeit und dionische Wanderung. — 3. Ständekampf und Tyrannis. Athen und Sparta. — 4. Die kleinasiatischen Griechen und die Kolonien. — 5. Griechenland in der Zeit der Perserkriege. — 6. Das Zeitalter des Perikles. — 7. Der Peloponnesische Krieg und die gleichzeitigen inneren Umwälzungen. — 8. Die griechischen Freistaaten im 4. Jahrhundert. Die Griechen in Sizilien. — 9. Griechenlands Unterwerfung durch die Mazedonier und die Eroberungsgänge Alexanders des Großen. — 10. Die Zeit des Hellenismus.

Vortragender: Dr. A. Conrad.

Dienstag, den 7. Oktober: Naturerkenntnis.

Einleitung: Natürliche und übernatürliche Weltanschauung.

Erster Teil: Weltall und Sonnensystem.

1. Die historische Entwicklung des astronomischen Weltbildes. — 2. Die Hilfsmittel der Astronomie. — 3. Unser Sonnensystem. — 4. Die Weltentstehungstheorien.

Zweiter Teil: Geschichte der Erde.

1. Die Kräfte der Erdentwicklung. — 2. Die geologischen Zeitalter.

Vortragende: Käthe Duncker.

Mittwoch, den 8. Oktober: Literaturgeschichte des neunzehnten Jahrhunderts. Erster Teil:

1. Gesellschaftliche und kulturelle Zustände in Deutschland um die Jahrhundertwende. — 2. Die Beziehungen des eigentlichen Volkes zur Dichtkunst. — Der Weimarer Klassizismus am Anfang des Jahrhunderts. — Schillers letzte Lebensjahre. — 2. Goethes Lebenshöhe und Alterschaffen. — Faust — Dichtung und Wahrheit. — Die Wahlverwandtschaften usw. — 3. Hölderlin. — Jean Paul. — Schund- und Unterhaltungsliteratur zu Goethes Zeiten. — 4. Die Dichter der Befreiungskriege. — Heinrich v. Kleist. — 5. Die Wurzeln der Romantik. — Die Brüder Schlegel, Tieck, Novalis. — 6. Arnim und Brentano. — Des Knaben Wunderhorn. — Die Brüder Grimm. — 6. Eichendorff. — E. T. A. Hoffmann. — Die Schicksalstragödie. — 7. Die unpolitische Dichtung. — Die schwäbischen Dichter. — Rückert. — Platen. — Aus der Dichterschar der dreißiger und vierziger Jahre. — 8. Die österreichischen Dichter: Lenau u. a. — Grillparzer. — Heibel. — 9. Die politische Dichtung. — Das junge Deutschland. — Heinrich Heine. — 10. Deutsche Revolutionsdichtung. — Die politischen Dichter Oesterreichs.

Vortragender: Ernst Däumig.

Donnerstag, den 9. Oktober: Praktische Nationalökonomie.

Vortragender: Dr. E. David.

Freitag, den 10. Oktober: Gewerkschaftswesen (Geschichte der Gewerkschaften).

Von der Entwicklung des Handwerks bis zum Großkapitalismus der Gegenwart — Verleger-system, Manufaktur und Kooperation. — Fabriksystem und Industrie. — Der Kapitalismus der Gegenwart. — Vorläufer gewerkschaftlicher Organisationen. — Brudersschaften und Zünfte. — Zunftverfassung. — Gesellenverbände. — Zerfall der Zünfte und Gesellenorganisationen. — Reichsabschied von 1791. — Die Arbeiterverbrüderung 1848/49. — Anfänge moderner Arbeiterorganisationen in Deutschland. — Internationale Arbeiterassoziation. — Vereinigung. — Allgemeiner deutscher Arbeiterverein. — Sozialdemokratische Partei. — Liberale Partei. — Selbständige Gründung von Gewerkschaften. — Polizeiliche Verfolgungen und Sozialistengesetz. — Von 1874 bis 1878. — Das Sozialistengesetz (1878 bis 1890). — Wiederaufbau gewerkschaftlicher Organisationen (1884 bis 1890). — Zentralisations-Bestrebungen. — Einigung der Arbeiterparteien Deutschlands 1875. — Gewerkschaftskonferenzen und Kongresse. — Entwicklung der Freien Gewerkschaften seit 1890. — Ausbau der Unterstützungseinrichtungen. — Mitglieder, Finanzen, Streiks und Lohnbewegungen. — Die gegnerischen Gewerkschaften. — Entwicklungstendenzen der deutschen Gewerkschaften.

Vortragender: Emil Dittmer.

Sonntag, den 11. Oktober: Geschichte des Sozialismus.

Erster Teil: Altertum und Mittelalter.

Was ist Sozialismus? — Soziale Verhältnisse und soziale Ideen. — Der Urkommunismus. — Soziale Bewegungen im Altertum. — Die platonische Staatsidee, ihre Anhänger und Gegner. — Der Kommunismus im Urchristentum. — Die soziale Rolle der Kirche. — Die Klöster. — Die Reformation. — Der Bauernkrieg. — Kommunistische Sekten im Mittelalter. — Thomas Münzer. — Die soziale Struktur zu Ausgang des Mittelalters: Feudalismus, Handel, Handwerk, beginnender Kapitalismus.

Vortragender: Emil Eichhorn.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende. Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr.

Die reichhaltige Bibliothek ist an den Unterrichtsabenden von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf., das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kursus im Schullekal Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstraße 40a; Karl Barnimstraße 42; Vogel, Lortzingstr. 37; W. Kaczorowski, Ravanestr. 6; Horsch, Engelauer 15.

Besondere Veranstaltungen:

Sonntag, den 28. September, abends 7 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße, gr. Saal: Vortrag des Genossen M. H. Baego über: „Unsere Kenntnis des prähistorischen Menschen“ mit Lichtbildern.

Sonntag, den 12. Oktober, abends 6 Uhr, im Schullekal, Grenadierstraße 37: Vortrag des Gen. Franz Diederich über: „Ludwig Büchner“.

Sonntag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, im „Königsstadt-Kasino“, Holzmarktstr. 72. Referent und Thema werden noch bekanntgegeben.

Sonntag, den 2. November, abends 6 Uhr, im Schullekal, Grenadierstraße 37, Vortrag des Herrn Ernst Reuter über: „Die nationale Frage in der Geschichte des 19. Jahrhunderts“.

Sonntag, den 23. November, abends 6 Uhr, im Schullekal.

Sonntag, den 7. Dezember, abends 7 Uhr, im „Königsstadt-Kasino“, Referent und Thema werden durch Inserat bekanntgegeben.

Am Sonntag, den 9. November, findet in den „Industrie-Festhallen“, Benthstraße, ein „Lustiger Abend“ unter Mitwirkung bewährter Kräfte statt.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann Lammé, Berlin-Lichtenberg, Rittergutsstr. 25 1, Geldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 56, zu richten. Der Vorstand.

Theater.

Dienstag, 23. September 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Opernhaus. Der Bildhauer.
Schauspielhaus. Schwannentanz.
Deutsches. Der lebende Leinwand.
Deutsches Künstlertheater. Wilhelm Tell.
Birkens Schumann. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Irania. Mit dem Imperator nach New York.
Sessing. Professor Bernhardt.
Kammertheater. Französische Komödienhaus.
Theater des Westens. Gräfin Fifi.
Neues Opernhaus (Kroll). Der Bildhauer.
Kleines. In Ungleichheit Amen. Paul und Paula. Der Barbier von Serravallo.
Berliner. Himmelsstempel.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frauen.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Deutsches Opernhaus. Die Jüdin.
Montis Operetten. Der lebende Leinwand.
Schiller O. Cyrano von Bergerac.
Schiller Charlottenburg. Die Stützen der Gesellschaft.
Thalia. Puppentheater.
Theater am Nollendorfplatz. Die Kino-Königin.
Metropol. Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Kasino. Der Affenreißer oder Garuso auf Felleisen.
Tranon. Der abgerissene Glockenzug.
Sternfeld. Was sagen Sie zu Leibsch?
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Birkens Busch. Galavorstellung.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Rebens. Im Gefängnis.
Zurückspielhaus. 777-10.
Rose. Die Schiffbrüchigen.
Luffen. Die falsche Nobilität.
Folies Caprice. Ritter Baldrian.
Walhalla. Der Liebesonkel.
Boigt. Wohlthäter der Menschheit.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Kubber Rems.
Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Ebbelkeit: Firt in St. Moritz.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-52.

Residenz-Theater 8 1/2 Uhr
Im Ehekäfig.
(Les Mariis en cage)
Schwanz in 3 Akten v. Antony Mars und Maurice Desvallières
Norg. u. folg. Lage: Im Ehekäfig.
Sonntag, 29. Sept., nachm. 3 Uhr:
Der Schlafwagenkontrolleur.

Montis Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)
Täglich abends 8 Uhr:
Der lachende Ehemann.

Deutsches Künstlertheater Sozietät
Nürnbergstr. 70/71, am Zoo.
Dienstag 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.
Mittwoch: John Gabriel Borkman.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132
Abends 8 1/2 Uhr:
Die Schiffbrüchigen.
Theaterstück in 3 Akten v. Strindberg.
Morgen:
Die Schiffbrüchigen.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Militär-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo: 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar.: 1 M. v. d. Straße, 0,50 v. Zoo.
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

Neu! Neu! AQUARIUM
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Gr. Aufführungsgest. m. Gef. u. Tanz in 19 Bild. m. vollständ. freier Benutzung des Jules Verne'schen Romanes von
Julius Freund.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gef. v. Dir. Richard Schultze.
Karl Bachmann, Joseph Glampietro, Guido Thielscher, Alfred Schmasow, Leopold Wolf, Ludwig Wolf, Helene Ballot, Ida Russka, J. de Lande.
Son 9-11 Uhr:
Metropol-Bar
Rendezvous der vornehmen Lebewelt.
2 Kapellen.

Casino-Theater
Rothkirchstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Einzig. Varietätstheater. I. Rang.
Neu! der phänomenale Jules Chory.
Magagnò Truppe. Der rote Domino.
Der Aktien-Tenor
oder Caruso auf Teilung.
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Am grünen Strand der Spree.

Passage-Panoptikum
Der Mann mit der eisernen Faust
d. größt. Kraftphän. aller Zeiten lebend zu sehen!
AGA
die schwabende Jungfrau.
Buddha
die geheimnisvolle Tafel.
Alles ohne Extra-Entree!

Voigt-Theater
Gadstraße 35.
Morgen Mittwoch, d. 24. September:
Die Mönche im Nonnenkloster.
Lustspiel in 3 Akten von Wittmann.
Raffenschn. 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Tranon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Untreu.
Vorch. Der abgerissene Glockenzug.

City-Park
Am Bahnhof Friedrichstraße.
Größt. Volksschau Berlins
50 Schaugeschäfte 50
Bühnen Gr. Hippodrom-Noblesse
und 10 Attraktionen.
Geöffnet: täglich nachm. 4 Uhr
Sonn- und Feiertage nachm. 3 Uhr
bis 11 Uhr abends.
Eintritt frel.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Familien-Vorstg. mit herrl. Progr. zu ermäßig. Preisen.
Zog. 1 St. Balkon
75 Pf. Entree (um die Mittelreihen zu lassen) 50 Pf.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. Walthalla-Theater.
8 1/2 Uhr: Die falsche Nobilität. Täglich 8 1/2 Uhr:
(Raffes. II. Teil.) Der Liebesonkel.
Mittwoch: 'Web' dem. der Lügt! Voffe m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor. Tel.: Ernst Liebling.
Dienstag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr:
Populäres Konzert des
Blüthner-Orchesters (60 Künstler)
und des Männerchors
Fichte-Georgina 1879 (Mitglied des D. H. S. S.)
Dirigent für Chor und Orchester Th. Gervais.
Abendkasse 75 Pf., Billets im Vorverkauf a 30 Pf. sind bei den 'Bordoir'-Spezialitäten Zucht, Immamalkirchstraße 12 und Hanisch, Wäckerstr. 174, bei den Vereinsmitgliedern und in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musikkorps Kaiser-Franz-Garde-Granad.-Regts. Dirig. Oberm. A. Becker.
Berliner Konzerthaus-Orchester mit einem Vokalquartett.
Leitung: Komponist Frz. v. Blon
und als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.



Urbin
strahlt gar zu schön sagt Rieke wenn ich auf meine Stiebeln kieke
In Dosen zu 10, 20 u. 25 Pfg. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Möbel-Kredit
Kredithaus Frankfurter Tor
vormals J. Ostrowski
No. 1 Gr. Frankfurter Str. No. 1
(bitte auf meine Hausnummer zu achten)
Liefert bei kleinsten An- und Abzahlungen
Möbel auf Kredit
— Riesen-Auswahl —
Anzahlungen auf Stube und Küche
von **15 Mark** an.
Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an.
Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Insertat ausschneiden! Mitbringen! Wert 5 Mark.
Sonntags geöffnet

Gutes Mittagessen!
Suppe, Braten, Gemüse, zusammen 15 Pf.
Nach Anleitung unserer gratis beigelegten Kochanweisung verwendet, besitzt 1 Pfund Ochsen-Extrakt a 1 M. den Gebrauchswert von zirka 10 Pfund frischem Ochsenfleisch. Man kann daher mit zirka 30-40 Gramm (ein gut gehäufte Teelöffel voll) Ochsen-Extrakt eine Person ein sehr wohl schmeckendes, nahrhaftes Mittagessen mit dem Geschmack und Nährwert einer besonders kräftigen, würzigen
Fleischsuppe mit Gebratenem,
Bratensauce mit Gemüse, zusammen für 15 Pf.
herstellen. Ochsen-Extrakt ist in den Kolonialwaren-Handlungen käuflich. Dose a 1 Pfund netto 600 Gramm 1 M., Dose a 1/2 Pfund 55 Pf. Wo noch mehr zu haben, senden wir direkt an Private eine Probendose a 1/2 Pfund netto 250 Gramm zu 70 Pf. per Post franko nach jedem Orte Deutschlands. Zahlung nach Empfang und Gutbefund. Nichtgefallendes nehmen, auch angebrochen, jederzeit zurück. Ochsen-Extrakt ist unbeschränkt haltbar und uns beim Kaiserlichen Patentamt Berlin gesetzlich geschützt.
Altona-Ottensen, Mohr & Co., G. m. b. H.

Zirkus Alb. Schumann
Heute Dienstag, d. 23. Sept. Anf. 7 1/2 Uhr Ende 11 Uhr
Gr. Elite-Vorstellung.
U. a.
10 Bengalische 10 Königstiger
vorgel. von Herrn Sawado.
Zoolog. Poipourri
Mit Octavia
Die boxenden Katzen
Entkleidungsszene in der Luft
Als Zoo
u. das übrige Glanzprogramm.

Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. d. Berl. Reichstagswahlkreis.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Genosse, der Schanzen
Julius Döring
Häufigstr. 6, Bezirk 234
gestorben ist.
Ohre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. d. Berl. Reichstagswahlkreis
Am 30. d. Mts. verstarb unser Genosse, der Bureaubeamte
Johannes Schlemann
Schwedter Str. 21, Bezirk 508
Ohre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr von der Halle des Friedhofes der Pankowgemeinde in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsgaststätte Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner
Artur Herzog
Kartensdorf, Richterstr. 50
am 20. d. Mts. an Lungenerleiden gestorben ist.
Ohre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichshagen-Friedhofes in der Pappelsallee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
Ortsverwaltung Berlin, Bezirk 10.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Herman Raddant
am 20. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme meines Verstorbenen
Paul Thielmann
in so überaus großer Nähe zutell gemachten Eörungen und Beweise beraliger Teilnahme, insbesondere dem Sozialdemokratischen Wahlverein 4, den Parteigenossen und Genossen des freien Gasts und Ehrenwarts, den Kolonisten von Neu-Berlin, dem Arbeiter-Rundschub, dem Rauchklub 'Gardner' sowie den Stammesgenossen meinen innigsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Ausscheiden meines lieben Mannes
Wilhelm Stephan
lage ich allen Beteiligten, dem Vorstand, dem Zentralverband der Wagenbauer und Helfer und Berufsgenossen Deutschlands, sowie den Herren Bräuern und dem gesamten Personal der Deutschen Bierbrauerei meinen tiefgefühlten Dank.
Spanden, 20. September 1913.
Frau Josephine Stephan nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme meines Verstorbenen
Paul Thielmann
in so überaus großer Nähe zutell gemachten Eörungen und Beweise beraliger Teilnahme, insbesondere dem Sozialdemokratischen Wahlverein 4, den Parteigenossen und Genossen des freien Gasts und Ehrenwarts, den Kolonisten von Neu-Berlin, dem Arbeiter-Rundschub, dem Rauchklub 'Gardner' sowie den Stammesgenossen meinen innigsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Ausscheiden meines lieben Mannes
Wilhelm Stephan
lage ich allen Beteiligten, dem Vorstand, dem Zentralverband der Wagenbauer und Helfer und Berufsgenossen Deutschlands, sowie den Herren Bräuern und dem gesamten Personal der Deutschen Bierbrauerei meinen tiefgefühlten Dank.
Spanden, 20. September 1913.
Frau Josephine Stephan nebst Kindern.

Zirkus Busch.
Dienstag, 23. Sept. abends 8 Uhr:
Die neue Pantomime
Aus unseren Kolonien.
Delg. Pantomime d. J. St. Busch.
Belonders hervorzuheben:
Unter Afrikas Sonne. — Der Fingerring. — Afrikanische Kletterkünste.
Vorher das gr. Galt-Programm:
R. Weiss-Wandereisen
Md. Sotca und Partner!
Frl. Schreiber-Delofson, Schulmeisterin 2c. 1c.

Admiralspalast
Einziges Eispalast mit prunkvollen Eishallen.
Flirt in St. Moritz.
Tango auf dem Eis — Charlotto.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- u. Bier-Abteilung.
Beginn d. Vorstellung 9 1/2 Uhr.
Auch während der Vorstellung kann gespaselt werden.

Am 21. d. Mts. nach langem, schwerem Leiden mein geliebter Mann, unser sorgloser Vater, Bruder, Schwager und Schwieger-vater, der Portefeinler
Fritz Radlo.
Dies zeigt bestatigt an
die trauernde Witwe
Pauline Radlo
geb. Gleibe.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. Mts., von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 153/13

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranz-spenden bei der Beerdigung meines lieben, nach langem, schwerem Leiden verstorbenen Enkels
Paul Nesse
lage ich allen Beteiligten, den Hest, Geketen und Beerdigern der Firma Feher u. Rube, seinen Jugendfreunden, seinen Mitspielern der S. Pflanzschule M. 75 sowie den Vätern der Jungenkassenhaft Dealy B. III meinen herzlichsten Dank.
Bro. H. Zimmermann.

Orts-Frankenkasse
der
Zigarrenmacher, Zigarettenmacher
Zigarrensortierer und deren gewerblichen Hilfsarbeiter
zu Berlin.
Bekanntmachung.
Zur Befriedigung des königlichen Ober-versicherungsamts Groß-Berlin vom 30. August d. J. wird die Kasse am 31. Dezember 1913 geschlossen und gehören die Betriebe sowie die Versicherer einsehr. der freiwilligen Versicherer vom 1. Januar 1914 ab der Allgemeinen Orts-Frankenkasse der Stadt Berlin an.
Am 23. September d. J. finden die Nachschußzahlen statt und werden Wahlkarten für Mitglieder der bisherigen Kasse von dieser ausgestellt. Zu diesem Zweck ist das Rollen-lokal aus abends von 5-7 Uhr ge-öffnet.
Gemäß § 301 der A.-O.-O. bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß etwaige Gläubiger ihre Ansprüche innerhalb drei Monaten im Rollen-lokal geltend zu machen haben. Später einlaufende Forderungen können verworfen werden.
Der Vorstand.
Willi Tschuschner, 1. Vorsitzender.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch alaz, Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden.
Aenderungen sofort.

Möbelstoffe
Letzte Neuheiten, auch Reste!
Mocquettplüsch 4 bis 130 cm breit.
Muster bei näher. Angabe franko
Berlin, Oranien-straße
Emil Lefèvre 158

Von der Reise zurück 153/13
Dr. Paul Christeller.

Zur Schulentlassung.

Ein Wort an die Arbeitereltern!

Jungdeutschland rüftet sich zu neuen Taten. Die Zeit der hundertjährigen Wiederkehr des Tages der Völkerschlacht bei Leipzig rückt heran — für alles, was Patriotenanficht trägt, Grund genug, um einen Nummernlauf vorzubereiten, der alles auf dem Gebiete der Gedenktage bisher Dagewesene in den Schatten stellen soll.

Der bevorstehende Kummel hat eine erste Seite insofern, als sich die Veranstalter desselben davon eine ganz besonders eindrucksvolle Wirkung auf die Jugend versprechen. Zumal wieder die Zeit herangekommen ist, in der Tausende junger Proletarierkinder die Schule verlassen, um in das Erwerbsleben einzutreten.

Erfreulicherweise haben sich die Dinge auf dem Gebiete der Jugendbewegung in der letzten Zeit so weit geflärt, daß man eigentlich nur noch von zwei feindlichen Heerlagern reden kann: die bürgerliche Jugendpflege — die proletarische Jugendbewegung.

Zweifellos bedeutet die bürgerliche Jugendbewegung für uns eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Sie umfaßt in ganz Deutschland etwa 1 1/2 Millionen Mitglieder, davon entfallen auf den Jungdeutschlandbund ungefähr 500 000 Mitglieder.

Jetzt zur Zeit der Schulentlassung ist wieder der geeignete Augenblick gekommen, in dem für alle Arbeitereltern die Parole gilt: Die Augen auf! Schaut zu, daß Eure Söhne und Töchter nicht in die Fänge jener Vereine geraten, die zwar viel von Frömmigkeit und Erleichterung der Jugend reden, deren Zweck aber darin besteht, die Jugend der Gedankenwelt des Klassenbewußten Proletariats zu entfremden.

Darum rufen wir allen Arbeitereltern zu: Abonniert für Eure schulentlassenen Söhne und Töchter die „Arbeiter-Jugend“, die wirksamste Waffe der proletarischen Jugendbewegung und das beste Bildungsmittel für die arbeitende Jugend!

Der 36. Brandenburgische Städtetag

trat am Montag in Spandau zusammen. Von den 140 Städten Brandenburgs gehören ihm 131 an. Den Vorsitz führte Oberbürgermeister Koele (Spandau). Als Vertreter der Regierung beehrte Regierungspräsident v. d. Schulenburg die Teilnehmer mit einer Ansprache, in der er auch den Fall Lanke freistellte.

zu der schnellen und mächtigen Entwicklung auszusprechen, die die Gemeinden in den letzten Jahren genommen haben. Die besondere Aufmerksamkeit wendet die Regierung den kleinen Landstädten zu, die sehr unter der Flucht der Bevölkerung nach der Großstadt zu leiden haben.

Über die „Förderung des Kleinwohnungsbaues durch Gewährung städtischer Hypotheken“ referierte Justizrat Dr. Baumert (Spandau). Zweifellos besteht, führte er aus, eine Not im Kleinwohnungswesen, sie ist aber vielfach hervorgerufen durch die Not des städtischen Haus- und Grundbesitzes.

Der Antra Baumert wurde angenommen. Aus der Sänglingsfürsorge der Stadt Berlin. Die Berliner Sänglingsfürsorgestellen haben im Etatsjahr 1912 (1. April 1912 bis 31. März 1913) eine sehr erhebliche Steigerung ihres Betriebes erlebt.

Aus der Sänglingsfürsorge der Stadt Berlin.

Die Berliner Sänglingsfürsorgestellen haben im Etatsjahr 1912 (1. April 1912 bis 31. März 1913) eine sehr erhebliche Steigerung ihres Betriebes erlebt. Sie ist hauptsächlich dadurch zustande gekommen, daß die Stadt am 1. April 1912 für die nach diesem Zeitpunkt in Berlin geborenen unehelichen Kinder eine Sammelvormundschaft einführt.

Diese Verschiebung haben bewirkt, daß bezüglich der Zusammenziehung des „Mindermaterials“ sich weitgehende Unterschiede zwischen 1911 und 1912 ergaben. Vergleicht man den bei den Fürsorgestellen gezählten Zugang an Säuglingen mit der Zahl der in Berlin in demselben Jahre lebend geborenen Kinder, so war er im vorletzten Jahre nur 32,1 Proz., im letzten Jahre aber 40,1 Proz.

wahrscheinlich nicht erheblich anders als im Vorjahr, wo er etwa 65 Proz. betrug.

Die Leistungen der Sänglingsfürsorgestellen sind leider nicht so gut wie die Zahl der Säuglinge. Trotz der Aussicht des Mehrganges kam es in 1912 noch nicht zu einer Vermehrung der Fürsorgestellen, nur das Personal der bisherigen 7 Fürsorgestellen wurde vermehrt.

Der Bericht schließt mit der nochmaligen Feststellung, daß das letzte Jahr den Sänglingsfürsorgestellen einen erheblichen Zuwachs an Pflegebefohlenen und eine bedeutende Erweiterung ihres Arbeitsfeldes gebracht hat.

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Am Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Elysium“, Landsberger Allee 40/41, eine öffentliche Viertelversammlung statt, in der Herr Direktor Pauli einen Demonstrationsvortrag über „Feuerbestattung“ halten wird.

Johannisthal. Am Donnerstag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung mit Frauen im Arbeiterheim. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse J. Hah-Treptow.

Mitgliederversammlung. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Kaul, Widmarstr. 16, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Wilhelm Jabel.

Röpenitz. Am Mittwoch, den 24. d. Mts., abends 8 Uhr, im Stadt-Theater: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Böhler. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Bericht vom Stiftungsfest. 5. Verschiedenes.

Lichterfelde. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Lenski, Chausseestr. 55, eine Besprechung der Mitglieder der Konsumgenossenschaft statt. Parteigenossen, die ein Interesse an der Errichtung einer Verkaufsstelle in Lichterfelde-West haben, sind hierzu eingeladen.

Berliner Nachrichten.

Umzugsverdienst.

So viele Schattenseiten das halbjährliche große Umziehen in der Weltstadt mit sich bringt, hat es doch unleugbar auch seine Vorteile. Es kommt Kleingeld unter die Leute. Der Umzug erfordert selbst für keine Mieterverhältnisse nicht unbedeutende Kosten, die schon Wochen und Monate vorher aufgespart werden müssen.

Verdienst fällt auch für das Kleinhandwerk im Baugewerbe ab. Unsere Hausagrarien würden noch viel weniger renovieren lassen, wenn sie nicht durch zuziehende Mieter, die sonst keinen Mietvertrag abschließen, dazu gezwungen würden, den Beutel aufzutun.

Der Vertrag der Stadt Berlin mit dem Gute Lanke wurde gestern nach langer Debatte vom Ausschuss mit 13 gegen 2 Stimmen angenommen.

Die Verkehrsübergabe der Inselbrücke

sand am Montag in Gegenwart zahlreicher Mitglieder der Gemeindebehörden statt. Die Brücke, die nach einem Entwurf des Stadtbaurats Krause ausgeführt ist, überpannt den Spreekanal im Zuge der Inselstraße und der Straße „An der Fischerbrücke“ mit 3 Bögen und ist in ihren sämtlichen Teilen massiv gebaut. Die

